Dienstag, 7. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 130 - 23.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bonn erwartet Rückgang der Neuverschuldung

HH. Bonn

Die Neuverschuldung des Bundes könnte in diesem Jahr noch hinter der bisher anvisierten Größe von 40,9 Milliarden Mark zurückbleiben. Von der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzungen, der vom 13. bis 15. Juni in Bonn tagt, wird gegenüber der letzten Schätzung von Mitte April eine weitere Korrektur der erwarteten Einnahmenhöhe nach oben erwartet. Der Arbeitskreis tritt rechtzeitig vor der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs und der Begleitgesetze am 29. Juni im Bundeskabinett zusammen. In Bonn wird damit gerechnet, daß die Neuverschuldung des Bundes in den nächsten Jahren deutlicher sinkt, als bisher für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung angenommen: In der Zeitspanne von 1984 bis 1987 soll die Nettokreditaufnahme von 39 über 35 und 32 auf 22 Milliarden Mark zurückgehen. Bisher waren 25 Milliarden veranschlagt. Mehreinnahmen 1983 sollen nach Möglichkeit ganz für die Rückführung der Nettokreditaufnahme verwandt werden.

Moskau zeigt sich aktiv auf Devisenmarkt

rtr, Luxemburg

Die sowjetische Außenhandelsbank hat in den vergangenen Monaten mit umfangreichen Währungsgeschäften wachsenden Einfluß auf die Devisenmärkte gewonnen. Wie Teilnehmer einer Konferenz der Internationalen Vereinigung der Devisenhändler in Luxemburg berichteten, sei es nicht ungewöhnlich, daß die Bank an einem Tag für mehr als 100 Millionen Dollar Deutsche Mark kaufe, wodurch der Wechselkurs oft beträchtlich in Bewegung gerate. Dabei schließen die Händler spekulative Motive nicht aus, verweisen aber auch auf die Vertretung der Interessen der Mitgliedstaaten im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) durch die sowjetische Bank. So seien viele westliche Banken, die sich weigern, mit hochverschuldeten Ländern des Ostblocks Geschäfte abzuwickeln, bereit, mit dem sowjetischen Institut zusammenzuarbeiten. Es spreche sich aber schnell herum, wenn die sowjetische Bank ein Geschäft abwickeln möchte.

ZITAT DES TAGES



„Wenn es nur bei Erklärungen bleibt, dann werden wir am Ende dieses Jahres einen politischen wie finanziellen Bankrott Europas erleben."

Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission, gestern im Deutschlandfunk in einer Vorschau auf das Gipfeltreffen der Gemeinschaft vom 17. bis 19. Juni in Stuttgart. Thorn forderte deutliche Impulse für Europa.
FOTO: KLAUS SCHLAGMANN/AP

Aufklärung zugesagt

dpa, Hannover

Die Bundesregierung will sich um Aufklärung des Schicksals von 72 in Argentinien verhafteten und verschwundenen deutschen Staatsbürgern und Deutschstämmigen bemühen. Wie der Berliner Bischof Martin Kruse nach einem Gespräch mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland berichtete, werde sich Genscher dafür einsetzen, daß das Thema auf dem nächsten Gipfeltreffen der EG-Mitgliedsstaaten zur Sprache kommt. Die 72 betroffenen Personen sind dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) namentlich bekannt.

Neues Ministerium

dpa, Peking

Die Gründung eines neuen Ministeriums für Staatssicherheit, um die gegen China gerichtete Spionage wirkungsvoller zu bekämpfen, hat Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang auf dem 6. Volkskongreß in Peking angekündigt. Bisher unterstanden die Sicherheitskräfte dem Ministerium für öffentliche Sicherheit. Seite 8

Japan an erster Stelle

dpa/VWD, Köln

Die japanische Industrie hat in den 70er Jahren mit einem jährlichen Zuwachs von 6,8 Prozent die stärkste Produktivitätssteigerung je Arbeitsstunde aller Industrienationen erzielen können. Wie eine gestern veröffentlichte Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln zeigt, erhöhte sich die Produktivität in der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1981 pro Jahr um 4,8 Prozent, in Großbritannien um 2,7 und in den USA sogar nur um 2,3 Prozent. Dabei ist nach der Ölkrise 1973 der jährliche Zuwachs in der Bundesrepublik rückläufig gewesen, während er in Großbritannien leicht ansteigen konnte. Seite 9

WIRTSCHAFT

Benzin wird teurer

AP, Hamburg

Eine neue Preiserhöhungswelle scheint sich auf dem Benzinmarkt anzukündigen. Als erstes Unternehmen hat gestern die Deutsche Texaco ihre Preise für Superbenzin und Diesel um je zwei Pfennig pro Liter und Normalbenzin um drei Pfennig erhöht.

Deutliche Belebung

Mk. Bonn

Auch im April ist die Industrieproduktion weiter gestiegen. Sie nahm saisonbereinigt um zwei Prozent gegenüber dem März zu. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ging dabei allerdings das Baugewerbe um zwei Prozent zurück. Deutlich zeige sich aber die Belebung im Zweimonatsvergleich. (März/April gegenüber Januar/Februar). Dabei stieg die Industrieproduktion um 2,5 Prozent. Im Fahrzeugbau und bei Nahrungs- und Genußmittel wurde sogar ein Zuwachs von mehr als fünf Prozent registriert.

Werbungskosten

DW. Bonn

Abschlußgebühren für Bausparverträge gelten als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, wenn alleiniger Zweck des Abschlusses der Erhalt des Baudarlehens und die Verwendung der Kreditmittel zur Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ist. Dies wurde jetzt vom Bundesfinanzhof erneut entschieden. Ergänzend wurde mitgeteilt, daß dabei die Zinsen aus dem Bausparguthaben nicht zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören. (BFH-Urteil VIII R 163/81).

Abwertung gefordert

AFP, Washington

Eine Abwertung des amerikanischen Dollars zur Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit hat der Vorsitzende des amerikanischen Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, gefordert. Mit der derzeitigen Überbewertung des Dollars, durch die den japanischen Konkurrenten ein Vorteil von 20 Prozent eingeräumt worden war, könne von einer Anpassung der amerikanischen Wirtschaft an die Weltmärkte keine Rede sein, sagte O'Neill bei der Eröffnung der Jahresversammlung des amerikanischen Börsenvereins.

Aktien uneinheitlich

DW. Frankfurt

Der Aktienmarkt blieb zum Wochenbeginn uneinheitlich bei freundlicher Grundströmung. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 133,5 (132,1). Dollarmittelkurs 2,5653 (2,5410) Mark. Goldpreis pro Feinunze 407,75 (411,50) Dollar.

WETTER

Sonnig und warm

DW. Essen

Im Süden anfangs wolkig, im Tagesverlauf, wie in den übrigen Gebieten, sonnig und trocken. Tagestemperaturen zwischen 20 und 25 Grad. In der Nacht 14 bis 10 Grad. Allgemein mäßiger, in Böen starker Wind aus Ost bis Südost.

Unions-Abgeordnete: Mit Genscher über Kurskorrekturen sprechen

Differenzen über Nahost und Südafrika sollen beigelegt werden

MANFRED SCHELL, Bonn

Die außenpolitisch engagierten Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) über Kurskorrekturen in der Bonner Außenpolitik diskutieren. Um weitere Mißverständnisse und Unstimmigkeiten alsbald zu bereinigen, soll diese Begegnung nach dem Willen der Parlamentarier noch vor der Sommerpause stattfinden. Diskussionspunkte dürften vor allem das Verhalten Bonns zur Entwicklung im Nahen Osten und im südlichen Afrika, aber auch die Personalpolitik im Auswärtigen Amt sein. Genscher hat noch keine Terminzusage gemacht.

Die außenpolitischen Leitlinien Bonns sind auch Gegenstand einer gemeinsamen Sitzung der Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates an diesem Mittwoch, wobei bemerkenswert ist, daß den Vorsitz in dem Gremium der Ländervertretung zur Zeit der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß führt. Genscher wird an den Beratungen teilnehmen.

Die Abgeordneten der Union, die der „Arbeitsgruppe Außenpolitik" angehören, die von dem Parlamentarier Hans Klein (München) geleitet wird, haben in einer Klausurtagung am 16. und 18. Mai ihre Positionen erörtert und festgelegt. Dabei haben sich deutliche Meinungsverschiedenheiten zu Genscher herausgestellt. Während in der Bündnis- und Sicherheitspolitik nahtlose Übereinstimmung vorhanden ist, ist es – im Unterschied zur Haltung Genschers – die Auffassung der Union, daß die Unterstützung Bonns den „freiheitlich-demokratischen Kräften" in Namibia und nicht der Swapo gelten sollte. Strauß hat die Swapo als eine kommunistische Organisation bezeichnet, die im Norden Namibias Terror verbreite. Als Partner der Bundesrepublik Deutschland wird von der Arbeitsgruppe der CDU/CSU die demokratische Turnhallen-Allianz angesehen.

Andere Akzente werden von der Union auch in der Nahost-Politik gewünscht und zwar in der Form, daß Bonn – und möglichst die Europäer insgesamt – die USA uneingeschränkt bei der Verwirklichung des Abkommens von Camp David unterstützen.

Genscher muß auch damit rechnen, kritisch nach seiner Mittelamerika-Politik gefragt zu werden. Dabei dürfte das Verhalten gegenüber dem marxistischen Regime in Nicaragua und der um eine demokratische Lösung bemühten Regierung in El Salvador im Mittelpunkt stehen. Die USA haben Bonn wissen lassen, daß sie eine weitere Unterstützung der Sandinisten in Nicaragua für falsch halten. Auch innerhalb der Union haben solche Stimmen zugenommen. Dafür soll El Salvador wieder Geld erhalten. Außerdem wird alsbald eine Entscheidung Genschers über die Entsendung eines Botschafters nach El Salvador gewünscht.

Unbehagen wurde in der Klausurtagung auch darüber laut, daß politische Vorgaben im Auswärtigen Amt auch deshalb nicht umgesetzt würden, weil Schaltstellen noch mit ideologisch fixierten SPD-Anhängern besetzt seien.

rtr, München

Die fünf Bundesminister der CSU sind gestern zum zweiten Mal zu ihrem „Jour fixe" mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in München zusammengekommen. Es ging um die Abstimmung des politischen Kurses zwischen München und Bonn.

DER KOMMENTAR

Unschärfen

PETER GILLIES

Manchmal erscheint es Politikern oder Verbandsoberen angeraten, Reizworte versuchsweise in Umlauf zu setzen, um dann aus der Distanz das Echo auszuloten. Die Frage, ob die deutschen Gewerkschaften mit einem Generalstreik die Nachrüstung verhindern sollen, ist ein solches Thema nicht. Es erheischt vielmehr Klarheit und direkte Ansprache, verträgt keine Umschweife.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, meinte in einem Interview, er halte einen Generalstreik mit dieser politischen Zielrichtung für „höchst unwahrscheinlich". Das klingt so, als spräche ein distanzierter Beobachter der gewerkschaftlichen Szene und nicht der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes.

Zwar schob Breit nach, das Recht auf Widerstand sei auf den Fall der Raketenstationierung nicht anwendbar. Aber es verbleibt eine Unschärfe. Aus dem Gewerkschaftslager des DGB hört man Äußerungen der einen wie der anderen Art: Die kleineren Gruppen empfehlen den politischen Generalstreik, die größeren lehnten ihn eher ab. Selbst wenn man die eigentliche Macht bei den Kurfürsten der großen Einzelgewerkschaften vermutet, wäre eine nicht deutungsfähige Klarstellung geboten.

Die junge deutsche Demokratie ist zu Recht stolz darauf, das Streikrecht zu besitzen und zu bewahren. Es ist ein konstitutives Element im Arbeitskampf, hilft das Machtgleichgewicht der Gruppen zu sichern. Der politische Generalstreik, um demokratische Entscheidungen zu revidieren und Parlamente zu erpressen, widerspricht der Verfassung, dem Selbstverständnis des DGB und dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Sollte das noch gelten, muß man es sagen – unmißverständlich.

Nun mag der DGB – wie auch die SPD – hier in einer Zwickmühle stecken. In beiden Lagern sind die Männer an der Spitze widrigen Winden von der (sogenannten oder vermeintlichen) Basis ausgesetzt. Sie stehen auf dem Prüfstand. Eine Sowohl-als-auch-Antwort mag ihnen verlockend erscheinen, aber sie stellte einen schweren staatspolitischen Fehler dar. Für die DGB-Spitze gibt es keinen Anlaß, den törichten Bemerkungen über die Zulässigkeit politischer Streiks ein Megaphon zu leihen.

Attentat auf libyschen Diplomaten

In Beirut / Israels Truppen am Jahrestag der Invasion in höchster Alarmbereitschaft

rtr/AP/dpa, Beirut/Jerusalem

In einer Atmosphäre massiver Spannungen zwischen Libyen und Libanon ist der libysche Geschäftsträger in Beirut, Abdel Kader Ghouka, bei einem Attentat durch acht Schüsse lebensgefährlich verletzt worden. Nach Angaben von Radio Beirut schoß ein Unbekannter im Westbeiruter Hotel Napoleon, wo der Diplomat wohnt, aus kürzester Entfernung auf den Libyer. Der Zustand des Diplomaten wurde nach einer mehrstündigen Operation im Krankenhaus der Amerikanischen Universität als ernst, aber stabil bezeichnet.

Der Attentäter konnte flüchten, doch hat die Polizei inzwischen einen Verdächtigen festgenommen. Die „Stimme Libanons" meldete, bei dem Attentäter handele es sich um den libanesischen Moslem Khaled Alwan. Er arbeite für jene Gruppe der palästinensischen Guerrilla-Organisation Al Fatah, die hinter dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat stehe.

Arafat hatte vor kurzem Libyen beschuldigt, hinter der Meuterei von Teilen seiner Fatah-Guerrilla zu stehen. Diese vor vier Wochen ausgebrochene Rebellion führte am Samstag in der Bekaa-Ebene zu blutigen Gefechten zwischen Anhängern und Gegnern Arafats. Doch herrschte gestern vormittag wieder Ruhe in der Bekaa-Ebene.

Als der Krieg der Worte zwischen dem PLO-Chef Arafat und dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi im Mai seinen Höhepunkt erreichte, sagte Arafat, er möchte Khadhafi „am liebsten die Zunge abschneiden". In Algier, wo Arafat am Sonntag mit dem algerischen Staatschef Chadli Benjedid konferierte, erklärte der PLO-Chef, die Lage in seiner Organisation sei jetzt wieder unter Kontrolle.

Chadli seinerseits appellierte an die rivalisierenden Palästinenser-Gruppen, ihren Streit um die Vormachtstellung Arafats zu beenden. Der PLO-Chef reiste inzwischen nach Saudi-Arabien weiter, wo er in Jiddah mit Außenminister Prinz Saud Al-Faisal konferierte.

Der amerikanische Nahost-Vermittler Habib erklärte in San Francisco, eine Niederlage Arafats im PLO-Streit könnte zu einer totalen Radikalisierung der PLO und zum Wiederaufleben des Terrorismus führen. Dies wäre jedoch schädlich für den Nahost-Friedensprozeß.

Die israelischen Truppen in Libanon sind gestern, dem ersten Jahrestag ihrer Invasion, in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, um mögliche Guerrilla-Angriffe abwehren zu können, verlautete aus israelischen Militärkreisen. In weiten Teilen Libanons hat ein Streik zum Jahrestag des Beginns der israelischen Invasion das öffentliche Leben lahmgelegt. In der israelisch besetzten südlibanesischen Hafenstadt Sidon wurde ein Aufruf linksgerichteter und moslemischer Gruppierungen zu Proteststreiks uneingeschränkt befolgt. Auch in den von Syrern und Palästinensern beherrschten Gebieten Nord- und Ostlibanons wurde überall gestreikt. Israels Außenminister Shamir erklärte in Tel Aviv, die Regierung prüfe Berichte, wonach die USA gegen einen Teilabzug der Israelis aus Libanon seien. Nach Angaben der israelischen Presse sollen hohe Beamte des State Departments und des US-Verteidigungsministeriums dem Vize-Außenminister Ben-Meir in Washington erklärt haben, die USA befürchteten, ein israelischer Teilabzug könnte Syrien in der Absicht bestärken, die eigenen Truppen in Libanon zu belassen.

Reagan konzentriert sich auf Moskau

USA: Bereitschaft zu Treffen mit Andropow an Bedingungen geknüpft

D. SCHULZ/DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan richtet sein Augenmerk zunehmend auf die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Er glaubt offenbar, daß sich das Verhältnis zwischen Washington und Moskau einer kritischen Phase nähert. Reagan ist daher bemüht, die Gestaltung der Politik gegenüber der anderen Supermacht zunehmend vom Weißen Haus aus zu überwachen und zu steuern.

Als deutliches Anzeichen, das Verhältnis zu Moskau stärker in den Vordergrund zu rücken, wird die Berufung des Diplomaten und Rußland-Kenners Jack Matlock, derzeit Botschafter in Prag, ins Weiße Haus betrachtet. (WELT v. 6. 6.)

Nähere Aufschlüsse über die Absichten der Regierung werden von Anhörungen des Kongreß zur Abrüstung, zu den Beziehungen zur UdSSR und dem Auftritt von Außenminister George Shultz bei dieser Gelegenheit erwartet.

Zum ersten Mal wird in diesen Tagen in Washington auch ernsthaft über die Möglichkeit eines Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Jurij Andropow diskutiert. Es ist bemerkenswert, daß dies im Anschluß an die Wirtschaftskonferenz von Williamsburg geschieht, in dessen Verlauf Präsident Reagan von den Regierungschefs der Verbündeten – nicht zuletzt auch von Bundeskanzler Kohl – ermuntert worden war, das Gespräch zur Sowjetführung zu suchen.

Seit sich in der amerikanischen Bevölkerung wieder eine größere Neigung zur Verständigung mit der Sowjetunion bemerkbar macht, denken auch Reagans Berater darüber nach, ob nicht auch für den antikommunistischen Präsidenten ein politischer Nutzen dabei herausspringen könnte, wenn er das direkte Gespräch mit dem sowjetischen Widerpart suchen würde. Allerdings müßte dabei wohl das Thema Rüstungskontrolle vorerst ausgeklammert bleiben, weil in Washington niemand so kühn ist, in absehbarer Zeit greifbare Ergebnisse zu erwarten, die dann bei einem Gipfeltreffen von Reagan und Andropow gebilligt werden könnten. Aber „Denkanstöße", wie sie 1974 von dem Ford-Breschnew-Treffen in Wladiwostok auf die SALT-2-Verhandlungen ausgingen, wären immerhin auch diesmal vorstellbar.

Der Präsident wird heute mit seinen Sicherheitsexperten neben dem engen Bereich der START-Gespräche das gesamte Feld der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erörtern. Man erwartet freilich in Washington von den Sowjets „Schritte nach vorne", das heißt Andeutungen, daß Moskau sich nach bestimmten und bestimmbaren Normen der internationalen Beziehungen verhalten wolle, man zur Normalisierung zurückkehren könne.

Der Präsident fürchtet dem Vernehmen nach die negativen Folgen, die ein ergebnisloses Gipfeltreffen mit Andropow für sein Ansehen im In- und Ausland haben könnte – eine womöglich gravierende Entwicklung in einer Zeit, in der Reagan seinen nächsten Wahlkampf vorbereiten möchte. Zu viele Erwartungen, so die Argumentation der Skeptiker, würden sich an eine sowjetisch-amerikanische Gipfelkonferenz knüpfen; darunter vor allem die Hoffnung, daß die NATO-Nachrüstung nicht stattzufinden brauche.

Seite 7: Kriterien für nächste Runde

Warschau erhöht Druck auf Künstler

dpa/AP, Warschau

Auf Druck der Behörden sind der Vorsitzende des polnischen Filmverbandes, Andrzej Wajda, und das gesamte Präsidium zurückgetreten. Wie die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP meldete, hat der Vorstand dieses immer noch suspendierten Verbandes den Rücktritt akzeptiert. Damit solle die „Normalisierung der Lage" unter den Filmschaffenden und die Wiederzulassung des Verbandes erleichtert werden. Bei PAP heißt es dazu weiter, die Regierung tue alles, um die verbotene Künstlergewerkschaft wieder zu beleben. Sie macht jedoch zur Bedingung, daß die Verbände ihre politischen Erklärungen widerrufen.

Der Filmverband will noch vor dem 30. November seinen nächsten Kongreß einberufen. Wann die Organisation wieder zugelassen wird und wie sie ohne Präsidium und Vorsitzenden tätig werden soll, wurde nicht gesagt. Während der Sitzung, die am Sonntag aufgrund einer Ausnahmegenehmigung des Stadtpräsidenten von Warschau stattfand, wurde nach der offiziellen Mitteilung die Art und Weise kritisiert, wie das Kulturministerium verschiedene Posten in den Filmgesellschaften umbesetzt habe.

Vom Schriftstellerverband verlangen die polnischen Behörden auch personelle Änderungen in der Verbandsführung. Den bildenden Künstlern, deren Verband vor kurzem erneut suspendiert wurde, haben die Warschauer Behörden bis zum 20. Juni ein Ultimatum für eine „positive Initiative" gestellt.

Seite 2: Todesurteil per Distanz
Seite 8: Papst-Reise

Kirchen-Spitze aus der „DDR" in Hannover

hrk. Berlin

Mit der bisher höchsten Zahl von Gästen – 43 gegenüber rund 30 vor zwei Jahren – seit der Trennung der beiden protestantischen Kirchen in Deutschland werden die mitteldeutschen Christen auf dem Kirchentag in Hannover vertreten sein. Der Vorsitzende des „DDR"-Kirchenbundes, Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), führt die Gruppe an.

Als weiterer Prominenter fährt der Ostberliner Konsistorialpräsident und Stellvertreter Hempels, Manfred Stolpe (Potsdam), mit an die Leine. Der Jurist hält in Ost-Berlin vor allem Kontakt zu Regierungs- und Parteistellen und war maßgeblich am Zustandekommen des Gipfeltreffens der Protestanten mit Erich Honecker am 6. März 1978 beteiligt.

Mit Propst Heino Falcke, Erfurt, nimmt ein weiterer profilierter Kopf teil. Er gilt als „Vater" der vor allem aus kirchlichen Kreisen entstandenen Umweltschutz-Bewegung in der „DDR".

Wie der Evangelische Pressedienst meldete, sind in Mitteldeutschland jetzt drei zu 18 Monaten Haft verurteilte junge Wehrdienstverweigerer aus dem Gefängnis entlassen und ihrem Wunsch entsprechend zu den waffenlosen Bausoldaten der „Nationalen Volksarmee" eingezogen worden. Sie waren im Herbst 1982 widerrechtlich verhaftet und verurteilt worden, obwohl seit 1964 die Bestimmungen über den Bausoldatendienst existieren.

Die Entlassung ist offenbar eine Folge des Spitzengesprächs zwischen Honecker und Landesbischof Leich am 21. August in Eisenach.

González will regionale Lösung für Lateinamerika

San Salvador: Erfolge gegen Guerrillas gemeldet

rtr/dpa, Mexiko-Stadt

Zum Abschluß seiner einwöchigen Reise durch fünf lateinamerikanische Staaten hat der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez in Mexiko die Forderung erhoben, daß der Konflikt in Zentralamerika regional gelöst werden müsse. Alle ausländischen Militärberater, nicht nur die der USA, sollten abgezogen werden. Die Initiative der „Gruppe Contadora", der Columbien, Venezuela, Panama und Mexiko angehören, sei eine der letzten Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, betonte Gonzalez.

Am Wochenende ist es den Regierungstruppen in Salvador gelungen, die von der Guerrilla besetzte Stadt Genancingo, 38 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt, zurückzuerobern. In der Hauptstadt hieß es dazu, bei den Kämpfen seien etwa 60 Soldaten, Guerrilleros und Zivilisten getötet worden. Ebenfalls konnten die Regierungstruppen ein Fernmeldezentrum im Osten des Landes wieder in ihre Gewalt bringen, nachdem die Freischärler es vorübergehend besetzt hatten. Dabei seien, wie der Rebellensender „Venceremos" meldete, 15 salvadorianische Soldaten getötet und drei gefangengenommen worden. Der Überfall soll alle Telefon- und Fernschreibverbindungen in der Osthälfte des Landes unterbrochen haben.

Mindestens 66 Menschen sind in der vergangenen Woche in San Salvador getötet worden. Dies gab Erzbischof Arturo Revera Y Damas bei seiner Sonntagsmesse in der Kathedrale der Hauptstadt bekannt.

Der ehemalige Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Lateinamerika, General Walles Nutting, hält einen Sieg über die Freischärler in San Salvador für möglich, wenn die Amerikaner Ronald Reagans Bemühungen um eine entschiedene Auseinandersetzung mit den Rebellen unterstützen. In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „US News and World Report" sagte Nutting, es komme darauf an, eine Basis für breite Übereinstimmung bei der Auseinandersetzung mit den Rebellen zu finden. Wenn die Guerrillas überzeugt seien, daß ihnen eine Niederlage drohe, würde ihre Organisation „wie ein Kartenhaus zusammenfallen".

Breit geht auf Distanz

DW. Bonn

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit ist zu Forderungen nach einem Generalstreik zur Verhinderung der Nachrüstung auf Distanz gegangen. In einem Interview mit Radio Luxemburg sagte Breit, ein solches Vorgehen halte er für „höchst unwahrscheinlich". Der DGB-Vorsitzende fügte hinzu, das im Grundgesetz verankerte Recht auf Widerstand dürfe nur angewandt werden, wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht sei. Dies sei bei einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen nicht der Fall.

Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer hatte zu diesem Thema erklärt, vor der Bundestagswahl am 6. März sei die Raketenstationierung ausgiebig erörtert worden. Jeder Wähler habe in Kenntnis „dieser Risiken" gewählt. Offensichtlich wollten einige Politiker den Gewerkschaften jetzt die Lösung des Problems zuschieben.

Pretoria: Drei Begnadigungen

dpa, Kapstadt

Der südafrikanische Staatspräsident Marais Viljoen hat gestern drei von sechs schwarzen Südafrikanern begnadigt, die unter dem Vorwurf des Hochverrats zum Tode verurteilt worden waren. Die drei, denen eine Begnadigung verweigert wurde, sollen nach Mitteilung des Präsidentenbüros am kommenden Donnerstag gehängt werden. Alle sechs zum Tode Verurteilten gehörten der verbotenen Untergrundorganisation „African National Congress" (ANC) an.

Sie hatten an Überfällen auf Polizeistationen im Raum Johannesburg teilgenommen. Drei von ihnen nahmen außerdem am spektakulären Bombenanschlag auf Südafrikas große Anlagen zur Ölgewinnung aus Steinkohle („Sasol") im Juni 1980 teil. Ihnen versagte der Präsident die Begnadigung, weil ihre Taten „zum Tod und zur Verletzung von Menschen führten".

CSU wartet auf Interpretation

rtr, München

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu hat eine bundesweite Kandidatur seiner Partei für den Fall angekündigt, daß die CDU ihre jüngste Satzungsänderung anwenden und bei der Europawahl 1984 über eine Bundesliste auch in Bayern antreten sollte. Nach dem zweiten „Jour-fix" der CSU-Bundesminister mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, räumte Wiesheu allerdings ein, daß es „zur Zeit" noch keine entsprechenden organisatorischen Überlegungen für eine bundesweite Ausdehnung der CSU gebe. „Das hat ja wenig Sinn." Er erneuerte die Forderung, daß die CDU zunächst klarstellen müsse, was ihre Satzungsänderung eigentlich bedeuten solle. Die CSU warte noch „auf eine Interpretation der CDU-Spitze". Bisher sei der Beschluß der Schwesterpartei „etwas rätselhaft" und bleibe auch CDU-Mitgliedern „schleierhaft".

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Andropows Indossament

Von Peter M. Ranke

Vor einem Jahr stießen die israelischen Truppen in Libanon bis Beirut vor und vertrieben die Terror-Organisation PLO. Yassir Arafat sprach damals von einem „großen Sieg" der Palästinenser. Heute erweist es sich, daß weder Arafat noch die PLO diesen „Sieg" überstanden haben.

Unter syrischem Befehl sammeln sich in Ostlibanon diejenigen Guerrillas der Palästinenser, die Arafat nicht mehr vertrauen. Sie wollen den Krieg weiterführen und setzen dabei auf die syrische Armee. Arafat hätte nur noch eine Chance, nach vierzehn Jahren und katastrophalen Niederlagen weiter PLO-Chef zu bleiben, wenn er sich an die Spitze seiner „Streitmacht" stellen könnte. Das aber verhindern die Meuterer und der syrische Präsident Assad.

Auch wenn Arafat angeblich ein Unterstützungsschreiben aus Moskau vorweisen kann, würde ihm sowjetische Hilfe nichts mehr nützen. Die Sowjets sind Realisten: Sie werden jetzt wohl kaum noch einen Finger für Arafat und die PLO rühren, wenn sie damit das ihnen viel wichtigere Syrien verärgern würden. Der Kreml kann in Ruhe abwarten, wie in Damaskus und in Ostlibanon die Würfel gegen Arafat geworfen werden.

Ob mit oder ohne Arafat – die PLO wird unter syrischer Dominanz weiterexistieren. Eine eigenständige politische Kraft war sie nie, sondern nur das Sammelbecken arabischer Regierungsintrigen und Machtkämpfe. Wenn die Syrer die Regie bei der PLO übernehmen, muß sie den Interessen von Damaskus dienen. Den Palästinensern wird das weiterhin nicht helfen, aber die Anti-Terror-Kommandos im Westen müssen weiterhin auf der Hut sein.

Todesurteil per Distanz

Von Carl Gustaf Ströhm

Der polnische Partei- und Staatschef General Jaruzelski hat die ohnedies schon „ausgerichtete" Presse seines Landes ermahnt, stets im Geiste des Sozialismus zu schreiben. Offenbar ist sogar das, was die offizielle polnische Regime-Presse bisher an Linientreue bot, immer noch nicht genug. Der General hat um so mehr Anlaß, sich um die kommunistische Presse zu kümmern, als es inzwischen in Polen eine, wenn man so will, zweite, wenn nicht sogar eine dritte öffentliche Meinung gibt: die kirchliche und die der Untergrund-Publikationen.

Jaruzelski weiß, daß eine Voraussetzung zur „Konsolidierung" und „Normalisierung" die Wiederherstellung der totalen Nachrichten- und Medienkontrolle ist. Die Zeitungs- und Fernsehzensur hilft allerdings nichts, wenn die Masse der Bevölkerung auf attraktivere, weil wahrheitsgetreuere Alternativen ausweichen kann: auf die westlichen Sender. Nicht zufällig wurde neulich der Leiter des polnischen Programms von „Radio Freies Europa" in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Gleichzeitig wird, wie in den Zeiten der großen sowjetischen Säuberungen, in Warschau die alte Spionage- und Diversantenplatte neu aufgelegt. Jeder, der dem polnischen Regime nicht paßt, wird als „Spion" und „Agent" beschuldigt – als sei das unselige Kominform mitsamt Berijas Folterknechten wieder auferstanden.

In Wirklichkeit zeigt Jaruzelski mit solchen absurden Aktivitäten nur, auf welch wackligen Beinen sein ganzes Regime steht und wie wenig das von ihm beherrschte Volk für den Sozialismus übrig hat, trete er nun „zivil" oder militärisch auf.

Lies mal wieder

Von Enno v. Loewenstern

In einem Land, dessen Bücher zunehmend belangloser werden, blühen die Tagebücher. Da präsentierte uns ein Wochenblatt von der Waterkant letzten Herbst das Tagebuch eines Ghostwriters über eine Bonner Verratslegende. Darauf kam die Konkurrenz auch mit einem Tagebuch samt Legende heraus, scheiterte aber daran, daß sie nicht an- und zugab, daß auch hier ein Ghostwriter gewirkt hatte. Nun sind wieder die mit dem ersten Tagebuch dran: „Ein Teilnehmer" habe sich „Aufzeichnungen" über das sterbende Kabinett Schmidt gemacht.

Echt, unecht? Noch haben die Beteiligten sich nicht beschwert, und das Bundesarchiv auch nicht. Zudem entspricht das Niveau der Diskussionen etwa dem, was unwidersprochen schon im letzten Herbst über diese Tafelrunde erzählt wurde. Wie sie etwa in der neuen Story „ganz Südamerika" zur Falkland-Zeit „fassungslos" sehen wegen der deutschen Solidarität mit den Briten, das zeigt höchsten Informations- und Urteilsstandard. Da kann sich jeder Stammtisch ein Beispiel nehmen.

Einer aber hat gezeigt, daß er was verstand: BK (kurz für Bundeskanzler) stand unerbittlich zur Nachrüstung, wenn die Verhandlungen scheitern; „selbst wenn die Verhandlungen nicht scheitern, ist ein völliger Verzicht auf die Nachrüstung extrem unwahrscheinlich". Aber ein Kabinettsmitglied begriff nichts: „Frau Huber will wissen, wie sie argumentieren soll, wenn in Versammlungen die Notwendigkeit zur Nachrüstung immer wieder bestritten wird." Dazu BK: „Ich habe das kürzlich vor Jungsozialisten erläutert, die sind alle sehr beeindruckt, wenn nicht überzeugt, wieder nach Hause gegangen."

Das war am 6. Mai 1981. Am 8. Juli wollte Frau Huber immer noch wissen, „weshalb überhaupt ‚nachgerüstet' werden muß". Dazu BK: „Was dazu zu sagen ist, habe ich alles auf dem Hamburger Kirchentag gesagt. Vielleicht liest du das mal nach."

Vielleicht aber auch nicht. Geistige Führung per Nachlesen hat ihre Schwächen im Fernsehzeitalter. Und so kommt es, daß von den Jungsozialisten bis zu Frau Huber immer noch viele Menschen die Notwendigkeiten bestreiten.



Geteilte Trieb-Kräfte

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Raketenfotos im Klassenkampf

Von Cay Graf Brockdorff

In regelmäßigen Abständen legen die Amerikaner ihren Alliierten die neuesten Satellitenfotos von der SS 20 vor. Diejenigen, denen diese Fotos gezeigt wurden, berichten immer wieder, wie beeindruckt sie von deren Qualität waren. Viel mehr dürfen sie darüber nicht sagen. Die Fotos unterliegen hoher Geheimhaltungsstufe, weil kein Staat sich in die Karten sehen läßt, wenn es um seinen Erkenntnisstand über den Gegner geht.

Immerhin, die Fotos lassen nach Angaben der Betrachter keine Lücken offen. Sie werden systematisch hergestellt und ausgewertet. Der Standort jeder ausgebauten Stellung ist bekannt und nach Koordinaten beschrieben. In jeder SS-20-Stellung befinden sich neun Raketenwerfer, organisatorisch zusammengefaßt als Regiment. Bis heute hat die Sowjetunion 360 SS-20-Werfer aufgestellt; in Kürze werden es 369 sein. Das bedeutet, daß die Sowjetunion dann 1107 Atomsprengköpfe unabhängig voneinander mit diesen Raketen ins Ziel steuern kann: Ein gigantisches Potential, das offensives Denken verrät.

Auf dieser Seite ist schon vor etlichen Monaten (WELT vom 8. November 1982) gesagt worden, die Sowjets produzierten SS-20-Raketen, als wären sie vom Fieber gepackt. Daran hat sich nichts geändert. Man ist sicher, daß es für jeden SS-20-Starter eine Nachladerakete entweder geben wird oder schon gibt. Angesichts dieser Entwicklung muß man sich fragen, welche Ratio dahintersteht. Unzweifelhaft ist, daß in der Sowjetunion, dem Land des „wissenschaftlich begründeten Marxismus/Leninismus", nichts dem Zufall überlassen bleibt.

Vor der Antwort auf die Frage gilt es eine weitere Feststellung zu treffen. Als die NATO 1979 im Dezember den Doppelbeschluß faßte, tat sie das, weil sie die Bedrohung durch 100 Raketen des Typs SS 20 mit 300 Sprengköpfen, die zu der Zeit stationiert waren, für unannehmbar hielt. Damals wie heute wiederholt die Sowjetunion die Behauptung, es bestehe Gleichgewicht, das der Westen nun einseitig beseitigen wolle. Obwohl inzwischen nur die Sowjetunion weitergerüstet hat, bleibt Moskau bei dieser Behauptung.

Um diesen offensichtlichen Widerspruch zu verstehen, muß man die sowjetische Einlassung in Genf würdigen, daß der Begriff „Gleichgewicht" nicht nur Waffensysteme einschließe, sondern politische und geographische Elemente. So argumentieren die sowjetischen Unterhändler im Kern auf der Basis aller amerikanischen Waffen, mit denen sowjetisches Staatsgebiet bedroht werden könnte. Sie seien ihrer Natur nach strategisch. Umgekehrt hätten nur solche sowjetischen Waffen strategischen Charakter, die Amerika bedrohen könnten. Andere Staaten, die geographisch an der Peripherie der Sowjetunion liegen, Westeuropa eingeschlossen, sind nach dieser Definition zweitklassig und nur zu berücksichtigen, wenn ihr Potential sowjetisches Territorium gefährden könnte.

Damit wird die Ratio hinter der sowjetischen Überrüstung sichtbar: Die SS 20 ist das militärpolitische Drohmittel, mit dem im mittleren Bereich alle bis 5000 Kilometer entfernten Staaten zur politischen Unterordnung gezwungen werden sollen. Die Vereinigten Staaten haben aus dieser Sicht in Europa nichts verloren; ihre Präsenz dort ist widernatürlich.



Spekulation auf Widerruf? – Hans-Jochen Vogel

FOTO: DPA

Auf diese Weise wird die Pax sovietica diktiert. Frieden auf der Welt kann es nach dem Marxismus-Leninismus erst geben, wenn der Sozialismus triumphiert hat. Abrüstungsvereinbarungen mit dem Westen müssen sich an der Einhaltung dieser Doktrin orientieren. Sollte es zu einem Krieg kommen, wird er durch seinen Klassencharakter geprägt sein und zur entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftsordnungen werden. Ob mit kriegerischen oder anderen Mitteln: Die kapitalistischen westlichen Industriestaaten sind historisch dem Untergang geweiht. Der Sieg des Sozialismus ist gesetzmäßig.

Zum ersten Mal seit der Oktober-Revolution ist Moskau in der Lage, diesen sich nun angeblich selbst erfüllenden Prophezeiungen durch die Installierung der SS 20 Gestalt zu geben. Erst wer diese Zusammenhänge begreift, weiß, wo wir uns in Wirklichkeit befinden.

In Washington haben die Optimisten die Überzeugung gewonnen, in Genf werde Moskau erst einlenken und zu retten versuchen, was von seiner Überlegenheit noch zu retten ist, wenn es sieht, daß es die Nachrüstung nicht mehr verhindern kann. Bis dahin werde es vom Kreml noch viel Propagandalockung und Drohungen geben. Die Pessimisten freilich glauben nicht mehr an Einigung.

Vor diesem Hintergrund nun betreibt die SPD Raketen-Arithmetik – Pershing hin, Cruise missile her. Es scheint, diese einst große Partei hat noch nicht einmal in Ansätzen verstanden, welche historische und politische Dimension der Vorgang hat, der sich vor unseren Augen abspielt. Hans-Jochen Vogel hofft offenbar, ein Bundestag so kurzsichtig wie er werde seine frühere Zustimmung zum Doppelbeschluß widerrufen. Die Sozialdemokraten, wären sie noch an der Macht, würden, so ist zu befürchten, der Sowjetunion wohl das Einfallstor nach Westeuropa öffnen.

IM GESPRÄCH General Lacalle

Zorn über den Wortbruch

Von Rolf Görtz

Nicht die Demokratie belastete nach dem Tode General Francos das Verhältnis zwischen Armee und Politik in Spanien, sondern die Hilflosigkeit der demokratischen Regierung Suarez gegenüber der drohenden und keineswegs ganz beseitigten Gefahr des Zerfalls der vor fünfhundert Jahren von den Heeren der katholischen Könige geschaffenen Einheit des Landes. Die erste Regierung der jungen Demokratie, die dieser Gefahr glaubhaft entgegentritt, die des Sozialisten Felipe González, fand deshalb auch als erste ein selbstverständliches Verhältnis zu den Streitkräften. Mit dem klaren Primat der Politik.

So wie Felipe González und sein noch jüngerer Verteidigungsminister das Haupt vor den Fahnen senken und im religiösen Zeremoniell des spanischen Heeres niederknien, so nehmen die Streitkräfte es hin, wenn ihnen von den erwarteten 84 Kampfflugzeugen ein ganzes Geschwader von zwölf Maschinen gestrichen wird. Eine Entscheidung der Politik in Zeiten wirtschaftlicher Not.

Sol' die keineswegs spannungslose Anpassung Bestand haben, dann dürfen sich weder die Politiker noch die Soldaten etwas vergeben. Zeugnis für das Gelingen dieser Entwicklung kann der Chef des Generalstabes, Generalleutnant Alvaro Lacalle Leloup, ablegen, der zur Zeit die verbündeten Streitkräfte in Deutschland besucht. Noch vor den Wahlen fanden beide, Lacalle und González, in mehreren, keineswegs zimperlichen Gesprächen eine gemeinsame Basis. Der General gehört zu denen, die sich 1976 empörten, als der damalige Regierungschef Suarez sie feierlich anlog: „Eine Kommunistische Partei werden wir nie zulassen." Die kurz darauf dennoch über Nacht erfolgte Legalisierung der KP war politisch richtig. Aber ebenso logisch mußte die Reaktion einiger Generale erscheinen, die sich zum ersten Mal politisch engagierten – rechts der Regierungspartei.



Besucht Deutschland: Spaniens Generalstabschef Lacalle

FOTO: CAMERA PRESS

Nun, diese Anfangszeiten sind vorbei. Und aus dem Parlament verschwand auch die extreme Rechte. Als sich vor einem Jahr unter Offizieren eine neue Welle von Unruhe ausbreitete, verlangte Lacalle Disziplin „zur Einheit zwischen Volk und Armee, wie es die Verfassung vorschreibt". Verstöße dagegen – wie der Putschversuch von 1981 – habe die Gerichtsbarkeit zu ahnden. „Pflichterfüllung mag in anderen Berufen genügen, nicht bei uns. Wir haben uns auch um die moralischen Tugenden der uns anvertrauten Jugend zu kümmern. Wer das nicht als seine erste Aufgabe empfindet, hat seinen Beruf verfehlt."

Es mag verdammt altmodisch klingen, aber in Spanien dient der Soldat „Gott und Vaterland". Und daß Gott in dem Sinne, wie sie allein verteidigungswürdig erscheint, Freiheit bedeutet, das demonstrierte Papst Johannes Paul II. in Spanien. Dem jungen NATO-Partner Spanien hat sich die – materialistische – Frage nach der Konsumgesellschaft, die es zu verteidigen gelte, nie gestellt. So mögen wir den Spaniern technisches Know-how geben; von ihnen erwarten wir etwas von dem Selbstverständnis ihres Verteidigungsauftrages.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Unter der Überschrift „Bewältigte Vergangenheit" geht Mitherausgeber Joachim Fest mit der „Stern"-Redaktion und ihren Beteuerungen ins Gericht, „schonungslose Aufklärung" über die Tagebuch-Affäre zu schaffen:

Es ist nur die Darstellung einiger Fakten, einiger anderer aber nicht: das ganze abzielend auf einen umfassenden, von Selbstgerechtigkeit und Selbstmitleid bestimmten Entlastungsversuch derer da unten gegen die da oben. Bezeichnenderweise werden, so oft von Leichtgläubigkeit, blinder Euphorie und Versagen die Rede ist, „die Chefs in Verlag und Redaktion" genannt. Aber war die Ovation, die dem Chefredakteur Koch von den Redakteuren bereitet wurde, als er von jenem Fernseh-Auftritt zurückkehrte, in dessen Verlauf er alle Zweifler an der Authentizität des Materials als Neider, Besserwisser und Ferndiagnostiker beschimpft hatte, kein Zeichen von Leichtgläubigkeit und Euphorie? Das Tagebuch der Affäre verschweigt den Vorgang einfach. Und wie will man das Publikum glauben machen, daß die hochprofessionellen „Spürhunde" der Redaktion, von denen Heidemann ja doch nur der angeblich raffinierteste war, über viele Monate hin die Ausgliederung einiger Redakteure hinnahmen, ohne zu fragen oder herausfinden zu können, was da geschah? Die Frage wird nicht einmal gestellt. Und auch nicht, wie die Redaktion auf die auszugsweise, von unverkennbarer Verharmlosungstendenz gekennzeichnete Präsentation der Tagebücher reagiert hat ... Strenggenommen hat die Redaktion genauso reagiert, wie sie es der Öffentlichkeit im Blick auf die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit seit Jahren vorzuhalten pflegt: mit einem Schuldspruch nach oben und für alle übrigen das Privileg der Ahnungslosigkeit und des getäuschten Vertrauens. Man muß das Verhalten von Chefredaktion und Vorstand weder verständlich noch gar entschuldbar finden. Aber wer eine Selbstprüfung ankündigt, kann nicht in das Jahrhundert-Klischee zurückfallen, daß der kleine Mann immer fein raus ist. „Wir sind eine stolze Redaktion", hat der „Stern"-Autor Emanuel Eckardt beim Fackelzug vor dem Redaktionsgebäude erklärt, „wir kennen auch unsere Fehler. Wir wissen, daß wir es nicht allen recht machen." Aber kann das heißen, daß man es nur sich selber recht macht?

Daily Mail

Zum Wahlkampf in Großbritannien heißt es in dem Londoner Blatt:

Die Kluft in den Meinungsumfragen ist kein Phänomen. Sie ist ein Maßstab für die Zwillingskräfte, die den Kurs der britischen Politik vier Jahre lang bestimmt haben, und wird den Wahlausgang am Donnerstag entscheiden. Sie ist der Maßstab für den Aufstieg einer Frau und den Niedergang einer Partei.

Südwest Presse

Zu Streiks gegen Raketen-Stationierung meint die Ulmer Zeitung:

Nirgendwo läßt sich aus unserer Verfassung herauslesen, es sei erlaubt, einer demokratischen Mehrheitsentscheidung des Bundestages Widerstand etwa in Form eines Generalstreiks entgegenzusetzen. Das Gegenteil ist richtig. Denn es handelt sich dann schlicht um die Nötigung eines Verfassungsorgans. Die IG Druck unseres schönen Landes sowie Lafontaine müssen noch lernen, daß zwei Dinge nicht miteinander verwechselt werden wollen: Es ist ein erheblicher Unterschied, ob man mit beiden Beinen auf dem Boden der Verfassung steht oder ob man sie mit Füßen tritt.

Schutz für die Natur, Strick für Komponisten?

Über die Kultur als Selbstbedienungsladen nach Bedürfnis / Von Joachim Neander

Der Vorgang scheint zunächst bedeutungslos, die Öffentlichkeit jedenfalls nahm keinerlei Notiz von ihm: In der Regierungserklärung, die der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel neulich dem neugewählten Landesparlament vortrug, fehlte ein ganzes Ressort, das Kultusressort.

Genauer gesagt: Es fehlte nicht, aber seine Angelegenheiten waren aufgeteilt und anderen Bereichen zugeschlagen worden, die Bildung einem Kapitel „Jugend", die Kultur einem Kapitel „Umwelt". Haben etwa Kultur und Bildung keinen Eigenwert mehr?

Was der Regierungschef, der einst selbst ein vorzüglicher Kultusminister war, hier sozusagen kraft Amtes für die Dauer einer Rede neu geordnet hat, entspricht dem in allen Parteien und politischen Richtungen, national und international wachsenden Bestreben, die Kultur dem Menschen nicht mehr als etwas übermächtig und unpersönlich über ihnen Schwebendes und Webendes darzustellen, sondern sie – wie ein scheußlich-leichtverständliches Wort sagt – „erlebbar" zu machen, als einen Teil ihres eigenen Lebens, ihrer Lebensqualität, ihrer Umwelt.

Das ist durchaus berechtigt. Vielen ist der Zugang zu Bildung und Kultur auf diesem Wege über die Beschäftigung mit der eigenen Schule und ihren Problemen, über das schöne alte Haus um die Ecke, über den örtlichen Gesangverein, das Heimatmuseum, den Geschichtsverein ganz neu geöffnet worden. Nach einer fast kulturrevolutionär bestimmten Phase, in der von Kultur überwiegend hämisch („ewige Werte, heiligste Güter der Nation" etc.) die Rede war, ist dieser Neubeginn sehr wichtig.

Dennoch steckt darin, bisher kaum bemerkt, die Gefahr neuer Einseitigkeit: ein Kulturbegriff, der sich einerseits ins fast Beliebige ausweitet, andererseits aber nur an Bedürfnissen zu orientieren scheint.

In einer Zeit, in der sich jedermann mühelos jede beliebige Musik, alte und neue, die trivialste und die herrlichste, ins Ohr holen kann, in der diese Überfülle viele Menschen fast taub macht, scheint es zum Beispiel etwas grotesk Überflüssiges zu sein, weiter neue Musik zu komponieren. Soweit dies nicht, wie im Unterhaltungsbereich, zur Aufrechterhaltung des Geschäfts immer wieder nötig ist, bedeutet es, daß im ernsthaft künstlerischen Bereich die Komponisten heute fast nur noch für andere Komponisten, mißgelaunte Kritiker und eine Handvoll Verrückter (von denen niemand genau weiß, aus welchen Motiven sie sich für diese Musik interessieren) komponieren. Da bleibe, so ergrimmte sich bei einem Symposium neulich der Komponist Manfred Trojahn, dem, der sich nicht den „Bedürfnissen" anpassen will, vielleicht nur noch der Strick.

Na wenn schon, mag mancher da denken. Aber der Gedanke, ein Zeitalter könne ohne eigenen ernsthaft-künstlerisch musikalischen Ausdruck bleiben, nur weil die entsprechenden Bedürfnisse allseits befriedigt sind oder scheinen, hat etwas Erschreckendes. Wenigstens künftigen Generationen, über deren Bedürfnisse wir Gott sei Dank nichts wissen, sollte der musikalische Ausdruck dieser Jahrzehnte überliefert werden.

Aber das ist natürlich nicht „erlebbar", genau wie weite Bereiche vergangener Bildungs- und Kulturinhalte, für die sich heute niemand interessiert, niemand ein Bedürfnis äußert. Da wird klar, daß der Staat mehr leisten muß, als nur kulturelle Bedürfnisse seiner Bürger zu befriedigen. Er ist gleichzeitig Verwalter eines großen gemeinsamen Erbes. Dieses Erbe ist kein Kramladen für interessierte Minderheiten. Es ist bei all seiner Vielfalt wohl doch unteilbar.

Auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann jemand eine Erbschaft nur als Ganzes antreten oder ablehnen. Der, dem ein Haus hinterlassen wird, darf nicht das Wohnzimmer allein ausräumen. Die Küche oder sogar die Hypothek, die auf dem Hause liegt, gehören auch dazu.

Deswegen ist es gefährlich, Angelegenheiten wie Bildung und Kultur allzu nah an die Bedürfniswelt des einzelnen heranzurücken, ihn so quasi zur Selbstbedienung einzuladen, ihm alles möglichst schmackhaft und gebrauchsfertig zu machen, ihm überall direkte, leichtverständliche Bezüge zu seinem eigenen Leben, seiner Umwelt, seiner Zeit anzudienen. Bildung müßte mehr sein als nur ein Stück Jungsein und Selbstverwirklichung, Kunst etwas anderes als nur ein Stück Lebenskomfort, Geschichte mehr als nur „erlebbarer" Eigenanteil an der Vergangenheit.

Es ist höchst merkwürdig, zu sehen, wie auf einem anderen Felde diese Generation fast mit Begeisterung bereit ist, etwas als unteilbaren, gemeinsamen, kostbaren Besitz anzuerkennen, der überall und von allen anerkannt und geschützt werden muß – bei der Natur. Wer heutzutage den Wert der Natur an den jeweiligen Bedürfnissen einer Gruppe, einer Nation oder eines Zeitalters messen würde, käme sofort in Verruf.

Es wird demgegenüber nötig sein, auch Bildung und Kultur als Angelegenheiten aus eigenem Recht im Bewußtsein zu halten, als gemeinsames Erbe aller Menschen. Dies heißt nicht, dem einzelnen kulturelle Bedürfnisse zu verordnen. Es heißt, ihm und seinen Kindern das Erbe zu bewahren. Dazu kann auch das Eigengewicht eines Regierungsressorts beitragen.



Angst treibt die „Flics" von Paris zur Rebellion

Von A. GRAF KAGENECK

Was sollen wir machen?" – „Schmeißt Handgranaten, wenn es sein muß" – „Handgranaten hat nur die Gendarmerie." „Dann entsichert die Karabiner." Dieser Dialog zwischen einem nahezu hysterischen Offizier einer kasernierten Polizei-Kompanie, rund um das Justizministerium an der Place Vendome im Einsatz, und seiner vorgesetzten Dienststelle im 500 Meter weit entfernten Innenministerium, wurde am Freitag gegen 19 Uhr von Hunderten von Pariser Rundfunkamateuren aufgefangen. Er kennzeichnete die Lage. Paris erlebte Ende letzter Woche wieder eine der vielen Demonstrationen dieses Frühjahrs. Aber diesmal war es eine Kundgebung eigener Art. Was hier demonstrierte, waren nicht Studenten oder Arbeiter oder Ladenbesitzer, sondern jene unglücklichen Diener des Staates, die seit Wochen in einem zermürbenden Nervenkrieg damit betraut sind, den Staat vor den Übergriffen einzelner sozialer Kategorien zu schützen. Was hier auf das Justizministerium zumarschierte, in unverkennbarem Räuberzivil, kurzgeschorenen Haaren und gestutztem Schnurrbart, waren Polizisten.

Zwei Stunden vorher kocht zum ersten Mal ihre Beamtenseele über. Im Innenhof der Polizeipräfektur auf der Île de la Cité waren zwei Särge aufgebahrt worden. In ihrem Inneren die sterblichen Überreste von Emile Gondry und Claude Caiola. Davor, in sommerlichem Kleid und voller Trauer, die beiden Witwen. Rundherum, zusammengeballt hinter einer Ehrenkompanie der Munizipal-Polizei, 1000 Kameraden der beiden Getöteten. Vier Tage vorher waren Hauptwachtmeister Gondry (29) und sein jüngerer Kollege Caiola auf einer belebten Straße mitten in Paris wie Kaninchen abgeknallt worden, auf kürzeste Entfernung, von vier jungen Leuten, denen man nicht einmal das „Prädikat" Gangster zubilligen könnte. Wahrscheinlich waren sie ganz gewöhnliche Lumpen, ein paarmal vorbestraft bereits wegen geringfügiger Diebstähle oder Drogenhandel, schnell wieder auf freien Fuß gesetzt und seitdem als potentielle Schwerverbrecher auf die unbescholtene Bevölkerung losgelassen, bewaffnet mit schweren Colts, die sie sich für ein paar Gramm Heroin auf dem Schwarzmarkt besorgt haben. Das hat nichts mehr zu tun mit dem klassischen Gangstertum der sechziger Jahre, dem das Blutvergießen ein Horror und nur letzte aller Möglichkeiten des Davonkommens war. Das ist eine neue Kriminalität, die von niemandem mehr kontrolliert werden kann und täglich neuen Zulauf aus dem Millionenheer der Arbeitslosen erhält.

Die vier Verbrecher, darunter eine Frau, waren von Gondry und seinem Polizeitrupp dabei ertappt worden, wie sie ein Auto stehlen wollten. Auf ihre Papiere angesprochen, hatten sie sofort geschossen, ohne jede Chance für die Überraschten. Sie schossen wie die Rasenden um sich, verletzten einen weiteren Beamten schwer, der ihnen nachsetzen wollte, schossen eine 51jährige Frau am Steuer eines Kleinwagens an, die sie als Geisel nahmen, um mit ihrem Auto davonzukommen. Noch immer fehlt jede Spur von ihnen. Tags darauf wurde in einem westlichen Vorort ein weiterer Beamter schwer verletzt, mit zwei Schrotschüssen im Nacken aus der Flinte eines Jünglings, der tags zuvor nach einer Minihaft wegen Ladendiebstahls aus dem Gefängnis entlassen worden war und sich als erstes in einem Waffengeschäft ein Schießeisen besorgt hatte.

Solches kommt in letzter Zeit immer häufiger vor. Häufen sich diese Fälle im Vergleich zu früheren Jahren unter anderen Regimen? Fragt man die Leute in der Straße, beteuern sie empört, dem sei so. Fragt man die Statistiken, bleibt man skeptisch. Die Regierung versichert, daß sich die sogenannte schwere Kriminalität im Vergleich zu der Zeit vor der Abschaffung der Todesstrafe (im Oktober 1981) nicht erhöht habe, sogar abfallende Tendenz zeige. Es kommt immer darauf an, von welchem Ende der Lorgnette, wie man in Frankreich sagt, man die Dinge betrachtet. Wie dem auch sei, der Polizist an der nächsten Ecke ist felsenfest überzeugt davon, daß die Verbrecher zunehmen, er ihrer nicht mehr Herr werden kann, ihnen schutzlos ausgesetzt ist und ihm die Regierung nicht nur nicht den Rücken stärkt, sondern ihm durch ihre liberale Handhabung der Strafgesetzgebung die Aufgabe täglich schwerer macht.

Dieser Vorwurf richtet sich vor allem gegen einen Mann, der es sich mit viel Idealismus und Kennerschaft zum Ziel gesetzt hat, die überalterte französische Strafjustiz zu modernisieren und den Strafvollzug zu humanisieren: den Justizminister Robert Badinter. Er bekam den Zorn der Polizisten am letzten Freitag am ärgsten zu spüren. Von seinem Fenster im ersten Stock seines Ministeriums herab mußte er zusehen, wie die Polizeitruppen rund um den Vendome-Platz schrittweise vor der Welle der Demonstranten, die da durch die Rue de Rivoli anbrandete, zurückgingen und, statt die Flinten in Anschlag zu bringen, schließlich mit den Rebellen fraternisierten. Er mußte zuhören, wie Tausende mit geballten Fäusten „Mörder" zu ihm hinaufriefen und seinen Rücktritt verlangten. „Hätten Sie nicht Lust in diesem Augenblick, den ganzen Krempel hinzuschmeißen", fragte der Rundfunkreporter Ivan Levay den Minister am Montag im Sender Europa. „Wissen Sie, was ich gemacht habe? Ich bin die Treppe hinunter in meine Bibliothek gestiegen und habe mir den Paragraphen 132 des Strafgesetzbuches vorgenommen und dessen Reform von Falschmünzereien, ein relativ harmloses Delikt also. Was Badinter damit sagen wollte, war, daß er sich nicht von seinem einmal gefaßten Vorhaben abbringen lassen wird, auch nicht durch demonstrierende Diener des Staates.



Straßenschlachten mit militanten Demonstranten haben die französische Polizei zermürbt. Sie sieht sich als Opfer liberaler Strafjustiz.

FOTO: CAMERA PRESS

Und wenn er dies mit der größten Ruhe sagt, so, weil er weiß, daß der Präsident der Republik, sein Freund Mitterrand, hinter ihm steht.

Die Frage ist nur, wie abgewirtschaftet ein Regime ist, welches seiner eigenen Polizei nicht mehr sicher sein kann. Der Premierminister hat hart durchgegriffen. Er hat die beiden höchsten Beamten des Pariser Polizeiapparates noch am Freitagabend gefeuert und weitere Entlassungen für diese Woche angekündigt. Da die Bestraften die Sympathie der Truppe besitzen, wird das Klima noch miserabler werden. Es genügt auch nicht, hinter der Polizei-Malaise nur die Machenschaften einer Rechtsopposition zu sehen, die zu ihrer Zeit auch kein lupenreines Verhältnis zur Polizei hatte. Aufmüpfigkeit der „Flics" hat es immer gegeben in einem Land, in dem der Polizist genausogut oder so schlecht syndikalisiert ist wie der Fabrikarbeiter oder der Bauer und in dem man für jedes Wehwehchen auf die Straße zu gehen bereit ist. Hier und heute aber liegen die Dinge tiefer. Der französische Polizist glaubt, daß unter den Sozialisten die Zügel schleifen, daß man an der falschen Ecke humanisiert und mit der marxistischen Theorie, daß der Verbrecher die Gesellschaft und der Kriminelle ihr Opfer sei, die gesamte etablierte Ordnung über den Haufen wirft. Hinzu kommt, daß er allmählich zum Prügelknaben der Nation geworden ist, mit seiner garstigen Rolle des ewigen Aufruhr-Brechers, die ihm ein Regime zuteilt, das mit den sozialen Forderungen der Bürger nicht mehr fertig wird.

1968 beklatschte die Pariser Bevölkerung noch ihre Polizei, als sie nach 30tägigem blutigen Einsatz die große Studentenrevolte niedergeschlagen hatte. Heute werden dieselben Polizisten in der Presse als skrupellose Schläger hingestellt, die ihrem beruflichen Frust und ihrer gesellschaftlichen Unsicherheit in brutaler Gummiknüppel-Raserei gegen unschuldig provozierte Demonstranten Luft machen. In der Tat hat es Übergriffe einer nervlich fertigen Einsatzpolizei gegeben, die in ihrer Aufgabe, fast täglich gegen irgendwelche Aufrührer vorzugehen, offenbar überfordert ist. „Dies ist ein Problem der Regierung", sagte der ehemalige Innenminister der Pompidou-Ära, Raymond Marcellin, „man kann Polizeipräfekten feuern und Beamte versetzen, das alles wäre ein Schlag ins Wasser, wenn man nicht energischer gegen die Verbrecher vorgeht. Die Anhäufung der Delikte ist allein der Grund der Unzufriedenheit der Bevölkerung und der Polizei. Wenn nicht endlich geklotzt wird, und zwar von seiten der Justiz, die härter durchgreifen muß, wird die Polizei eines Tages die Waffen niederlegen, und das wäre das Ende des Staates."

Also ist der Justizminister, und ist hinter ihm der Staatschef gefordert. Aber der Justizminister wägt die Reform der Falschmünzfahndung im Busen, und der Präsident schweigt. Es sei denn, er sagt den Franzosen morgen im Fernsehen, daß sein Sozialismus à la Française auch auf dem Gebiet der Strafjustiz falsche Wege gegangen und Umkehr dringend geboten ist ...

In Bagdad verschwinden die letzten Reste des Orients

Von L. SCHMIDT-MÜHLISCH

Irgendwo an der Piste durch die syrische Wüste zwischen Aleppo und Palmyra hat eine Beduinenfamilie ihr Camp aufgeschlagen. Die weißen Schäferhunde bellen aus sicherer Entfernung die Fremden an, die sich hierher verirrten. Die Frauen schauen kaum auf von der Arbeit des Teppichknüpfens. Doch den Männern scheint die Abwechslung ganz willkommen. Die Einladung zu jenem zuckerstarrenden Tee, der auch am nächsten Tag noch die Eingeweide umtreibt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Ein letztes Stück Karl-May-Romantik? Eine übriggebliebene Oase von Freiheit und Unabhängigkeit? In einem Korb unterm Zeltdach entlarvt sich der Traum schnell als billige Täuschung. Ein Bündel Schulhefte, Anfänger-Übungen Arabisch-Englisch in der unausgewogenen Schrift aller Kinder, lenkt den abenteuerverklärten Blick auf die Segnungen einer anderen Zeit. Fremdsprachenunterricht auch für Beduinen-Kinder. Der Schulbus sammelt sie in der Wüste zusammen. Und wenn er sie nicht findet, gehen die Kleinen eben zu Fuß. Fünf oder zehn Kilometer – was macht das schon? Die Zeit, das wenigstens ist arabisch geblieben, spielt hier keine Rolle.

Der Fremdsprachen-Unterricht für syrische Beduinenkinder ist ein Symptom. Das Regime des Staatspräsidenten Assad, dessen Bildnis natürlich allgegenwärtig ist, hat das Land, dank etwa 5000 sowjetischen Beratern und einigen hundert aus Bulgarien und der „DDR", nicht nur militärisch, sondern – was in arabischen Staaten fast ein Mysterium ist – auch organisatorisch im Griff. Die Straßen in den großen Städten sind vergleichsweise sauber. Schlaglöcher halten sich durchaus in Grenzen. Die touristischen Attraktionen wie etwa die Zitadelle von Aleppo, die alten Kreuzritterburgen oder die Ruinenstädte von Rasafa, Ugarit oder Palmyra wirken geradezu gepflegt. In Damaskus fressen die Bagger die letzten Reste einstiger Slums, die man unverschämt „Altstadt" nennt, weg und machen neuen gleichwohl monotonen Wohnblocks Platz, die kaum schlimmer aussehen als in Düsseldorf-Garath.

Selbst die undurchdringlichen Souks hat der eiserne Griff der Regierung mit dem Licht staatlicher Kontrollen erhellt. Kein Handeln mehr, kein Feilschen. Die Preise sind aufgeklebt wie in einem deutschen Supermarkt. Schuhe zum Beispiel kosten im Basar von Damaskus, wo man auch sächsisch reden hört, grundsätzlich 70 syrische Pfund, ganz gleich, wo man sie kauft oder ob man sie braun oder schwarz wünscht. Eine merkwürdig entzauberte Welt, in der es noch immer nach allen Wohl- oder auch Unwohl-Gerüchen des Orients duftet, in der aber kaum mehr ein Händler mit der Musik seiner Beredsamkeit die schmalen, düsteren Durchgänge ins Märchenhafte verwandelt.

Die Regierung überwacht selbst die Kunsthandwerker, daß nicht billige Massenprodukte aus Hongkong dem Touristen die syrischen Eindrücke verleiden. Ein paar Straßenhändler, die mit wehendem Kaftan in die nächste Moschee flüchten, weil eine Polizeistreife naht, wirken da schon fast wie eine Erlösung: So ganz hat auch der sozialistische Stil die Mentalität der Syrer nicht zu verändern vermocht.

Polizei und Militär sind ohnehin die auffälligsten Garanten dieser Art arabischer Selbstentfemdung. Keine größere Stadt, um die nicht ein dichter Sicherheitsgürtel, meist mit sowjetischem Material, liegt. Keine Straße, auf der man nicht beim Betreten der Stadt kontrolliert wird – oft bis zur Leibesvisitation. Kein Kaffee-Haus, keine Moschee ohne die weinrot-olivgrünen Kampfanzüge. Angenehme Gefühle sind das nicht, die vor allem wohl den Westeuropäer da ankommen. Und immer wieder, ob im Militärmuseum von Damaskus oder dem Basar von Lattakia, sächsische und russische Töne.

Was immer man tut, ob als Bewohner oder Tourist, der Staat ist allgegenwärtig. Selbst die Wohnungsbewirtschaftung ist hier gelungen. Hausbesitzer stöhnen, daß die staatlich festgesetzten Mieten noch nicht mal die Kosten decken. Und kündigen, so hört man, ist schon völlig ausgeschlossen. Aber auch der Tourist bekommt es zu spüren, daß Syrien eine Volksrepublik ist. Selbst in Damaskus darf der Tourist von seinem Fotoapparat nur sehr eingeschränkt Gebrauch machen. Die Stadt von den Bergen aus zu fotografieren, ist streng verboten. Sofort ist der nächste Polizist zur Stelle – sehr freundlich, aber bestimmt. Warum? „Wir leben im Krieg, da gelten andere Gesetze."

Damaskus selbst erweckt merkwürdigerweise den Eindruck einer Stadt zur Kolonialzeit. „Oben" und „unten" haben hier noch weniger miteinander zu tun als anderswo. Das Establishment trifft sich abends um 11 Uhr in den großen Hotels, Meridian oder Sheraton, zum Dinner mit Show. Man kennt sich. Gästen wird die Systematik des Bauchtanzes erläutert. Umgangssprache ist wie selbstverständlich französisch, so als seien die Franzosen noch immer die Herren. Der Sänger, der sich bemüht, arabisch vom Liebesleid zu schluchzen, verteilt seine Gunst streng hierarchisch: Einen Handkuß für die Bessergestellten, ein Lächeln für andere gute Bekannte.

Ansonsten der neueste Klatsch aus der „Kolonie". Geschäftsgespräche, Politik nur sehr zurückhaltend. Klagen, warum der Westen so einseitig Israels Position einnehmen. Arabische Vereinigungsträume. Aber ein syrisches Großreich, das liegt schon ein paar tausend Jahre zurück, als Ebla die Stadtstaaten bis hin nach Mari unter seine Oberherrschaft zwang. Und gehalten hat es ohnedies nicht sehr lange. Aber heute ist man optimistisch in Syrien, trotz israelischer Nackenschläge. Zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Direktor des Meridian-Hotels, erst kürzlich aus Kairo nach Damaskus versetzt, glaubt, vergleichen zu können: „Damaskus ist nicht halb so dreckig, nicht halb so nervös und schon gar nicht so hoffnungslos wie die ägyptische Hauptstadt. Syrien hat realistische Perspektiven."

Für diese Perspektiven zahlt Syrien schon heute nicht nur politisch hohe Preise. Die forcierte Industrialisierung hat zum Beispiel die Stadt Homs, eine der Wirtschaftszentren des Landes, in eine staubige beige-graue Wüstenei verwandelt. Der Euphrat, an dem einst die Wiege menschlicher Zivilisation stand, ist stellenweise nur noch eine stinkende, dreckige Kloake. Und ob die Bohrtürme an der Mittelmeerküste vor Lataakia dem erstrebten Tourismusboom als Attraktion dienen, mag man füglich bezweifeln.

Immerhin, rein ökonomisch sind die Erfolge nicht von der Hand zu weisen. Die Rumänen haben Syrien zu einer zweiten Erdölraffinerie verholfen. Die Tschechen bauen gerade an einer dritten. Die Franzosen und Amerikaner schaffen kräftig an der Erweiterung der chemischen Industrie, vor allem für die Düngemittelherstellung und Phosphatverarbeitung. Die Bundesrepublik hat sich recht bescheiden an Papier- und Möbelfabriken beteiligt. Die „DDR" und wiederum Rumänien haben mit zwei Zementfabriken dafür gesorgt, daß Syrien auf diesem Gebiet sich seit neuestem selbst versorgen kann. Der rege Wohnungs- und Straßenbau (die Wüstenstraßen sind teilweise in erstklassigem Zustand) zeugen davon, daß die einzelnen Förderungsmaßnahmen überraschend gut ineinandergreifen.

Wenn es um Geld und Technologie-Transfer geht, ist man in Syrien ideologisch nicht kleinlich. Kulturell zeigt sich schon eher, in wessen Hände man sich begab. Beim Festival von Palmyra ein Nachtkonzert im Tempel des Baal, des Gottes, mit dem noch Nietzsche seine Abendländer erschreckte. Der Halbmond scheint tatsächlich durch die zugigen Ruinen. Und während von der nahen Stadt der leiernde Gebetsruf des Muezzin herüberschallt, bemüht sich ein etwa zehnjähriges Mädchen im rosa Rüschenkleidchen, ein Stück von Rachmaninow dagegenzusetzen. Arabische Kinder, ausgebildet am Konservatorium von Damaskus, versuchen sich zum Stolz ihrer Eltern am manchmal sehr fernen Europa. Die Leiterin des Konzerts kommt aus Moskau. Baal mag sich wundern. Aber auch seine schrecklichen weißen Augen werden Syrien kaum daran hindern, die politischen Preise zu zahlen. Das Land scheint sich unmerklich aus dem arabischen Raum zu entfernen.



Beim Aufbau der Republik Syrien leistet die „DDR" neben der Sowjetunion ihren sozialistischen Anteil.

FOTO: UP

Eine weitere Schlappe für Kurt Biedenkopf

Westfälischer CDU-Vorstand nominiert Gegenkandidaten

WILM HERLYN, Dortmund

Der Chef des zweitstärksten CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, Professor Kurt Biedenkopf, wird nicht mehr vom Vertrauen seines Vorstandes getragen. In einer zum Teil dramatischen Vorstandssitzung in Dortmund, die bis weit nach Mitternacht reichte, wurde ihm mit Professor Wolfgang Brüggemann ein Gegenkandidat für den Parteitag am 2. Juli in Hagen entgegengestellt.

In der Nacht um exakt 1.05 Uhr – nach sechsstündiger hitziger Debatte – präsentierte Bundesminister Heinrich Windelen, Ehrenvorsitzender von Westfalen-Lippe, den Kandidaten: „Für die einen vielleicht noch überraschend, von vielen jedoch erwartet und offensichtlich vorbereitet."

Brüggemann, Hochschulexperte der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf, hatte von Anfang an nie einen Hehl aus seiner offenen Gegnerschaft zu Biedenkopf gemacht. Er gilt jedoch nicht als Wortführer der Front, die seit 1977 systematisch am Stuhl Biedenkopfs sägte. Damals hatte der ehemalige Generalsekretär der Union die Führung des Landesverbandes von Windelen übernommen – aber stets ein gutes Drittel bei Abstimmungen gegen sich gehabt. So konnte er bei seiner letzten Wiederwahl 1981 in Münster, bei der er 71 Prozent der Stimmen erhielt, aufatmend feststellen: „Darf ich sagen, daß ich glücklich bin." – Für den kühlen Professor ein überraschender Gefühlsausbruch.

Brüggemann hingegen wollte schon 1979 – quasi als Abschied von der Politik – ein Europa-Mandat übernehmen. 1980, nach der schweren Niederlage der nordrhein-westfälischen CDU bei der Landtagswahl unter Biedenkopf, spielte er gar mit dem Gedanken, das Landtagsmandat nicht anzunehmen. Er blieb, kam aber nicht wieder in den Fraktionsvorstand, sondern wurde einer von den fünf sogenannten Koordinatoren, zuständig für Bildungspolitik und Wissenschaft. Er zog sich dabei immer mehr in die innere Emigration zurück.

Sechs Stunden lang übten die Vorstandsmitglieder härteste Kritik an der Arbeit Biedenkopfs. So wurde ihm vorgehalten, er habe den Landesverband „in der täglichen Arbeit in Stich gelassen", er habe sich der Basis verweigert. Die Gegner Biedenkopfs – unter anderem der Bonner Staatsminister im Bundeskanzleramt Friedrich Vogel und die Bundestagsabgeordnete Agnes Hürland, die einst an der Seite Biedenkopfs gestanden hatten, monierten, er habe sich mehr Zeit zum Bücher- und Artikelschreiben genommen als die Diskussion im Landesverband zu lenken. In der Tat spricht allein das Programm, das sich Biedenkopf für die Zeit nach dem Landesparteitag in Hagen vorgenommen hat, nach Ansicht seiner Gegner eine deutliche Sprache: sechs oder sieben Wochen lang ein Buch schreiben, dann eine Einladung in die UdSSR, es folgt eine vierwöchige Vortragsreise in die USA. „Und dann ist schon Herbst und noch nichts ist in Westfalen-Lippe geschehen", rumorte es auf der Vorstandssitzung.

Trotz drängender Bitten, freiwillig zu gehen, blieb Biedenkopf in Dortmund standhaft. Er fühle sich seinem Bekenntnis verpflichtet, der Partei und dem Land zu dienen. Er werde in Hagen kandidieren und forderte den Vorstand auf, einen Gegenkandidaten aufzustellen.

Das Ergebnis – von den 25 anwesenden Mitgliedern sprachen sich 13 für Brüggemann aus, elf für Biedenkopf und eines enthielt sich der Stimme – ist ein deutliches Alarmzeichen. Eindeutig gegen Biedenkopf ist das Ergebnis nicht, denn fünf Vorständler fehlten, von denen mindestens vier zu den Freunden des Professors gerechnet werden müssen. Außerdem durfte auf Drängen von Vogel und Hürland der laut Satzung voll stimmberechtigte Landesgeschäftsführer Günter Meyer nicht an der Abstimmung teilnehmen. Entscheidend ist aber nicht das Votum des Vorstandes allein, sondern die Stimmungslage der Delegierten. Erst kürzlich hatte sich die münstersche CDU mit überwältigender Mehrheit für Biedenkopf ausgesprochen.

Dennoch sind beide Lager zumindest froh über das „klärende Gewitter". Denn nach dem jahrelangen Tauziehen und Rumoren hinter den Kulissen sind jetzt die Fronten klar abgesteckt.

Muß der DAAD-Präsident ein guter Wissenschaftler sein?

Schwere Geschütze gegen die Wiederwahl Schultes

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Rektor der Universität Mannheim, Gerd Roellecke, will die Wiederwahl des Präsidenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Hansgerd Schulte, verhindern. In einem Brief an die „sehr geehrten Herren Kollegen" Rektoren/Präsidenten der Mitgliedshochschulen des DAAD erklärte er eine Wiederwahl Schultes für eine „politische Fehlentscheidung". Sein Hauptvorwurf zielt auf Mangel an wissenschaftlicher Qualifikation Schultes.

Er wirft Schulte vor, daß von seinen Veröffentlichungen nur die Dissertation qualitativ den Ansprüchen genüge, die man an einen Professor für vergleichende Literaturwissenschaften stellen müsse. Der seit zwölf Jahren amtierende DAAD-Präsident habe sich „im Sinne der deutschen akademischen Tradition nicht habilitiert, und ob die Stelle, die er in Paris bekleidet, einem deutschen Lehrstuhl entspricht, ist höchst zweifelhaft". Er habe die Professorenstelle an der Pariser Sorbonne III „ohne – im deutschen Sinne – ausreichende wissenschaftliche Qualifikation erhalten".

Roellecke unterstützt in seinem Brief deshalb für die Wahl am 14. Juni die Kandidatur des Ingenieur-Wissenschaftlers Theodor Lehmann, der zur Zeit auf Kosten des DAAD in Shanghai arbeitet. Mit der Wahl eines Ingenieur-Wissenschaftlers „können die Mitgliedshochschulen ein markantes und weithin sichtbares Zeichen dafür setzen, daß das Reden über den technologischen Wandel z. B. auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz mehr war als bloßes Gerede".

Bei seinen Kollegen ist Roelleckes „Rundschlag" gegen den DAAD-Präsidenten Schulte allerdings bereits auf scharfe Kritik gestoßen. Man wirft ihm vor, mit diesem Schreiben einen „unerträglichen Stil" in die Personaldiskussion eingeführt zu haben und persönliche Animositäten nicht von sachlicher Kritik getrennt zu haben. Zugleich habe er den Ruf des DAAD, der im vergangenen Jahr 22 000 Studierende, Graduierte und Wissenschaftler mit Jahres-, Semester- oder Kurzstipendien gefördert hat, in Mißkredit gebracht.

Vor allem aber fühlen sich auch die Rektoren, beziehungsweise Präsidenten persönlich von Roellecke angegriffen, die in den vergangenen zwölf Jahren jeweils Schulte gewählt haben. Zu denen, die bei der letzten Wahl für Schulte votiert haben, gehört immerhin ein so angesehener Wissenschaftler wie der damalige Präsident der Universität in München, Nikolaus Lobkowicz.

Der Vize-Präsident des DAAD, Salzwedel, hat in einem Schreiben an den Mannheimer Universitäts-Rektor bereits die wissenschaftliche Reputation Schultes klargestellt und darauf verwiesen, daß der Wissenschaftler in Paris als „Professeur Titulaires" angestellt sei, und damit über den höchsten akademischen Grad verfüge – vergleichbar einer deutschen C4/H4-Professur.

Aus Kreisen der deutschen Universitäten verlautet bereits heute, daß „Roelleckes Schuß nach hinten losgehen wird". Und Herr Lehmann sei sicher ein reputierlicher Kandidat, doch außerhalb der Forschungsgremien, denen er angehöre, kenne ihn eben niemand.

Wenn sich in Genf nichts bewegt, wird es Ernst mit Nachrüstung

Auf der Frühjahrstagung der NATO-Außenminister in Paris ein letzter Appell an Moskau

BERNT CONRAD, Bonn

Die Außenminister der NATO werden auf ihrer am Donnerstag beginnenden Frühjahrstagung in Paris einen letzten Appell an die Sowjetunion richten, sich vor dem westlichen Nachrüstungstermin im Herbst bei den Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) kompromißbereit zu zeigen. „Es wird ernst mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, wenn sich in Genf nichts bewegt", wird nach Bonner Angaben im Klartext das Signal von Paris lauten.

Die Bundesregierung mißt der NATO-Ratstagung angesichts der zeitlichen Umstände ungewöhnliche Bedeutung bei. Dies gilt auch für die Tatsache, daß sich die Außenminister des Bündnisses zum erstenmal seit 1966 wieder in der französischen Hauptstadt treffen. Nach Auffassung Bonns liegt es durchaus in der Logik der französischen Politik, daß der entscheidende Appell vor dem kritischen Zeitpunkt der Genfer INF-Verhandlungen von Paris ausgehen wird. Dies habe angesichts der unvergessenen Rede von Staatspräsident François Mitterrand im Bundestag am 20. Januar und einer Reihe anderer französischer Gesten, die eine positive Haltung zur NATO widerspiegelten, symbolische Bedeutung.

Flexibilität der Allianz

Bonner Diplomaten umrissen gestern die Position der Allianz noch einmal mit dem Hinweis, es gehe 1983 nicht darum, ob die Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen bewältigt werden, sondern nur noch darum, wie das geschehe: entweder durch eine völlige Beseitigung der SS-20-Raketen oder durch eine begrenzte Nachrüstung im Westen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher habe in der vergangenen Woche die Haltung aller NATO-Partner wiedergegeben, als er sagte: „Wenn bis Ende 1983 in den Genfer INF-Verhandlungen kein konkretes Verhandlungsergebnis erzielt wird, beginnt die Stationierung so wie 1979 schon beschlossen, also ohne weitere Beschlußfassung. Das bezieht sich auch auf den Waffenmix der 464 Marschflugkörper und 108 Pershing 2."

Experten sprachen von einer „Automatik der Rüstungsbegrenzung": Die westliche Nachrüstung werde jeweils automatisch auf das Niveau begrenzt, auf das die Sowjetunion herunterzugehen bereit sei. Die Bereitschaft der NATO-Partner, mit den Sowjets über den Stationierungstermin hinaus in Genf weiterzuverhandeln, beweise die Flexibilität der Allianz.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß es heute 270 SS-20-Raketen mit 710 Sprengkörpern mehr gebe als zum Zeitpunkt des NATO-Doppelbeschlusses im Dezember 1979. Daraus ergebe sich, daß die westliche Nachrüstung – für den Fall, daß die Sowjetunion weiterhin die als Idealziel angestrebte Null-Lösung ablehne – jetzt noch viel dringlicher sei als vor vier Jahren.

Von einem ausgewogenen Verhandlungsergebnis könnte jedenfalls keine Rede sein, wenn die Bedrohung durch sowjetische SS-20-Raketen bestehen bliebe, den USA aber die Aufstellung ballistischer Mittelstreckenraketen verboten würde, hieß es in Regierungskreisen weiter. Den Kritikern des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbeschlusses wurde vorgeworfen, bei den Sowjets die Hoffnung zu erwecken, sie könnten die westliche Nachrüstung ohne Gegenleistung verhindern. Damit werde ein Scheitern der Verhandlungen riskiert.

Die NATO-Außenminister wollen nach Bonner Angaben aber nicht nur über die Mittelstreckenraketen diskutieren, sondern auch ihre Bereitschaft zum Dialog und zur Kooperation mit dem Osten bekräftigen, soweit sowjetisches Verhalten dies zuläßt.

Hoffnung auf Papst-Besuch

In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung in Polen, in Afghanistan und beim Madrider KSZE-Folgetreffen erörtert werden. Dabei wollen die NATO-Partner die Hoffnung auf einen positiven Verlauf des Papst-Besuches in Warschau den Wunsch nach einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts und nach einem positiven Abschluß in Madrid noch vor der Sommerpause äußern.

Die Frage der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ist in Bonner Sicht durch den Weltwirtschaftsgipfel von Williamsburg weitgehend geklärt, nachdem die von den NATO-Außenministern in Auftrag gegebenen Studien einvernehmlich abgeschlossen werden konnten.

Schon am Mittwochabend werden die Außenminister der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik zu ihrem traditionellen Deutschland- und Berlin-Essen zusammenkommen. Dort wird unter anderem die innerdeutsche Entwicklung nach der Absage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik erörtert werden.

Das Verhältnis zu den USA entzweit die Parteien im Mainzer Landtag

Nur ein SPD-Abgeordneter nahm Einladung zum deutsch-amerikanischen Volksfest an

Von JOACHIM NEANDER

Ein Thema, das eigentlich gar nicht zur Landespolitik gehört, droht in Rheinland-Pfalz jetzt in den Mittelpunkt landespolitischer Auseinandersetzungen zu rücken: Das Verhältnis zu Amerika und zu jenen 150 000 Amerikanern (mehr als in jedem anderen Bundesland), die innerhalb der rheinland-pfälzischen Grenzen stationiert sind.

Jahrzehntelang war dieses Thema ein Zankapfel allenfalls auf örtlicher oder regionaler Ebene. Düsenjägerlärm, lästige Fahrzeugkolonnen, Manöverschäden, Rauschgiftkriminalität, „Fräulein"-Rummel – das führte gelegentlich zu Ärger, aber nie zu grundsätzlichem Streit etwa zwischen den politischen Parteien.

Nun zeichnet sich ein Wandel ab. Die Nachrüstungsdebatte, das Aufkommen der Friedensbewegung und die Diskussion um die Giftgaslager bewirken eine Veränderung der Fronten. Die Töne werden schriller. Begriffe wie „Verbündete" oder gar „Freunde" werden von großen Teilen der SPD grundsätzlich nicht mehr verwendet.

Die offizielle parlamentarische Debatte blieb davon bisher im wesentlichen noch verschont. Der neue Oppositionsführer Hugo Brandt betont, „die Zugehörigkeit zum Bündnis" dürfe nicht in Frage gestellt werden. Aber man nehme sich das Recht, bestimmte Entwicklungen zu kritisieren. Das habe mit Antiamerikanismus nichts zu tun.

Aber eine Gruppe vor allem pfälzischer SPD-Politiker, voran der Landtagsabgeordnete Willi Rothley, ein 40jähriger Anwalt aus Rokkenhausen am Donnersberg, und der 59jährige DGB-Landesbezirksvorsitzende Julius Lehlbach, fährt einen wesentlich schärferen Kurs. Diese Gruppe gewinnt offenbar an Einfluß. Als Symptom dafür muß man die Reaktion der SPD auf das von der neu gegründeten „Aktionsgemeinschaft Deutsch-Amerikanische Verbundenheit" am kommenden Sonntag in Worms geplante Volksfest ansehen.

Zu diesem Volksfest, auf dem u. a. der – in einem Privatjet aus Stockholm nur für ein paar Stunden nach Worms kommende – frühere US-Außenminister Kissinger, Bundesaußenminister Genscher und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) sprechen werden, wurden auch die 43 Landtags- und alle rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten der SPD eingeladen. Bis jetzt liegt eine einzige Zusage vor – vom Landtagsabgeordneten Florian Gerster, der sich offenbar nicht nur als Vertreter seines Wormser Wahlkreises, sondern auch aus grundsätzlichen politischen Überlegungen zu der Verbundenheit mit den Amerikanern bekennt. 15 Eingeladene sagten ab, mit den unterschiedlichsten Begründungen – vom Feuerwehrfest



bis zur sonntäglichen Predikantenpflicht in der Kirche. Unter den Absagen, so vermutet man bei den Initiatoren des Volksfestes, seien mit Sicherheit auch solche, die wirklich gern gekommen wären. Enttäuscht ist man dagegen vor allem darüber, daß der ganze Rest, unter anderem die gesamte Spitze der Landespartei, auf die Einladung nicht einmal reagiert hat.

Mehr noch – Willi Rothley griff die Aktionsgemeinschaft sogar öffentlich an: Da werde ein „undifferenziertes Amerikabild" vermittelt, das Fest sei eine „Jubelveranstaltung", die zur „Rechtfertigung der schädlichen Hochrüstungspolitik der Reagan-Regierung" mißbraucht werde. Die SPD werde im September in Neustadt an der Weinstraße eine eigene deutsch-amerikanische Veranstaltung durchführen – mit „Vertretern des anderen, demokratischen Amerika" (so Rothley), zum Beispiel Vertretern der Sandinisten in Nicaragua, der Rebellen in El Salvador und der US-Friedensbewegung.

Als man Rothley daran erinnerte, daß im Kuratorium der Veranstalter von Worms immerhin auch ein Mann wie der frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Peter Corterier (SPD), mitarbeitet, schien ihn das nicht zu beeindrukken. Solche Entwicklungen vor allem sind es, die die neue Aktionsgemeinschaft mit ihren Bestrebungen im Auge hat: „Rechtzeitig der wachsenden Unfreundlichkeit oder gar Feindseligkeit begegnen, die den Amerikanern hier im Lande entgegentritt." Ein wichtiger Aspekt dabei ist, wie Hans-Otto Wilhelm (der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion) betont, auch die Sorgen, all dies könnte demnächst auch zu wachsenden antideutschen Stimmungen in den USA führen.

Die „bewußt überparteiliche" Aktionsgemeinschaft will von Sonntag an bundesweit Mitglieder werben. In Worms rechnet man mit etwa 10 000 Teilnehmern. Auch in den USA soll der Boden für bessere Beziehungen bereitet werden: Ministerpräsident Vogel wurde bereits die Schirmherrschaft für eine Ausstellung in Houston (Texas) im Herbst angetragen.

Obwohl die Gründer der Aktionsgemeinschaft großes Gewicht darauf legen, daß eine breite Bewegung der Menschen auf beiden Seiten und nicht nur der Institutionen entsteht, spielen natürlich auch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle. Im Frühjahr reiste eine Gruppe wichtiger amerikanischer Industrieller durch Rheinland-Pfalz, um sich über mögliche Investitionen zu informieren. Als die Gruppe auch in Worms Station machte, wurde sie vom dortigen Oberbürgermeister Wilhelm Neuß (SPD) empfangen. Dies trug dem SPD-Mann, der als Verantwortlicher in einer Stadt, die zu den größten US-Garnisonen der ganzen Bundesrepublik zählt, die Realität wirklich kennt, natürlich auch Kritik vom linken Flügel der eigenen Partei ein. Einem Ondit zufolge soll er trocken, die Lage richtig einschätzend, geantwortet haben: „Wenn ihr mir Russen bringt, würde ich es genauso halten."

„Die Hochschulen stehen vor einem Fiasko"

Professor Schieder beklagt Studentenflut und Resignation

EVI KEIL, Bonn

„Das geistige Klima an den deutschen Hochschulen ist heute vor allem durch Resignation gekennzeichnet. Dies gilt für Studenten und für Professoren." Dies meinte in einem Gespräch mit der WELT Theodor Schieder, emeritierter Professor der Universität Köln. Er zählt zu den bekanntesten Historikern Europas und war lange Jahre Vorsitzender des Deutschen Historiker Verbandes. Seit 1974 ist er Mitglied des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste, der jetzt zu seiner Jahrestagung in Bonn zusammenkam.

Grund für diese „Resignation" an den Hochschulen ist für Schieder die „Bildungskatastrophe". Die heutige Massenuniversität bilde immer noch viele junge Menschen heran, die längst „von einer großen Aussichtslosigkeit für die spätere Berufssituation wissen. Vor zwölf Jahren etwa ist das Ganze in Gang gekommen". Auch ihm, so Schieder, hätten bedeutende Leute immer wieder gesagt, man brauche viele neue Universitäten, weil die moderne Zivilisation so viel akademisch gebildeten Nachwuchs benötige. Den Universitäten sei dieser Nachwuchs durch ein immer leichter werdendes Abitur geradezu aufgezwungen worden. „Dahinter hat eine Ideologie gestanden, jetzt steht man vor einem Fiasko. „In den Universitäten fragten sich vor allem die Professoren in meinem Fach, ‚wo sollen die armen Teufel hin'." Einer der Auswege, wenn auch nicht der beste, sei mehr Flexibilität in der Berufswahl nach dem Studium, meint Schieder.

Auch über den stark ideologisierten Geschichtsunterricht an deutschen Schulen, sorgt sich der Historiker. Der Anfang hierzu sei seinerzeit mit der hessischen Politik unter einem früheren Kultusminister Ludwig von Friedeburg gemacht worden. Bis heute werde dieser Unterricht durch eine „linksorientierte Lehrerschaft" gestützt. Auch in anderen Bundesländern sei die Ideologisierung des Geschichtsunterrichts in den folgenden Jahren praktisch nicht mehr zu bremsen gewesen, „weil man sonst in den Geruch kam, nicht fortschrittlich genug zu sein. Wir haben uns als Historiker im Bereich der Forschung damals zusammengetan, so um 1972, um in einer Art Föderation aller Forschungsunternehmer der Geschichtswissenschaften Einfluß auszuüben", so Schieder.

Auf seinen Vorschlag hin sei eine Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen entstanden, der es gelungen sei, „die Kultus- und Wissenschaftsminister der Länder etwas zu bremsen". Aber, so Schieder, „dieser Einfluß ist durch die offizielle Politik immer wieder durchkreuzt worden". Professor Schieder fordert, daß im Geschichtsunterricht und in den Schulbüchern „etwas geschehen muß, damit ein vernünftiges Bild der Geschichte von der Forschung vorgestellt werden kann". Und es dürfe nicht „in abstrakten Forschungsergebnissen, die niemand liest, präsentiert werden, sondern in Darstellungen, die auch breitere Kreise interessieren".

Auch heute scheitere vieles am schlechten Willen der Ministerien, „die immer noch links durchsetzt sind, denn der politische Wandel in Bonn bedeutet nicht, daß sich in den meisten Ländern viel geändert hat". Als ersten Ansatz, den die Historiker selbst machten, um Geschichtswissenschaftlern Gelegenheit zu ruhiger Forschung zu geben, nennt Schieder das mit privater Hilfe in München gegründete „Historische Kolleg".

Das Thema „Bildungskatastrophe" hat auch in den Gesprächen zahlreicher Ordensmitglieder mit Bundespräsident Karl Carstens eine Rolle gespielt. Aber die Aufgabe der 30 illustren deutschen Mitglieder des Ordens ist nicht die Ausarbeitung von Bildungsplänen: Sie können allenfalls Ideen nach Bonn und in die Länder tragen.

Der Orden Pour le mérite, dessen Geschichte Professor Schieder historisch untersucht hat, geht auf eine Gründung durch Friedrich den Großen, 1740, zurück. Damals war der Orden vorwiegend militärisch ausgerichtet. Mitglied wurde aber auch ein Mann wie Voltaire. Die Friedensklasse des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste rief 1842 Friedrich Wilhelm IV. ins Leben. Erster Ordenskanzler war Alexander von Humboldt.

In Südkorea brodelt die Opposition wieder auf

Seoul verwarnt die Studenten / Furcht vor Märtyrer

FRED de la TROBE, Seoul

Nach zwei Jahren eines passablen innenpolitischen Friedens ist Südkorea in den letzten Wochen erneut in den Sog interner Hochspannung geraten. Staatspräsident Chun Doo Hwan entschloß sich jetzt zu einer strengen Warnung: „Die Regierung wird gegen alle Elemente scharf vorgehen, die die politische und soziale Stabilität in Gefahr bringen."

Unruhe ist vor allem wieder an den Universitäten und Oberschulen aufgebrodelt. Ein großer Teil der Studenten ist in den Forderungen radikaler als in früheren Jahren. Es geht nicht nur um demokratische Reformen wie freie Wahlen und Pressefreiheit oder die Entlassung politischer Gefangener aus der Haft, sondern auch um den Rücktritt des Präsidenten und seiner Regierung. Demonstrationen finden fast täglich in den Anlagen aller Universitäten statt.

Sprecher der Studentenschaft erklären den wiederaufflammenden Protest mit dem Unmut über die scharfe Unterdrückung jeder von der offiziellen Linie abweichenden Meinung. Bis auf einige Erleichterungen bei den Auslandsreisen hat sich die Regierung bisher zu keinen nennenswerten Lockerungen entschließen können.

Aus Kreisen der Dozenten ist zu hören, daß die südkoreanischen Jugendlichen vergleichsweise gemäßigt sind. Meist im konfuzianischen Familienverband erzogen, sind sie an Wohlverhalten und Disziplin gewöhnt. Vom Westen sind sie aber doch so weit beeinflußt, daß sie eine freiere Entfaltungsmöglichkeit fordern.

Diese Kreise bedauern auch, daß die Regierung zwischen Opposition und kommunistischer Wühlarbeit nur undeutlich unterscheidet. Sie neigt dazu, jeden Demonstranten als nordkoreanischen Agenten zu verdammen. Dabei ist seit dem Koreakrieg ein ausgeprägter Antikommunismus das große einende Band der Bewohner der südlichen *Hälfte des geteilten Landes*. Die in der Regierung vorherrschende Militärgruppe und die Polizei reagieren in diesem Jahr auf die Studenten- und Schülerdemonstrationen besonders hart.

Andererseits kämen der Regierung größere Zwischenfälle, wie vor drei Jahren die Rebellion militanter Demokraten in Kwangju, bei der Hunderte ums Leben kamen, keinesfalls gelegen. Man will die außenpolitischen Erfolge der letzten Zeit – unter anderem die Kontakte zu China, die für den Herbst nach Seoul anberaumte Tagung der Internationalen Parlamentarischen Union nach Seoul und die Olympischen Spiele 1988 in der Hauptstadt – nicht aufs Spiel setzen. Auch einen politischen Märtyrer könnte die Regierung jetzt keinesfalls gebrauchen. Gerade das aber könnte der frühere Oppositionsführer Kim Yung Sam werden, der seit nahezu drei Wochen einen Hungerstreik für demokratische Reformen durchhält.

Solange Nordkorea an dem aggressiven Ziel festhält, die südliche Hälfte des Landes dem kommunistischen Machtbereich einzuverleiben, bleibt der amerikanischen Regierung aus sicherheitspolitischen Überlegungen keine andere Wahl, als das Regime Chuns zu stützen. Es ist allerdings bekannt, daß die Diplomaten Washingtons der Regierung in Seoul wiederholt innenpolitische Reformen nahegelegt haben. (SAD)

Die achtziger Jahre sind für die SED eine harte Herausforderung

„DDR"-Forscher sprechen von einer „konzeptionellen Ratlosigkeit" Ost-Berlins

Von HANS-R. KARUTZ

Der „DDR" stehen in diesem Jahrzehnt überlebenswichtige Kraftanstrengungen bevor, um den technologischen und politisch-moralischen Wettstreit mit der Bundesrepublik ohne weitere entscheidende Bodenverluste bestreiten zu können. Rohstoffmangel, steigende sowjetische Erdölpreise, teure Computer-Importe, drohende Einbußen an moralischer Legitimation und in der Meinungsführerschaft gegenüber der mit „grünen" und christlich-pazifistischen Ideen agierenden Friedensbewegung im eigenen Land, die Ausprägung einer weitgehend ideologiefreien Leistungselite sowie eine ihrer Dauerbevormundung müden „DDR"-Jugend stellen die SED vor die bislang diffizilsten Probleme seit der künstlichen Gründung des zweiten Staates in Deutschland.

Diese Einschätzung sowie die übereinstimmende Ortung „konzeptioneller Ratlosigkeit" auf seiten der SED-Führung, wie ein durchgreifendes Modell der Krisenbewältigung beschaffen sein müsse, kennzeichnete die 16. Zusammenkunft von rund 150 „DDR"-Forschern der Bundesrepublik auf Schloß Lerbach (Bergisch Gladbach).

In der ehemaligen wilhelminischen Siemens-Villa im Bergischen Land erörterten die Experten vier Tage lang unter vielfältigen Gesichtswinkeln das Thema „Die DDR vor den Herausforderungen der achtziger Jahre". Im Beisein von Bundesminister Heinrich Windelen (CDU) beklagte Dr. Hartmut Zimmermann (Berlin) – Herausgeber des alsbald neu aufgelegten „DDR-Handbuchs" – im Namen seiner Kollegen das in der Bundesrepublik „stark rückläufige Interesse" an Themen über die „DDR" und ihre Entwicklung.

Nicht zur „Wende" bereit

Der zweite deutsche Staat gelte an den Universitäten als „schlechthin langweilig", die Forschung sei von Sach- und Personalmittelkürzungen betroffen, und die forcierte „DDR"-Forschung in den USA und Großbritannien drohe den bundesdeutschen Bemühungen den Rang abzulaufen. Eine düstere Landschaftsbeschreibung, die einer von Zimmermanns Kollegen – die ihre vor Jahren noch anhaltenden Richtungs- und Richtigkeitskämpfe über die „DDR"-Forschung längst eingestellt haben – so zusammenfaßte: „Unsere Brüder und Schwestern von einst sind eben nur noch Kusinen und Vettern ..."

Die WELT dokumentiert die wichtigsten auf der Tagung vorgestellten Sachkomplexe und Erkenntnisse über die „DDR"-Probleme in den achtziger Jahren:

Angefochtene SED-Führung: Der Mannheimer Professor Dr. Dietrich Staritz beschrieb ein wesentliches Feld künftiger Auseinandersetzungen: Bei der „taktisch bestimmten" Reaktion der SED auf die „autonome Friedensbewegung" gehe es der Partei darum, „gerade im Interesse der Beziehungen zu den protestantischen Kirchen eine harte Konfliktaustragung zu vermeiden". Auf diesem Konfliktfeld komme indes „wesentlich mehr zum Austrag". Es gehe offenbar „um eine Auseinandersetzung um politisch-moralische Normen und Werte und damit um die Tatsache, daß die Partei auch im vierten Jahrzehnt ihrer Herrschaft die geistig-moralische Führung keineswegs unangefochten beanspruchen kann".

Aus dem „altersbedingten Wechsel" an den Spitzen nahezu aller Ostblock-Parteien seien weitere „Irritationen" zu erwarten. Im Verhalten Ost-Berlins gegenüber der Bundesrepublik spreche nichts dafür, meinte Staritz, „daß die DDR-Führung von sich aus bereit wäre, einer ‚Wende' im Westen Vorschub zu leisten". Das Interesse Ost-Berlins an der Fortführung des innerdeutschen Handels zu Swing-Bedingungen sei „zu deutlich, als daß die SED-Führung bereit wäre, für eine Wende Anlässe zu bieten".

Neue Intelligenz-Elite: Die junge Wissenschaftlerin Dr. Katharina Bolwe (Gesamtdeutsches Institut) wies anhand zahlreicher Quellen aus der „DDR" das neue SED-Ziel nach – einen merklichen Leistungsschub zu erreichen, indem eine neue, ausschließlich an ihren technologisch-erfinderischen Erfolgen gemessene Elite unideologischer Intelligenzler ohne Rücksicht auf das bisherige Prinzip sozialistischer Gleichmacherei gefördert wird. Dieser neuen Spitzengruppe sollen über die bisherigen Privilegien hinaus besonders hohe Einkommen sowie eine selbst vom schon deutlich über die Arbeitnehmer-Masse in der „DDR" herausgehobene Akademiker-Schicht „individuelle Lebensweise" zugestanden werden. Die SED-These für dieses bisher nicht praktizierte Vorgehen laute, die „Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede" zu nutzen.

Der Bonner „Regenschirm": Dr. Hanns-Dieter Jacobsen (Ebenhausen/Berlin) berichtete von der 1982 vorhandenen Gefahr für die „DDR", nach Polen und Rumänien seitens westlicher Banken als dritter Umschuldungskandidat innerhalb des Comecon betrachtet zu werden. „Mittlerweile scheint es die DDR geschafft zu haben, den auf ihr lastenden Druck zumindest nicht stärker werden zu lassen", stellte Jacobsen fest.

Er bezifferte die Einnahmen Ost-Berlins durch die regelmäßigen Bonner Zahlungen (Transitpauschale) sowie ihre Gewinne aus Intershop- und Intertank-Geschäften sowie den Zwangsumtausch auf „jährlich 2 bis 2,5 Milliarden D-Mark".

In diesem Zusammenhang sagte der Experte: „Angesichts dieser Hartwährungseinnahmen, durch die ein Großteil der Zinsen und Tilgungen (für West-Kredite, d. Red.) beglichen werden können, bietet es sich beinahe an, von einem faktischen ‚Regenschirm' zu sprechen, den die Bundesrepublik für die DDR aufgespannt hat." Er stellte auch eine weitere bemerkenswerte Überlegung an:

„Eine entscheidende Frage, die sich angesichts der gestiegenen externen Störungen für die DDR stellt, ist die, wie lange die innergesellschaftliche Struktur der DDR materielle Einschränkungen aushält und wann eine länger anhaltende Minderversorgung der Bevölkerung das ohnehin labile soziale Gleichgewicht nachhaltig zu stören beginnt." Reduziertes Wachstum könne den „vermutlich wichtigsten Stabilitätsfaktor der DDR, den relativen Wohlstand, gefährden".

Kirche als Alternative: Wolfgang Büscher vom Evangelischen Publizistischen Zentrum in Berlin nannte drei wesentliche Punkte für den zunehmenden Einfluß der evangelischen Kirchen in der „DDR" auf die innenpolitischen Entscheidungen der SED: das „pazifistische Phänomen, die jugendliche Subkultur und die Umweltkritik", die sich in diesem Bereich versammeln.

Aus dem Raum der Kirche heraus sei es den Friedenskreisen „trotz mitunter massiver Behinderungen ihrer Arbeit, trotz ihrer Abspaltung vom öffentlichen Leben" gelungen, „eine vorläufige Existenzform zu finden ..., und trotz völlig fehlender Aussichten auf die Durchsetzung auch nur einer ihrer innenpolitischen Forderungen wurden Kontinuität, Ausweitung und gewisse Koordination der Arbeit erreicht".

Das neue Doppelbewußtsein

Es sei, sagte Büscher, „gerade das Neue an den neuen Bewegungen in der DDR, daß die Beteiligten aus der Anonymität privater Zirkel heraustreten, daß sie das allgemeine Doppelleben von äußerlich-öffentlichem Konformismus und privater Meinungsfreiheit am Wohnzimmertisch hinter sich lassen". Die Schizophrenie dieses „Doppelbewußtseins" könne so weit gehen, „daß in einem Gespräch ein und dieselbe nichtaktive Person ihrem kirchlich aktiven Diskussionspartner Reformillusionen und ‚zuviel Geduld' mit dem Staat vorwirft und eine halbe Stunde später einem Dritten händeringend von der Wehrdienstverweigerung abrät – wegen der Karriere".

Rockmusik als Manipulator: Musikredakteur Olaf Leitner (Berlin) belegte anhand aufschlußreicher Quellen und Video-Heimspiele beim Thema „Ideologische Aspekte sozialistischer Unterhaltungskunst", daß selbst die Rockmusik „made in DDR" ein Träger politischer Manipulationen ist.

„Die Langspielplatte ‚Der blaue Planet' der Gruppe Karat fand in der Bundesrepublik eine Viertelmillion Käufer. Spätestens die Zeile ‚Liegt unser Glück nur im Spiel der Neutronen?' aus dem Titelsong weist aus, daß die Lieder von Karat nicht politisch indifferent oder neutral sind, sondern aktuellen politisch-ideologischen Maximen unterliegen." Weit vor der Neuen Deutschen Welle in der Bundesrepublik habe Ost-Berlin erkannt, daß mit deutschen Texten für eine nicht vermeidbare Rockmusik auch politische Botschaften zu transportieren seien. Dennoch stellte Leitner die vermeintlichen Erfolge der SED auf diesem Gebiet stark in Frage: „Man muß sich nur einmal vor Augen führen, wie oft in den Songs die Metapher ‚Fliegen' und ‚Träumen' vorkommt, um zu erkennen, was hiermit für die Jugendlichen in der DDR zum Ausdruck kommen soll."

Am Geburtsort der OAU wird die Einheit Afrikas neu beschworen

Mit doppelter Moral Glaubwürdigkeit verloren / Will Khadhafi erneut die Führung?

Von MANFRED NEUBER

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ringt um ihre Existenz: Aus der Feier zum zwanzigjährigen Bestehen auf ihrer nach Addis Abeba einberufenen Gipfelkonferenz könnte ein Begräbnis dritter Klasse werden, wenn es in dieser Woche nicht gelingt, die tiefe Kluft zwischen den 51 Mitgliedsstaaten zu überwinden.

Rettet der Genius loci die afrikanische Staaten-Gemeinschaft aus ihrer Agonie? Die OAU wurde am 25. Mai 1963 in der äthiopischen Hauptstadt gegründet, die auch Sitz der Organisation ist. Der Versuch zur Wiederbelebung findet somit an historischer Stätte statt.

Im vorigen Jahr sind zwei Anläufe zur 19. Gipfelkonferenz in Tripolis gescheitert. Sowohl im August wie im November kam kein Quorum zustande; Libyens Revolutionsführer Muammar Khadhafi blieb die als Gastgeber übliche Kür zum OAU-Vorsitzenden versagt. Hält er seinen Anspruch in Addis Abeba aufrecht?

Die Mehrheit der OAU-Mitglieder ist nicht gewillt, sich seiner radikalen Führung zu unterwerfen. Sie befürchtet den Mißbrauch ihrer Organisation für das gefährliche Machtstreben Khadhafis, schweren Schaden für das Ziel der afrikanischen Einheit sowie einen Verlust an Glaubwürdigkeit und internationalem Einfluß.

Warnung aus den USA

Als im Sommer 1982 die Wahl Khadhafis als Nachfolger des Präsidenten von Kenia, Daniel Arap Moi, unabwendbar schien, ließ die Reagan-Administration durch Aide-mémoires befreundete Regierungen in Afrika wissen, daß eine Zusammenarbeit mit einem OAU-Vorsitzenden Khadhafti ausgeschlossen sei. Sie warnte vor den Konsequenzen für den Schwarzen Kontinent.

Zur jetzt gleichfalls anstehenden Neuwahl des Generalsekretärs (die Amtszeit des Togoers Edem Kodjo läuft ab) gab Washington seinerzeit zu bedenken, zumindest auf diesem Posten sollte ein Gegengewicht geschaffen werden. „Zu einer Zeit, da die Wirtschaftsprobleme Afrikas durch die weltweiten Schwierigkeiten ernster werden, müßte es als unglücklich erachtet werden, falls die als Sprachrohr der Afrikaner auftretende Organisation von Männern repräsentiert würde, die einem Dialog mit der internationalen Gemeinschaft im Wege stünden", wurde erklärt.

Schon ehe Khadhafi sich anschickte, die Organisation für Afrikanische Einheit zu usurpieren, litt die OAU unter den Machenschaften der radikalen Kräfte, die stets darauf aus waren, die gemäßigte Mehrheit zu überrumpeln. In den Vereinten Nationen und bei den Blockfreien fanden die Revolutionäre für ihr Vorgehen reichlich Anschauungsunterricht. Doch die Majorität in allen diesen Gremien nimmt das nicht länger hin.

Für die OAU stellt sich die Frage, ob Khadhafi mit Unterstützung des äthiopischen Staatschefs Mengistu Haile Mariam es auf eine Spaltung der afrikanischen Einheitsorganisation anlegt, so wie er schon aus Feindschaft zu Ägypten und Saudi-Arabien das arabische Lager entzweit hat. Andere zu den Radikalen gerechnete Präsidenten wie Bendjedid Chadli (Algerien), José Eduardo dos Santos (Angola) und Julius Nyerere (Tansania) wollen solche Bestrebungen abblokken.

Seit ihrer Gründung vor zwanzig Jahren gehen deutliche Risse durch die afrikanische Staatengruppe: Abgesehen von den Lagern der Radikalen und Gemäßigten gibt es die aus der Kolonialzeit ererbten Sprachräume (Englisch, Französisch, Portugiesisch), einen religiös bedingten Gegensatz zwischen dem islamischen Nordafrika und den Staaten südlich der Sahara sowie regional auch rassische Animositäten – ohne damit auf das weiße Südafrika einzugehen.

Von den hehren Idealen der Gründungsväter der OAU sind bis zum heutigen Tage im großen und ganzen nur zwei befolgt worden: die Respektierung der territorialen Integrität der afrikanischen Staaten in den kolonialen Grenzen bei Erlangung der Unabhängigkeit und die Unterstützung des Befreiungskampfes in den noch nicht selbständigen Gebieten.

Keine reale Chance

Mißt man die OAU-Mitglieder an den anderen Kriterien, wie der Achtung der Blockfreiheit, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der friedlichen Beilegung von Streitfällen sowie der Ablehnung von politischem Mord (ausdrücklich in der OAU-Charta verankert!) und subversiven Handlungen in Nachbarstaaten, dann schrumpfte ihre Zahl auf ein kleines Häuflein. Das einzige Verbindende bleibt die hohle Rhetorik vom „antikolonialen Kampf".

Zum zwanzigjährigen Bestehen muß sich die Organisation für Afrikanische Einheit auch eine unverantwortliche Moral vorhalten lassen: Das aus ihrer Sicht verdammenswerte Apartheid-Regime in Südafrika wird ständig attackiert, aber über die Tyrannen Idi Amin, Bedel Bokassa und Francisco Macias Nguema sowie die Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern hörte und hört man nichts.

Die Pläne für eine afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Jahre 2000 haben bei der derzeitigen Misere der OAU und der meisten Volkswirtschaften keine reale Chance. Die Afrikaner wären schon froh, wenn der Hunger gelindert und das Flüchtlingselend gemildert werden könnte. Daß keine ständige afrikanische Streitmacht mit gemeinsamem Oberkommando zustande kam, ist ein verkappter Segen. Die OAU hat alle Mittel für die Bildung, Gesundheit und Behausung nötig.

Um ihre vielfältigen Entwicklungsprogramme herauszustellen, wird nun eine Panafrikanische Nachrichtenagentur gegründet. Muß sie demnächst einen Nachruf auf die OAU verbreiten?



LEICHTATHLETIK / Bernhausen erlebte besten Zehnkampf aller Zeiten – Jürgen Hingsen holte sich den Weltrekord zurück

„Nun muß Thompson sehen, was er daraus macht“

H. SCHNEBERGER, **Bernhausen**

Es war kurz nach neun Uhr abends als sie den 1500-m-Lauf hinter sich gebracht hatten, als es feststand, daß Jürgen Hingsen neuer Weltrekordler im Zehnkampf war. Da ging der Uerdinger auf seinen Mainzer Kontrahenten Siegfried Wentz zu und umarmte ihn. Und dann schien der ungeheure Druck schierer Freude zu weichen: Beide Athleten zogen ihre Laufschuhe aus, entledigten sich ihrer Trikots und warfen sie übermütig den Zuschauern als Souvenir zu. 8777 Punkte standen für Hingsen zu Buche. Neun Monate, nachdem ihm der farbige Engländer *Daley Thompson in Athen* den Rekord mit 8743 Punkten entrissen hatte, holte ihn sich Hingsen nun zurück. Und Siegfried Wentz, der 23 Jahre alte Medizinstudent aus Mainz? Er hatte als Zweiter 8714 Punkte erreicht und sich damit an die dritte Stelle der ewigen Weltbestenliste geschoben.

„Jetzt muß Daley sehen, was er daraus macht“, jubelte Hingsen. Die Antwort von Thompson läßt nicht lange auf sich warten: Er unternimmt am Wochenende in Toronto einen Weltrekordversuch. Bundestrainer Wolfgang Bergmann befand: „Ich schlage vor, Bernhausen entweder in Sonnenstadt oder Zehnkampfhausen umzubenennen.“ Immerhin hatte bereits 1980 Guido Kratschmer in Bernhausen mit 8649 Punkten einen Zehnkampf-Weltrekord aufgestellt. Der frühere Bundestrainer für Zehnkampf, Professor Heinz Oberbeck, *staunte:* „Das hat alle bisherigen Maßstäbe gesprengt. Es hat aber gleichzeitig gezeigt, daß der Zehnkampf eine Disziplin der Deutschen ist.“

Maßstäbe gesprengt: Dritter wurde in Bernhausen der bereits 30jährige Guido Kratschmer mit 8456 *Punkten vor dem* Mannheimer Andreas Rizzi, der 8367 Punkte erreichte. Rizzi belegt damit in der diesjährigen Weltjahresbestenliste den fünften Platz. Doch zu den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften im August in Helsinki kann er nicht mitfahren. Die Drei-Mann-Crew der deutschen Zehnkämpfer steht nach dem größten Zehnkampf aller Zeiten fest: Hingsen, Wentz und Kratschmer. Rizzi, der extra seine Berufstätigkeit als Krankengymnast wegen der Helsinki-Vorbereitungen unterbrochen hat, will sich nun als Sprinter für die Weltmeisterschaften bewerben. Der Weltklasse-Zehnkämpfer Rizzi: „Vielleicht schaffe ich wenigstens den Sprung in die deutsche 4x100-m-Staffel.“

Zurück zum Kampf um den Weltrekord: Siegfried Wentz kämpfte sich am zweiten Tag von Disziplin zu Disziplin immer näher an Hingsen heran. Nur beim Diskuswerfen, da schien das große Duell zu platzen und damit auch das Projekt Weltrekord. Nur 33,62 m hatte Wentz die 2 Kilogramm schwere Scheibe geschleudert. Bundestrainer Bergmann: „Siggi, du kannst es doch. Wirf, wie du sonst auch wirfst.“ Wentz steigerte sich auf 46,90 m, das waren zehn Zentimeter mehr, als Hingsen schaffte. Wentz: „Zwischendurch habe ich gedacht, jetzt ist alles aus, jetzt kannst du gleich nach Hause fahren.“

Dann der abschließende 1500-m-Lauf: Beide hatten den Weltrekord im Visier, Hingsen und Wentz. Doch Wentz war zu langsam: „Ich war nach dem vierstündigen Stabhochsprung kaputt, am Ende.“ Nicht aber Hingsen, der künftig wohl noch schneller als 4:19,76 Minuten laufen wird.

Ein solches Ergebnis – wie in Bernhausen – hat es im Zehnkampf auf den vorderen Plätzen noch niemals zuvor in der Geschichte der Leichtathletik gegeben. Kratschmer zum Beispiel, der 30 Jahre alte Ex-Weltrekordler, hatte sich auf den dritten Platz vorgeschoben. Hingsen: „Unfaßbar, wie der Guido kämpfen kann.“ Kratschmer hatte in der Gluthitze von Bernhausen schon am ersten Tag beim Hochsprung mit Kreislaufstörungen zu kämpfen.

Jürgen Hingsen ist nun wieder Favorit für die Weltmeisterschaften, so, wie er es auch für die Europameisterschaften im vorigen Jahr in Athen war, als er dann doch gegen den Engländer Daley Thompson verlor. Hingsen: „Ich werde die Mängel im Sprint und im Diskuswerfen ausmerzen und mich im Weitsprung bei acht Metern stabilisieren.“

„Ich kenne meine Fehler“

Frage: Jürgen Hingsen, was war das: Rekordjagd oder Standortbestimmung?

Hingsen: Das war nur ein Test. Ich wollte sehen, wo ich stehe.

Frage: Was am Ende einen neuen Weltrekord gebracht hat . . .

Hingsen: Ich wollte mich in der Tat lediglich für die Weltmeisterschaften im August in Helsinki qualifizieren. Dann ist es halt anders gekommen, weil ich nur ungern Zweiter werde.

Frage: Und weil sie in Siegfried Wentz einen überraschend starken Konkurrenten hatten.

Hingsen: Der Siggi trieb mich ja förmlich zum Weltrekord.

Frage: Als Sie nach dem 1500-m-Lauf ins Ziel kamen, wirkten Sie diesmal erstaunlich frisch . . .

Hingsen: Ich war es auch. Ganz im Gegenteil zu meinem ersten Weltrekord im vorigen Jahr in Ulm. Damals war ich tagelang kaputt.

Frage: Der zweite Tag Ihres Bernhausener Zehnkampfes schien fast optimal. Ist jetzt überhaupt noch eine Steigerung möglich?

Hingsen: Am ersten Tag habe ich noch einige Reserven.

Frage: Sie haben sich in Kalifornien für diese Saison vorbereitet. Das zahlte sich offenbar schon jetzt aus?

Hingsen: Ich war von Dezember bis Januar drüben und dann noch einmal im März und im April. Ich habe täglich fünf Stunden lang trainiert und hatte freilich anfangs einige Zeit nach meiner Rückkehr Schwierigkeiten mit der Umstellung.

Frage: Als Sie im vorigen Jahr in Ulm Ihren ersten Weltrekord aufgestellt haben, warf man Ihnen anschließend vor, sie hätten mehr getingelt als trainiert . . .

Hingsen: Ich kenne meine Fehler. Außerdem bin ich jetzt im Wettkampf auch erfahrener geworden.

Nicht nur Konkurrenten, sondern auch Freunde: Hingsen und Wentz FOTO: DPA

„Zwei Konkurrenten zuviel“

Frage: Siegfried Wentz, Sie waren mit der Verbesserung Ihrer Bestleistung um 401 Punkte die eigentliche Sensation dieses Super-Zehnkampfes. Sind Sie enttäuscht, trotz der 8714 Punkte nicht gewonnen zu haben?

Wentz: Nein, ich bin ganz froh. Meine Position ist doch prima: Ich stehe nicht so im Rampenlicht mit Fernsehen und all dem Firlefanz und kann mich in Ruhe auf die Weltmeisterschaft in Helsinki vorbereiten. Bernhausen war in diesem Jahr noch nicht mein letztes Wort. Ich will eine Medaille bei der WM.

Frage: Wie ist diese ungeheure Steigerung möglich gewesen?

Wentz: Ich habe am 8. Oktober mit einem Wintertraining begonnen, das so hart war wie noch nie. Im Winter wird die Arbeit für die Saison geleistet. Die Ochserei hat sich für mich ausgezahlt. Jetzt allerdings ist der Streß gewaltig, denn ich ziehe im Sommer mein Medizinstudium voll durch, habe von montags bis donnerstags jeden Nachmittag vier Stunden Praktika, dazu jeden Mittwoch irgendeine Prüfung und mache am 16. August, zwei Tage nach Ende der WM, mein Physikum.

Frage: Zahlt sich das finanziell aus?

Wentz: Ich habe mich jetzt Jahr für Jahr überall verbessert, nur finanziell nicht. Ich bin nicht interessiert an großen Verträgen, würde aber schon mitnehmen, wenn etwas kommt.

Frage: Was ist denn für Sie im Zehnkampf überhaupt möglich?

Wentz: Ich halte es für möglich, zwei fast gleich gute Tage hinzulegen. 4550 Punkte am ersten, 4400 am zweiten Tag.

Frage: Bei der WM gibt es die Favoriten Hingsen, Thompson und Sie . . .

Wentz: Ja, zwei zuviel.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gesicht der Entspannung

„Der politische Kurs der SPD ist undeutlich geworden“; WELT vom 23.Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Hochschulprofessoren haben eine ganze Reihe von Wahrheiten über den Kurs der SPD in ihrer schriftlichen Erklärung ausgesprochen. Ob sie allerdings die nach links in Richtung Utopie abschweifenden Mitglieder ihrer Partei beeindrucken, bleibt abzuwarten.

Die Herren Professoren verloren in ihren Aussagen zur Deutschlandpolitik allerdings selber den Boden unter den Füßen, indem sie die Ergebnisse der Entspannungspolitik herausstrichen und vor den Folgen für die Menschen in der „DDR“ warnten, käme es zu einer Wende. Die Wirklichkeit sieht doch anders aus. In den Jahren der Entspannung haben sich die Haftstrafen für politische Delikte per Strafrechtsänderungsgesetz fast verdoppelt,

hat sich die Zahl der pol. Häftlinge nicht vermindert,

sind an den Grenzen ca. 54 000 Tötungsautomaten installiert worden,

hat sich der allgemeine politische Druck auf den Normalbürger in der „DDR“ verstärkt,

ist durch den Zwangsumtausch der anfänglich erfreulich gestiegene Reiseverkehr wieder empfindlich gedrosselt worden,

hat die Erziehung zum Haß in der „DDR“ nicht nachgelassen,

hat die „DDR“-Regierung zwar Verträge wie die KSZE-Schlußakte und den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, hält sich aber in keiner Weise daran.

Eine politische Wende ist gerade im Sinne der Menschen in Ost und West dringend erforderlich. Aufgrund der sozial-liberalen Devise „schweigen und zahlen“ hat sich offensichtlich der Blick von einigen SPD-Hochschulprofessoren getrübt. Die Feststellung durch eine Wende „würde es wieder zur sterilen ideologischen Konfrontation auf Kosten der Menschen kommen“ ist eine bloße Leerformel, die wohl von der Kritik am real existierenden Sozialismus ablenken soll.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Protest und Bildung

„Debatte über Jugendbericht der Enquete-Kommission“; WELT vom 20. Mai

Ob die Jugendarbeitslosigkeit die für den „Unmut der jungen Generation gegenüber Staat und Gesellschaft“ wichtigste Ursache ist, wird der bezweifeln, der die Shell-Studie Jugend 81, „im Augenblick das Standardwerk der deutschen Jugendforschung“ (Deutschlandfunk 8. 8. 82) aufmerksam studiert hat. Protest und Weltuntergangsstimmung finden sich gerade bei dem Teil der deutschen Jugend, der sich über einen längeren Zeitraum in Bildungsinstitutionen befindet, haben also andere Ursachen.

Die Studie erkennt einen Zusammenhang zwischen der Affinität zu Protestgruppen (Hausbesetzern, Antiatomkraftbewegung, alternative Lebensweise) und einer „langen privilegierten Ausbildungsphase“, in der die Jugendlichen „mit dem Erbe zivilisationskritischen Gedankentums vertraut“ gemacht werden. Dies alles „findet im industrie- und technologiefeindlichen Milieu der pädagogischen Provinz statt“.

Die Verantwortlichen dürfen sich deshalb nicht darauf beschränken, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen – was natürlich die naheliegende erste Aufgabe bleibt – sondern müssen auch bildungspolitische Konsequenzen ziehen. Darauf hat auch Frau Dr. Hellwig, M.d.B. auf dem Symposion über die Studie in Loccum (Juni 82) hingewiesen. Bei vielen Jugendlichen herrsche eine „undifferenzierte Industrie- und Technologiefeindschaft“. Das könne an der Ausbildung der Lehrer liegen, „die nie die Schule verlassen haben, sondern im Grunde nur von der Schulbank aufs Podium gewechselt haben. Sie konnten die Arbeitswelt praktisch nie selbst erleben und können daher auch kein Verständnis für sie an die Jugend weitergeben“.

Eine andere bildungs- wie gesellschaftspolitische Aufgabe müßte m.E. darin bestehen zu überlegen, ob nicht die jugendlich- unfertige „Wartesaalmentalität“ bei den in der Lernrolle befindlichen biologisch erwachsenen „Postadoleszenten“ durch irgendeine Art von Einbindung in unmittelbare soziale Verantwortung verändert werden könnte. Vielleicht könnte durch strikt an Leistungen gebundene staatliche Hilfen eine Art ökonomischer Mündigkeit erzielt werden, die wiederum eine Art Eintritt in die Erwachsenenexistenz bedeuten könnte?

K.-A. Höge,
Marl

Wort des Tages

„Jeder, der die Gewalt zu seiner Methode gemacht hat, muß zwangsläufig die Lüge zu seinem Prinzip erwählen.“

Alexander Solschenizyn, russ. Autor (geb. 1918)

NACHRICHTEN

Golf: Langer nur 13.

Chepstow (dpa) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) fiel beim britischen Masters-Turnier in der letzten Runde mit insgesamt 281 Schlägen vom dritten auf den 13. Rang zurück. Sieger wurde Ian Woosnam (Wales) mit 269 Schlägen. Severiano Balesteros (Spanien) wurde wegen eines Regelverstoßes disqualifiziert.

Six verläßt Stuttgart

Stuttgart (sid) – Der Franzose Didier Six verläßt den Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart und wechselt für zwei Jahre zum FC Mühlhausen (Frankreich).

Pokalfinale im Fernsehen

Hamburg (DW.) – Das Finale um den Deutschen Fußball-Pokal zwischen dem 1. FC Köln und Fortuna Köln am kommenden Samstag im *Müngersdorfer Stadion überträgt* das Deutsche Fernsehen (ARD) ab 15.55 Uhr live.

Hübner nach Solingen

Solingen (dpa) – Schachgroßmeister Robert Hübner wird in der kommenden Bundesliga-Saison für die Solinger Schachgesellschaft 1868 spielen. Sein bis 1984 laufender Vertrag mit dem Hamburger SV wurde vorzeitig aufgelöst.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Siegen – Hamburg 0:4 (0:1), Kreuztal – Düsseldorf 3:12 (0:5), Lippstadt – Bielefeld 4:4 (2:1).

EM-Qualifikationsspiel, Gruppe 7: Island – Malta 1:0 (1:0).

LEICHTATHLETIK

Drei-Länder-Kampf, Herren, in Turin, *Endstand: Deutschland – Italien* 114:107, Deutschland – Polen 123:98, Italien – Polen 119:98. – 200 m: 1. Mennea (Italien) 20,29 (Europajahresbestzeit). – 1500 m: 1. Becker (Deutschland) 3:37,80 (Europajahresbestzeit), 2. Patrignani (Italien) 3:37,82, 3. Wessinghage (Deutschland) 3:38,99. – 3000 m Hindernis: 1. Ilg (Deutschland) 8:19,93 (Weltjahresbestzeit), Hochsprung: 1. Thränhardt (Deutschland) 2,31 (DLV-Jahresbestleistung), 2. Wszola 2,28, 3. Trzepizur (beide Polen) 2,26, außer Konkurrenz: Frommeyer 2,23, Schneider 2,23, Mögenburg (alle Deutschland) 2,20.

MOTORSPORT

Großer Preis von USA/Ost in Detroit: 1. Alboreto (Italien) Tyrrell 1:50:53,67 Std., 2. Rosberg (Finnland) *Williams Cosworth 1:51:01,37*, 3. Watson (England) McLaren 1:51:02,95, 4. Piquet (Brasilien) Brabham BMW, 5. Laffitte (Frankreich) Williams, 6. Mansell (England) JPS, 7. Boutsen (Belgien) Arrows. – WM-Stand: 1. Prost 28 Punkte, 2. Piquet 27, 3. Tambay (Frankreich) 23, 4. Rosberg 22, 5. Lauda (Österreich) und Laffitte beide 10.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45“: 33, 34, 35, 37, 42, 44, Zusatzspiel: 24. – **Rennquintett:** Rennen A: 5, 13, 1. – Rennen B: 29, 26, 24. (Ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Zwielicht*

Drei Wochen sind sie durch Italien gefahren und haben großen Sport geboten: Saronni und Visentini, Thurau und van Impe. Der Giro d'Italia – so schien's – war eine Demonstration für den internationalen Profi-Radsport.

Aber auch das gehört zu den branchenüblichen Usancen: Ein Speichenhersteller wollte Saronni am Abend vor der letzten Etappe ein Abführmittel ins Essen mischen lassen. Nicht aus Jux, sondern damit es Saronni so beträchtlich schwäche, daß er den Giro noch verlieren würde. Hintergrund der miserablen Posse: Der Speichenhersteller gehört zu den Sponsoren des Giro-Zweiten Roberto Visentini.

Angesichts solcher Praktiken erscheinen die beinahe schon üblichen Fisch- und Fleischvergiftungen großer Radrennfahrer bei großen Rundfahrten eher als Verkettung sonderbarer Zufälle.

Das sind eben Dinge, die eine Branche, in der mit gezinkten Karten operiert wird, stets ins Zwielicht bringen. K. Bl.

MOTORSPORT

Winkelhocks Fahrfehler

dpa, **Detroit**

Mit dem überraschenden Sieg des Italieners Michele Alboreto auf Tyrell endete der Große Automobil-Preis der USA/Ost, der siebte Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft. Mit dem zweitplazierten Weltmeister Keke Rosberg (Finnland) auf Williams und dem Dritten John Watson (England) auf McLaren waren auf den ersten drei Plätzen nur Wagen mit den herkömmlichen Cosworth-Motoren zu finden. Der enge Stadtkurs der Autometropole Detroit kam ihnen dabei entgegen. Bester Fahrer mit einem Turbo-Motor war der frühere Weltmeister Nelson Piquet mit einem Brabham-BMW auf dem vierten Platz. Der frühere brasilianische Weltmeister zeigte der Konkurrenz, daß auch ein Turbo-Wagen auf dem Vier-Kilometer-Kurs bestehen kann. Denn neun Runden vor dem Ziel lag Piquet noch in Führung und fiel nur aufgrund eines Reifendefekts am linken Hinterrad noch auf den vierten Rang zurück. In der Weltmeisterschafts-Wertung kam der Brasilianer durch diese Plazierung bei 27 Punkten bis auf einen Zähler an den führenden Franzosen Alain Prost (28 Punkte) heran, der für seinen achten Platz keine WM-Punkte mehr erhielt. Hinter dem Franzosen Pattrick Tambay (23) liegt Weltmeister Keke Rosberg nach der Hälfte der voraussichtlich *14 WM-Läufe mit 22 Punkten auf* dem vierten Rang.

Für den Waiblinger Manfred Winkelhock war das Rennen nach 26 Runden zu Ende. Durch einen Fahrfehler geriet sein ATS-BMW an eine Seitenmauer. Mit beschädigter Radaufhängung konnte Winkelhock nicht mehr weiterfahren. Wegen eines Frühstarts wurde der deutsche Formel-1-Pilot genauso wie der Italiener Elio de Angelis mit einer Strafminute belegt. Prominentester Fahrer unter den ausgefallenen war der Österreicher Niki Lauda (McLaren).

FUSSBALL / Heute Länderspiel in Luxemburg

Herbert Waas – 19 Jahre und schon ein Dauerbrenner

MARTIN HÄGELE, **Luxemburg**

Um 13.19 Uhr schaut der junge Mann auf die Cartier-Uhr und erhebt sich: „Entschuldigen Sie, meine Herren, um 13.20 Uhr gibt es Mittagessen.“

Herbert Waas (19) ist verbindlich bis aufs I-Tüpfelchen. Wenn es um seine Laufbahn ging, ist er noch nie zu spät gekommen. Herbert Waas gilt als bestes Beispiel dafür, wie man eine Traumkarriere zu einem Nationalspieler planen kann. „Ja“, hat der Bundestrainer Jupp Derwall am Abend zuvor gesagt und nachdenklich sein graues Haar gewiegt, „der kleine Waas, das ist einer, der das verkraften kann.“ Und deshalb wird der Stürmer von Bayer Leverkusen heute abend sein Debüt in der Nationalelf geben. „Wenn alles gut läuft, kann ich mir wohl Hoffnungen machen, irgendwann im Laufe des Spiels eingesetzt zu werden“, sagt Waas.

So hat ihm der Bundestrainer die Situation geschildert. Waas im Sturm neben Völler und Rummenigge. Da treffen heute abend im Stadion von Luxemburg drei Generationen zusammen. Und Waas, den Torjäger von morgen, verbindet schon die Vergangenheit mit dem Weltklassespieler Rummenigge und dem Bundesliga-Torschützenkönig Rudi Völler.

Mit Völler hatte der 18jährige Waas vor einem Jahr noch ein gefährliches Angriffsduo gebildet. Doch als der TSV 1860 München keine Lizenz für die Zweite Liga mehr erhielt, da wechselten die Besten aus der Konkursmasse in die Bundesliga. Völler für 1,2 Millionen zu Werder Bremen und Waas zum gleichen Preis nach Leverkusen. Auch die Bayern hatten den jungen Goldfisch angeln wollen. Die Sache zerschlug sich am Preis. 250 000 Mark Gehalt wollte Waas damals.

Es ist anzunehmen, daß Bayer Leverkusen diese Forderung akzeptiert hat. Aber nach Leverkusen hat den jungen Mann nicht allein das Geld, sondern vor allem der Name des Trainers Dettmar Cramer gezogen. „Die Ersatzbank bei Bayern München ist mein spielerischer Tod, ich bin ein Typ, der Praxis braucht“, hatte Waas damals auch gesagt. Und diese Praxis, da war er sicher, die würde ihm Trainer Cramer vermitteln. Denn Cramer hat einst, als er noch Trainer des FC Bayern München war, Karl-Heinz Rummenigge zu einem Diamanten geschliffen. Vor Beginn der Saison, im Trainingslager, hat Cramer Waas einmal zur Seite genommen: „Bist du einverstanden, daß ich dich quäle, bis dir das Wasser im Hintern kocht?“ Waas hat ja gesagt. Doch so schlimm ist die Schleiferei nicht geworden. „Rummenigge war bei Bayern einst Ersatzmann, ich aber spiele sehr viel. Deshalb kann man mich im Training gar nicht so schinden“, beschreibt Waas den unterschiedlichen Startpunkt ihrer Karriere. Cramer glaubt, Waas sei in seiner Entwicklung heute weiter als Rummenigge im gleichen Alter. Cramers Rolle schildert Waas so: „Der Cramer, der red koan Schmarren.“ Waas wirkt maulfaul, schießt lieber Tore.

Das war sein Leben, als er noch ein Bayern-Bub in Passau war. Dort entdeckten die 60er den 15jährigen, holten ihn für viel Geld nach München. Danach lief alles automatisch: Jugendnational-Mannschaft, Zweite Liga, Bundesliga, U 21, und morgen in der Olympia-Auswahl gegen Israel. Herbert Waas, 19 Jahre jung, und schon ein Dauerbrenner im deutschen Fußball.

Deutschland: Burdenski (32 Jahre/8 Länderspiele)/zweite Halbzeit: Stein (28/0) – Stielike (28/32) – B. Förster (27/25), K. H. Förster (24/48), Briegel (27/41) – Rolff (23/1), Schuster (23/17), Müller (25/40) – Rummenigge (27/66), Völler (23/5), Meier (24/3).

Personalien

ERNENNUNGEN

Deutscher Botschafter im afrikanischen Staat Kamerun wird demnächst **Harald Ganns,** bisher Botschafter im Niger. Ganns, 1935 in Bonn geboren, studierte Germanistik, Anglistik und Geschichte. Nach den Prüfungen für ein Lehramt an Höheren Schulen arbeitete er zunächst im Deutschen Komitee für World University Service mit. 1965 trat er in das Auswärtige Amt ein, dessen stellvertretender Sprecher er von 1977 bis 1980 war.

*

Der italienische Generalkonsul in Hamburg Dr. **Alessandro Grafini** verläßt die Hansestadt und geht als stellvertretender Leiter der Vertretung seines Landes zum Europarat nach Straßburg. Grafini, der bereits bei Hamburgs Erstem Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** seinen Abschiedsbesuch machte, hat sich während seiner viereinhalbjährigen Tätigkeit am größten Konsularplatz Europas vor allem für eine stärkere Vermittlung italienischer Kultur eingesetzt. Der 42jährige Jurist organisierte für die Kinder der rund 15 000 Italiener in seinem Amtsbezirk auch den italienischen Sprachunterricht. Hamburgs Senat dankte Grafini für seine Tätigkeit mit der Ausgabe des „Codex Altonensis“ von Dantes „Divina Comedia“. Nachfolger in Hamburg wird Generalkonsul **Giovanni Germano,** bisher „zweiter Mann“ in der italienischen Botschaft in Helsinki.

GESTORBEN

Dr. med. **Gerhard Kienle,** Gründungs- und Vorstandsmitglied der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften und Gründungsmitglied der Freien Universität Witten/Hardecke, starb mit 60 Jahren. Der Neurologe war unter anderem Sachverständiger des Unterausschusses Arzneimittelrecht des Bundestages und Mitglied der Arzneimittel-Transparenzkomission am Bundesgesundheitsamt.

Der Kompromiß war die Rettung vor dem Bankrott

Die Portugiesen verlieren das Interesse an der Politik

Von ROLF GÖRTZ

Mit dem Desinteresse der Enttäuschung, das den wachsenden Abstand zwischen Portugals Bevölkerung und seinen politischen Parteien charakterisiert, zogen am Freitag wieder Zehntausende aus dem engen Lissabon über die Téjo-Brücke, bevölkerten Zelt- und Budenstädte hinter den Dünen von Caparica am Atlantik. Die Menschen nahmen kaum zur Kenntnis, daß sich wieder einmal eine politische Katastrophe anbahnte, die mit Sicherheit den ohnehin schwer abwendbaren Staatsbankrott bedeutet hätte: Der Bruch der Koalition der Sozialisten und Sozialdemokraten noch bevor sie Regierung wurde. Ein weiteres halbes Jahr Agonie – bis zu den nächsten Wahlen – hätte die stark verschuldete Volkswirtschaft nicht mehr ausgehalten.

Professor Mota Pinto, Sprecher der Sozialdemokratischen Partei, jetzt Koalitionspartner des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei. Dr. Mario Soares, Wahlsieger vom 25. April, erklärte dem Nationalkongreß seiner Partei, daß er sich nicht an der Koalition beteiligen werde. Die Abgeordneten, nach Monaten innerer Streitigkeiten zur Euphorie der Einigkeit entschlossen, explodierten in einer Protestkundgebung.

PORTUGAL

Für wenige Stunden stand Portugal vor Neuwahlen, von denen man mit Sicherheit nur annehmen konnte, daß sie das demokratische Parteiensystem von Grund auf geändert hätten. Diesmal hätte sich die Präsidialpartei durchgesetzt, die ideologisch eher links einzuordnende Volksbewegung des Staatspräsidenten General Eanes.

Mota Pinto reagierte mit seiner Ablehnung auf den Druck des nationalen Industrieverbandes CIP, der einer sozialistischen Regierung von Anfang an skeptisch gegenüberstand. Den Anstoß zu der dramatischen Wende hatte der künftige Ministerpräsident Mario Soares selbst gegeben, als er das bereits mit den Sozialdemokraten ausgehandelte Sozialpaket in einigen wichtigen Punkten einseitig änderte. In der Vorstellung, die Sozialdemokraten würden die „Pille" schlucken, weil sie ohnehin nicht mehr anders könnten. Der Sozialist Soares hatte damit seinerseits dem Druck der mit den kommunistischen Gewerkschaften rivalisierenden unparteiischen UGT-Gewerkschaften nachgegeben. Die UGT fürchtete um ihren Einfluß.

Mota Pintos logische Reaktion kostete ihn persönliches Prestige in seinen eigenen Reihen, führte letztlich aber doch zu einer Revision der von den Gewerkschaften durchgedrückten Forderungen. Am Wochenende handelten Sozialisten und Sozialdemokraten einen Kompromiß aus, der gewiß nicht zustande gekommen wäre, wenn Mota Pinto nicht eine so starre Haltung gezeigt hätte. Ex-Premier Mota Pinto, der erfolgreiche Politiker aus der Coimbra-Universität – neben der Armee das bedeutendste Führungsreservoir des Landes –, fügte sich danach wieder in die Koalitionsabsprache. Er wird Vizeministerpräsident und – wie die portugiesische Presse annimmt – Verteidigungsminister. Eine Position, die er gut ausfüllen dürfte.

Vielleicht dachte Mota Pinto mit seinem dramatischen Nein zum Koalitionspartner, der schließlich nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen noch ein ganzes Paket ändern wollte, auch an seinen Vorgänger Sá Carneiro. Dieser schaffte vor vier Jahren auf eine ganz ähnliche Weise den Durchbruch gegen die Führungsschicht seiner Partei zum unantastbaren Alleinvorstand der Basis.

Ein Beispiel mehr für die entscheidende Position der Einzelpersönlichkeit in der portugiesischen Politik. Sie wird bei einem Scheitern der Parteienkoalition ganz unweigerlich zum Präsidialsystem führen. Und diese Erkenntnis gab letztlich den Ausschlag zum Kompromiß der letzten Sekunde.

Mario Soares ist sich bewußt, daß eine „sozialistische" Wirtschaftsform im ideologischen Sinne die Misere der Gegenwart nur verschlimmern würde. So stimmte er denn auch der Zulassung privater Initiativen in jenen nationalisierten Sektoren zu, die die Revolution der kommunistisch orientierten Militärs zunächst dem Staat überließen: Banken, Versicherungen, Zement- und Düngemittelproduktion sowie einige Gruppen der Schwerindustrie. Eine wichtige Entscheidung dürfte unmittelbar bevorstehen: 50 Tonnen der vielleicht 650 Tonnen Gold, über die der portugiesische Staatsschatz noch verfügt, sollen als Sicherung für eine neue Staatsanleihe zur Verfügung gestellt werden. Gegen all diese Vereinbarungen kündigte jetzt schon KP-Chef Cunhal die Streikdrohung der Revolutionäre an. (SAD)

Reagan wählt heute die Kriterien für die nächste Runde von START

Neueinschätzung des Bedrohungs-Verhältnisses bestimmt Vorschläge gegenüber Moskau

Von TH. KIELINGER

Für den heutigen Dienstag hat Präsident Reagan den Nationalen Sicherheitsrat einberufen, zu einer der wichtigsten Sitzungen in Reagans bisheriger Amtszeit überhaupt. Zur Debatte, und dann zur Entscheidung stehen die neuen Vorschläge zur Abrüstung bei den strategischen Waffen. Für die morgen, den 8. Juni, beginnende nächste Runde der START-Verhandlungen müssen die Weichen für die US-Unterhändler gestellt werden. Das ist ein größeres Unterfangen; denn es geht nicht nur um eine Modifizierung der bisherigen amerikanischen Position, vielmehr arbeiten die Experten in Washington an einem gänzlich neuen Konzept der strategischen Abrüstung.

Die Hauptelemente dieser neuen Philosophie waren in der Studie der sogenannten „Scowcroft-Kommission" im April niedergelegt und später vom Kongreß und von der Administration gutgeheißen worden. Sie besagen, daß die Zukunft der landgestützten Interkontinentalwaffen nicht mehr bei Raketen mit Mehrfachsprengköpfen liege, sondern daß einzig die Rückkehr zu Einsprengkopfraketen die Gewähr für ein stabiles Gleichgewicht zwischen den Arsenalen der Supermächte biete.

Und das aus drei Gründen: Einsprengkopfraketen sind weniger bedrohlich, sie bieten ein weniger lohnendes Ziel, und sie sind – weil mobil – überlebensfähiger im Falle eines gegnerischen Erstschlags.

Die Zukunft der strategischen Stabilität

Werden die Sowjets auf diesen Gedanken eingehen? Niemand in Washington hat bisher ein deutliches Anzeichen dafür. Auf absehbare Zeit wird man daher, auf beiden Seiten, mit den bedrohlichen MIRV-Trägerwaffen (Raketen mit Mehrfachsprengköpfen) leben müssen. In Genf aber werden die Sowjets morgen offiziell mit der amerikanischen Auffassung über die Zukunft der strategischen Stabilität zwischen Moskau und Washington bekanntgemacht werden.

Ein zweiter Punkt betrifft die praktische Seite der bisherigen US-Position in Genf. Die Scowcroft-Kommission hatte – überzeugend – dargelegt, daß es keinen Sinn macht, solche tiefen Reduktionen in den landgestützten Arsenalen vorzuschlagen, wie es der Kern der amerikanischen START-Ideen vorsah.

Die US-Position drehte sich bisher um eine Kombination aus reduzierten Sprengköpfen und Trägerwaffen. Beide Seiten sollten nach den Vorstellungen der amerikanischen Unterhändler ihre Sprengkopfzahl von ungefähr 7500 heute auf 5000 reduzieren und gleichzeitig die Anzahl ihrer strategischen Träger (zu Wasser und zu Land) auf 850. Eine Unterbegrenzung sah nicht mehr als 2500 Sprengköpfe auf höchstens 400 Raketen insgesamt vor.

Das so erreichte „Bedrohungs-Verhältnis" von 2500 Sprengköpfen gegenüber 400 landgestützten, festverbunkerten Fernraketen (6:1) läge aber höher als bei den gegenwärtig gültigen Zahlen. Heute sehen sich die 1054 landgestützten US-Trägerwaffen etwa 5500 sowjetischen Atomsprengköpfen auf landgestützten Systemen gegenüber – also „nur" ein Bedrohungs-Verhältnis von circa 5:1. Die Versuchung eines Erstschlags, der im übrigen genügend Sprengköpfe zu einer zweiten Salve übrigließe, wäre demnach höher unter den Bedingungen der bisherigen amerikanischen Abrüstungsposition – ein unhaltbarer Vorschlag.

Innerhalb der Reagan-Administration geht nun die Debatte darum, wie hoch man die erlaubbare Obergrenze bei den strategischen Systemen anheben solle, auf 1150 oder gar 1500 Systeme – was der sowjetischen Position – 1800 Trägerwaffen auf beiden Seiten – schon sehr viel näher käme. Bei SALT II hatte man sich auf eine Obergrenze von 2250 Trägern zu Land und zu Wasser geeinigt.

Andere Experten wiederum, vor allem im State Department, empfehlen, die Trägerwaffen (Launchers)-Begrenzung völlig aufzugeben und nur noch nach Sprengköpfen zu zählen, wobei es beiden Seiten überlassen bliebe, wie sie die erlaubte Sprengkopfzahl verteilen möchte.

Der Präsident wird aber noch in einen viel ernsthafteren Streit unter seinen Beratern eingreifen müssen. Im Pentagon und in Kreisen des Nationalen Sicherheitsrats wünscht man neben der gemeinsamen Obergrenze für Sprengköpfe und (vielleicht) Träger auch eine gemeinsame Begrenzung auf gleiches Wurfgewicht (throw-weight) des gesamten Raketenpotentials.

Diese Auffassung wird vom State Department nicht geteilt. Im Außenministerium fürchtet man, daß eine START-Runde, die mit dermaßen anspruchsvollen Desideraten überladen wird – und das gleich zu Anfang –, nur scheitern könne. Eine Begrenzung des Wurfgewicht-Potentials könne man sinnvollerweise erst in einer zweiten Verhandlungsrunde, wenn eine erste START-Vereinbarung bereits vorliege, angehen.

Ungleichgewicht zugunsten Moskaus korrigieren

Mit dem Wurfgewicht bezeichnet man die gesamte Bombenlast, die ein Träger ins feindliche Ziel tragen kann. Die Sowjets, die fast 70 Prozent ihres strategischen Arsenals in ihre landgestützten Systeme investiert haben, besitzen mit ihrer Baureihe der schweren SS-17-, SS-18- und SS-19-Raketen – besonders aber mit den 308 Raketen vom Typ SS-18 – ein an Größe und Wurfgewicht dem amerikanischen Arsenal weit überlegenes Potential. Nach Wurfgewicht gerechnet fällt der strategische Gesamtvergleich zwischen Moskau und Washington etwa 3:1 zugunsten Moskaus aus. Dieses Ungleichgewicht will das Pentagon schon in der jetzigen START-Runde korrigieren.

Eine letzte Frage schließlich, die Reagan zu entscheiden haben wird, betrifft das Konzept eines atomaren „build-down". Diese Idee, ursprünglich von dem republikanischen Senator Cohen (Maine) entwickelt, sieht vor, daß für jeden neu eingeführten Sprengkopf ein oder zwei Sprengköpfe des vorhandenen Arsenals abgebaut werden sollen. Auch zu diesem Gedanken hat der Präsident grundsätzlich ja gesagt, weil das Konzept ihm quasi von den Gesetzgebern aufgedrängt wurde, im Gegentausch für ihre Stimmen zugunsten der MX-Rakete.

Es ist aber schwer einzusehen, wie das „build-down"-Konzept schon jetzt sinnvoll in konkrete START-Vorschläge eingebaut werden kann. Konsequent zu Ende gedacht würde es bedeuten, daß die USA für die 100 geplanten MX-Raketen (1000 Sprengköpfe) nahezu ihren gesamten Bestand an Minuteman-Träger abzubauen hätten, ein unvorstellbarer Ablauf unter dem Blickpunkt bisheriger Abrüstungserfahrungen.

Europa ist für die Briten kein Wahlthema mehr

Umschwung zugunsten der EG / Noch ein Minus für Labour

FRITZ WIRTH, London

Seit dem Jahre 1974 gibt es ein festes und sorgfältig inszeniertes Wahl-Ritual in Großbritannien: das große Europeverdikt des Enoch Powell. Es ist die Stunde, da dieser Mann den britischen Bürger inmitten verwirrender Wahlargumente absolut unfehlbaren Rat gibt und die Wahlentscheidung auf die denkbar einfachste Formel bringt: Vergeßt Parteien und vergeßt Sympathien für Kandidaten. Eine gute Partei und ein guter Kandidat ist, wer gegen Europa kämpft.

Das hat diesen Mann in der Vergangenheit in beträchtliche Schwierigkeiten gebracht. So gab er 1974 als Tory-Mitglied und einst hochgeschätzter Kabinettsminister dem Bürger den Rat, der Labour Party die Stimme zu geben. Seine konservativen Parteifreunde fanden das überhaupt nicht spaßig und entließen ihn aus der Partei. Powell fand ein neues politisches Refugium in der fernen nordirischen Unionspartei. Und von dort her erklingt nun zu jeder Wahl unverändert die antieuropäische Grußbotschaft des Enoch Powell: nur eine Anti-EG-Stimme ist eine gute Stimme.

So also auch an diesem Wochenende. Der einzige Unterschied: Powell möchte nicht so weit gehen, die wenigen antieuropäischen Parteien im Lande zu identifizieren, was ihn zwangsläufig zum Wahlhelfer Labours und der kommunistischen Partei gemacht hätte, es genüge, sagte er, wenn der Kandidat antieuropäisch eingestellt sei, und wo er nicht vorhanden sei, empfehle er Stimm-Enthaltung.

Das Fatale an dieser antieuropäischen Botschaft des Enoch Powell: sie fiel in den letzten zehn Jahren noch niemals auf so unfruchtbaren politischen Boden. Denn Europa, vor wenigen Monaten noch von der Labour Party als der große Wahl- und Stimmengewinner betrachtet, war bisher in diesem Wahlkampf niemals ein Thema und wird es wohl auch nicht mehr werden.

Das hat seinen Grund: Labour hat im Umgang mit diesem Thema plötzlich selbst kalte Füße bekommen. Als ihr Parteitag im letzten Herbst den unverzüglichen Rückzug innerhalb von fünf Jahren aus der EG beschloß, konnte die Partei dabei noch auf die Billigung von 55 Prozent der britischen Bevölkerung rechnen. Heute dagegen sind zwei Drittel der Briten gegen diesen Auszug. Die Einstellung der Briten zur EG ist damit wieder die gleiche wie beim EG-Referendum des Jahres 1975, als man sich mit gleicher Mehrheit für ein Verbleiben in der EG aussprach.

Dieser Stimmenumschwung der Briten in den letzten sechs Monaten zurück zu einer proeuropäischen Haltung ist jedoch keineswegs das Ergebnis einer tiefgehenden Debatte. Der Brite ist nach wie vor nicht geneigt, dieses Thema in seiner gesamten politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Tragweite durchzudiskutieren, er beurteilt Für und Wider der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft vom ganz realen Nützlichkeitsstandpunkt her. Die Warnung, daß ein britischer EG-Rückzug die wirtschaftliche Situation des Landes eher weiter verschlechtert denn stärkt und die Zahl der Arbeitslosen eher erhöht denn senkt, reichte aus, ihn wieder ins proeuropäische Lager umschwenken zu lassen.

Er erkannte ferner, daß Labours Anti-Europapolitik nicht von nationalen, sondern parteipolitischen Motiven geleitet war. Für Labour ist die EG das größte Hindernis für die von ihr angestrebte radikal-sozialistische Wirtschaftspolitik mit strikten Import- und Devisenkontrollen.

Labour erkannte deshalb sehr schnell, daß es kein für sie attraktives Wahlthema mehr war, sondern eher Stimmen kosten würde und hielt es konsequent aus dem Wahlkampf fern. Und weder die Konservativen noch die wesentlich europatreuere sozialliberale Allianz zeigten Neigung, diesen Waffenstillstand an der Europafront dieser Wahl zu durchbrechen.

Selbst überzeugte Europa-Gegner in der Labour Party geben inzwischen zu, daß dies die letzte Möglichkeit war, Europa überhaupt noch einmal zu einem Wahlthema zu machen. Die Zeit arbeitet gegen diese europafeindlichen Kräfte. Die wirtschaftliche und auch die politische Verankerung Großbritanniens innerhalb der Gemeinschaft wird in den nächsten Jahren noch weiter verstärkt werden, und was die ohnehin sehr unrealistische Hoffnung, die EG in „freundschaftlichem Einvernehmen" mit den bisherigen Partnern zu verlassen, illusorisch macht.

Das freilich muß nicht heißen, daß Labour sich in den nächsten Jahren endgültig zu einer proeuropäischen Partei wandeln wird. Die Strategie ihres Kampfes gegen die Gemeinschaft wird sich lediglich ändern. Sie werden auf Obstruktionskurs innerhalb der EG gehen, also jene Route einschlagen, die die streitbare Europa-Abgeordnete Barbara Castle seit Jahren vertritt.

Zhao: Moskau soll guten Willen beweisen

dpa/AFP, **Peking**

Die Volksrepublik China hat die Sowjetunion aufgefordert, ihren Willen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen „durch Taten" zu beweisen. Erster Schritt Moskaus müsse ein Abbau der sowjetischen Bedrohung für Chinas Sicherheit sein, erklärte Ministerpräsident Zhao Ziyang gestern in Peking zu Beginn der 6. Tagungsperiode des Volkskongresses.

China habe bei den im Oktober vorigen Jahres aufgenommenen Konsultationen mit der Sowjetunion Vorschläge für eine Normalisierung der Beziehungen gemacht, sagte Zhao. Nun müßten die Sowjets Taten folgen lassen. Beide Völker seien an einer Normalisierung interessiert.

Zhao plädierte vor den 2978 Delegierten des Volkskongresses auch für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen China und den anderen osteuropäischen Staaten. Vietnam bot er an, neue Anstrengungen zur Normalisierung des bilateralen Verhältnisses zu unternehmen. Dies könne durch ein Entgegenkommen Hanois in der Kambodscha-Frage geschehen.

Zur Innenpolitik äußerte Zhao Ziyang, die kommenden fünf Jahre seien entscheidend für den Plan, die jährliche Industrie- und Agrarproduktion bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu vervierfachen. Die Modernisierung Chinas müsse Schritt für Schritt, jedoch nicht überstürzt vorangetrieben werden. In den vergangenen fünf Jahren sei es gelungen, die politische Lage im Lande zu stabilisieren, doch gebe es noch immer einige Unruhefaktoren.

Während der 17 Tage dauernden Beratungen soll der Volkskongreß am 18. Juni einen Staatspräsidenten wählen. Dieses Amt war Ende der 60er Jahre auf Betreiben des Staatsgründers Mao Zedong abgeschafft worden, der erste Amtsinhaber Liu Shaoqi starb 1969 im Gefängnis.

Ministerpräsident Zhao warf seinem Amtsvorgänger Hua Guofeng vor, in den ersten Jahren nach Maos Tod eine von „linken" Einflüssen geprägte Politik betrieben zu haben. Hua, 1981 durch Zhao abgelöst, ist inzwischen entmachtet und gehört auch nicht mehr dem Volkskongreß an.

SPD-Kampagne für Nicaragua

dpa, **Düsseldorf**

Die Kritik der SPD an der Mittelamerika-Politik der USA verstärkt sich. Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf unterstrichen der stellvertretende Parteivorsitzende Johannes Rau und Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski, daß die SPD verstärkt auf jene Kräfte im amerikanischen Kongreß setze, die die Mittelamerika-Politik von US-Präsident Reagan ablehnten. Wischnewski, der erst kürzlich in Nicaragua war, bezeichnete es als eine hervorragende Aufgabe, die Gegner von Reagans Mittelamerika-Politik in den USA zu stärken. Der nicaraguanische Kultusminister Ernesto Cardenal richtete zum Auftakt der Kampagne der nordrhein-westfälischen SPD „Chile kämpft – Nicaragua lebt", scharfe Angriffe gegen die amerikanische Administration.

Papst-Reise stärkt die Position von Glemp

Die Kritik am Primas ist nicht verstummt

DW. **Warschau**

Eine Begegnung zwischen Papst Johannes Paul II. und Arbeiterführer Lech Walesa während der zweiten Polenreise des Oberhaupts der katholischen Kirche scheint fest eingeplant, auch wenn ein solches Treffen nicht auf dem offiziellen Reiseprogramm steht.

Nachdem sich der Papst inzwischen zu einem Zusammentreffen mit Partei- und Regierungschef Jaruzelski sowie mit Staatschef Henryk Jablonski im Warschauer Belvedere-Palais bereit erklärt hat, wird fest damit gerechnet, daß auch das Gespräch mit Walesa zustande kommt. Bei der Begegnung mit Jaruzelski und Jablonski wird auch der Primas der katholischen Kirche, Jozef Kardinal Glemp, zugegen sein. Glemps Rolle wird mit der Visite von Johannes Paul II. in seinem Heimatland zweifellos gestärkt werden.

Die inneren Schwierigkeiten der katholischen Kirche Polens sind auch vor dem am Donnerstag nächster Woche beginnenden Besuch des Papstes nicht ausgeräumt worden. Es gibt nicht wenige Priester, die dem Besuch kritisch gegenüberstehen. Ihr Argument: Das Regime Jaruzelski werde in unzulässiger Weise aufgewertet.

Auch die Haltung Glemps selbst ist immer noch umstritten. Seine Stellungnahmen zur politischen Lage seines Landes, vor allem nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität", wurde von vielen als ängstlich und unentschlossen kritisiert. Unter der Geistlichkeit war einmal sogar die Forderung nach seinem Rücktritt zu hören. Der Primas wurde unter anderem verdächtigt, hinter dem Sekretär der Bischofskonferenz, Bronislaw Dabrowski, zu stehen, der als eifriger Verfechter der Zusammenarbeit mit dem Regime gilt. In der Bevölkerung wurde der Vorwurf laut, der Primas habe „den Papst-Besuch gegen Solidarität eingetauscht".

Zweifel und Verwirrung unter den Gläubigen waren um so größer, als der Bischof von Przemysl, Ignacy Tokarczuk, offen die Verteidigung Walesas übernahm und durch scharfe Stellungnahmen gegen das Kriegsrecht Aufsehen erregte. So richteten sich die Blicke vor allem auf den einflußreichen Kardinal Marcharski, einen engen Freund des Papstes und dessen Nachfolger an der Spitze der wichtigen Erzdiözese von Krakau.

Eine leichte Wende vollzog sich im Februar, als Glemp in Rom die Kardinalswürde verliehen wurde. Für Skeptiker war das ein Beweis, daß er nicht von der Linie des Papstes abgewichen sei. Seither haben seine Stellungnahmen gegen Ungerechtigkeiten und zur Verteidigung der Bürgerrechte einen entschlosseneren Ton. Seinen Kritikern wird dadurch weniger Angriffsfläche geboten.

Seit dem Verbot von „Solidarität" ist die Kirche zwar zu einem Sammelbecken der Opposition geworden. Das dürfte jedoch nur vorübergehend der Fall sein. Walesa machte dies mit der Bemerkung deutlich, beide Seiten hätten unterschiedliche Ziele.

Belgien: Staatsbegräbnis nach 33 Jahren Einsiedler-Dasein

BODO RADKE, **Brüssel**

Mit dem in Belgien zu einem Staatsbegräbnis gehörenden großen militärischen Zeremoniell wurde gestern in Brüssel ein Mann zu Grabe getragen, der in den letzten 33 Jahren seines Lebens jeden Auftritt in der Öffentlichkeit vermieden und das Einsiedler-Dasein eines Sonderlings geführt hatte: Prinz Charles, Graf von Flandern, Bruder von Ex-König Leopold III., Onkel des jetzigen Königs Baudouin und Regent des Landes der Flamen, Wallonen und einer Volksgruppe deutscher Muttersprache in dramatischen Nachkriegsjahren.

In der Nacht zum letzten Donnerstag war dieser Prinz Charles – die frankophonen Belgier nannten ihn Charles, die Flamen Karel und die Deutschsprachigen Karl – in einem Krankenhaus der Nordseeküstenstadt Ostende völlig verarmt nach langer Krankheit wenige Monate vor seinem 80. Geburtstag gestorben.

Dabei hätte das „schwarze Schaf" der belgischen Königsfamilie Anspruch auf die üppige Pension eines ehemaligen Staatsoberhauptes sowie auf die eines Generalleutnants im Ruhestand gehabt. Sein trotziger Stolz verbot ihm jedoch die Annahme dieser wohlerworbenen Zahlungen auch dann noch, als betrügerische Berater ihn bereits um sein gesamtes Privatvermögen gebracht hatten. Um seinen Lebensunterhalt in einem Refugium bei Ostende bestreiten zu können, verkaufte er zuletzt selbstgemalte Bilder. Obgleich Prinz Charles seit über drei Jahrzehnten kaum noch Kontakte mit irgend jemandem gehabt hatte, erwiesen viele tausend seiner Landsleute dem Toten nach Überführung in die Trauerkapelle des Brüsseler Königsschlosses die letzte Ehre und trugen sich in das ausliegende Kondolenzregister ein.

Prinz Charles war am 10. Oktober 1903 als zweiter Sohn des Kronprinzen Albert und dessen Ehefrau Elisabeth aus dem Hause der Herzöge in Bayern zur Welt gekommen. Damals regierte noch sein Großonkel Leopold II. Da nach der Thronbesteigung Alberts die Kronprinzenrolle Charles' dann dem um zwei Jahre älteren Bruder Leopold zufiel, unterzog sich der jetzt Verstorbene nach dem Schulabschluß einer Offiziersausbildung in England und avancierte später in den belgischen Streitkräften zum Colonel (Oberst). Durch den bis heute nicht eindeutig geklärten geheimnisvollen Tod König Alberts am 17. Februar 1934 im Felsengebiet von Marche-Lesdames in den Ardennen wurde dessen ältester Sohn als Leopold III. König der Belgier. Das persönliche Verhältnis zwischen ihm und Bruder Charles soll schon damals gespannt gewesen sein.

Und dann kam der Mai 1940. Knapp drei Wochen nach dem Einmarsch deutscher Truppen kapitulierte Leopold als Oberbefehlshaber der belgischen Streitkräfte und blieb im Lande, während sich die meisten Minister nach London absetzten und dort eine Exilregierung bildeten. Prinz Charles ging in den Untergrund und betätigte sich in der Widerstandsbewegung.

Als die Alliierten im Herbst 1944 Belgien befreit hatten und die Angehörigen der Londoner Exilregierung in die Heimat zurückkehrten, befanden sich König Leopold III. und seine Kinder als „Ehrenhäftlinge" in Deutschland. So wählte das neukonstituierte Parlament den Widerstandskämpfer Prinz Albert zum Regenten.

Und das blieb er fast sechs Jahre lang, während der inzwischen in der Schweiz lebende Leopold immer drängender seine Thronansprüche geltend machte. Der leidenschaftliche Kampf zwischen den meist flämischen Anhängern Leopolds und den vorwiegend wallonischen Gegnern von dessen Rückkehr an die Staatsspitze vergiftete das sowieso gespannte Verhältnis zwischen den beiden Volksgruppen noch mehr. Bis die „Königsfrage" mit einem Kompromiß endete. Leopold durfte zwar wieder das Schloß in Laeken bei Brüssel beziehen, mußte aber die Regentschaft seinem Sohn Baudouin übertragen und sich verpflichten, bei dessen Volljährigkeit abzudanken, was dann im Juli 1951 geschah. Ex-Prinzregent Charles aber hatte sich grollend ins Privatleben zurückgezogen.

Wenn Belgiens Fernsehen und Hörfunk gestern vormittag jedoch den Ablauf des gesamten Staatsbegräbnisses live übertrug, wird der uninformierte Zuschauer und Zuhörer von all dem nichts gemerkt haben. Die letzte halbstündige Ehrenwache an der Bahre im Königsschloß wurde von den vier ranghöchsten Offizieren der belgischen Streitkräfte gestellt.

Richter Simon auf Distanz zu eigener Äußerung

hey, **Köln**

Bundesverfassungsrichter Helmut Simon steht einer von ihm selbst vor einiger Zeit ins Gespräch gebrachten „konsultativen Volksbefragung" zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen inzwischen skeptisch gegenüber. Im Westdeutschen Rundfunk sagte Simon gestern, er sei „zögernd geworden". Denn Voraussetzung müsse sein, daß die Fragestellung „fair" und „nicht demagogisch" sei. Hier aber sieht er wegen der Kontroverse zwischen den Parteien über die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses Probleme. Hinzu kämen zeitliche Gründe.

Simon betonte gleichzeitig, daß eine „konsultative Volksbefragung" nach seiner Prüfung der Rechtslage „mit der Verfassung vereinbar" sei. Denn nach dem Grundgesetz übt das Volk die Staatsgewalt „in Wahlen und Abstimmungen" aus.

Zwar bleibt die endgültige Entscheidung, so Simon, beim Parlament. Aber die Bevölkerung könne vorher „beratend gefragt" werden, weil sie das Ergebnis auch „ausbaden" müsse.

Bäumer wollte zurücktreten

hy. **Düsseldorf**

Der Beschluß der Umwelt-Kommission des SPD-Bundesvorstandes, in dem eine wesentliche Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung des Bundes zur Senkung des Schadstoffausstoßes in Kraftwerken gefordert wird, hat deutliche Meinungsverschiedenheiten im sozialdemokratischen Kabinett in Düsseldorf offengelegt. Zwar meinte Arbeitsminister Friedhelm Farthmann gestern auf Anfrage: „Ich habe keinen Nackenschlag entdeckt", doch hielt dem Agrarminister Hans-Otto Bäumer entgegen, daß man dieses Urteil allerdings als „Schlag in den Nakken bezeichnen kann". Er gab seine Hoffnung zu erkennen, daß sich die Landesregierung jetzt auf seine Seite stelle. Bäumer hatte im Gegensatz zu Farthmann wesentlich schärfere Bestimmungen gefordert, war aber damit in der Landesregierung unterlegen. Nur das Eintreten von Ministerpräsident Johannes Rau hielt ihn vom Rücktritt ab.

Krankenhäuser fordern neue Finanzierungswege

WELT-Gespräch mit Hauptgeschäftsführer Hans-W. Müller

PETER JENTSCH, **Düsseldorf**

Gegen den Vorwurf, die Kliniken seien der teuerste Bereich im Gesundheitswesen, hat sich der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Professor Hans-Werner Müller, gewandt. Am Vortag der Eröffnung des 12. Deutschen Krankenhaustages in Düsseldorf sagte Müller gestern im Gespräch mit der WELT, 70 Prozent der Sachkosten im Krankenhaus seien Personalkosten, „die vom Krankenhausträger nicht beeinflußbar sind".

Der DKG-Chef wehrte sich auch gegen den Vorwurf des Bettenberges und einer zu hohen Verweildauer in den Kliniken: „Seit 1965 ist die Zahl der Kliniken von 3619 um 430 auf 3189 gesunken. Auch der Abbau des Bettenberges ist in vollem Gange. Die Zahl der Klinikbetten wurde von 729 791 im Jahre 1976 um 34 188 auf 695 603 Betten 1981 abgebaut." Schließlich sei auch die Verweildauer seit 1965 von damals 20 Tagen auf 14,7 Tage gesenkt worden.

Aber viele notwendige Krankhausinvestitionen könnten wegen der schlechten Finanzlage der öffentlichen Hand nicht durchgeführt werden, sagte Müller. Zur Beseitigung der bestehenden Mängel sei eine Aufhebung des geltenden Finanzierungssystems nötig. Denn mit dem 1972 in Kraft getretenen Krankenhausfinanzierungsgesetz sei die zweigleisige Finanzierung eingeführt worden, die die Investitionskosten Bund und Ländern sowie die laufenden Betriebskosten über die Pflegesätze der Erstattung durch die Krankenkassen überläßt. Müller plädierte dafür, die kurz- und mittelfristigen Investitionen künftig ganz oder teilweise über die von den Benutzern zu tragenden Entgelte zu finanzieren. „Diese Finanzierung sollte in Form gesetzlich vorzugebender und zeitnah fortzuschreibender Pauschalen unter Berücksichtigung der medizinischen und technischen Entwicklung erfolgen." Dies gelte auch für Rationalisierungsinvestitionen.

Auf die Frage, ob dies nicht zu einer Erhöhung der Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung führe, entgegnete Müller: „Das ist eine betriebswirtschaftlich saubere Lösung. Der Hauptteil der Investitionen soll nach wie vor der öffentlichen Hand überlassen werden, etwa Neu- oder Erweiterungsbauten von Kliniken. Die kurz- und mittelfristigen Investitionen aber und die Rationalisierungsinvestitionen wirken sich auf die Betriebskosten des Krankenhauses aus, das heißt, sie führen zu einer Senkung der Betriebskosten, die ja ohnehin heute schon von den Kassen bezahlt werden."

Inzwischen hätten auch einige Krankenkassen den Vorteil dieser Lösung eingesehen. So gebe es Ortskrankenkassenverbände, die den Krankenhäusern Rationalisierungsinvestitionen bezahlten, um damit die Betriebskosten zu senken.

Sowjetunion und Finnland verlängern ihren Pakt um weitere 20 Jahre

Präsident Koivisto kam mit Regierungsdelegation zum ersten Staatsbesuch nach Moskau

fhn/gtm. **Moskau**

Schon wenige Stunden nach der Ankunft des finnischen Staatspräsidenten Mauno Koivisto zu seinem ersten Staatsbesuch in Moskau unterzeichneten die Außenminister Andrej Gromyko und Paavo Väyrynen die Verlängerung des 1948 zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Freundschafts- und Beistandspaktes um 20 Jahre. Mit seiner repräsentativen Delegation – in der Begleitung des finnischen Präsidenten sind unter anderen Regierungschef Kalevi Sorsa, der Außenminister und andere Kabinettsmitglieder – will Koivisto offenbar demonstrieren, daß hinter der Außenpolitik Finnlands und dem finnisch-sowjetischen Pakt eine geschlossene finnische Front stehe. Der Oberste Sowjet hatte Finnlands Verhältnis zu seinem übermächtigen Nachbarn im Februar ausdrücklich als „Modell friedlicher Koexistenz zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftssysteme" bezeichnet. Es bedingt den Verzicht Helsinkis auf jeden außenpolitischen Schritt, den Moskau mißbilligen könnte.

Dafür sieht sich Finnland mit einer vorrangigen Handelsposition und mit der sowjetischen Einschätzung belohnt, darin liege die Garantie wirtschaftlicher Stabilität. Über 26 Prozent der finnischen Exporte gingen 1982 in die Sowjetunion. Über den auf 5,3 Milliarden Finnmark angewachsenen Handelsüberschuß ist Helsinki besorgt.

Koivisto hatte schon wenige Monate nach seiner Amtsübernahme inoffiziell die Sowjetunion besucht. Dennoch wurde er wie ein Staatsgast empfangen und traf auch mit Parteichef Jurij Andropow zusammen. Bei der jetzt beginnenden offiziellen Visite, die fünf Tage dauern soll, werden sie sich mehrfach begegnen.

Die Anwesenheit Andropows und Koivistos bei der Unterzeichnung des Protokolls über die Verlängerung des Freundschafts- und Beistandspaktes gab dieser Zeremonie besondere Bedeutung. Dieser Pakt ist für die Beziehungen zwischen beiden Ländern äußerst symbolträchtig. Er brauchte eigentlich gar nicht per Unterschrift verlängert zu werden. Dies geschieht automatisch um jeweils fünf Jahre, wenn er von keiner Seite gekündigt wird.

Inzwischen ist es aber zur Tradition geworden, weitere langfristige Geltungsperioden in feierlichen Zeremonien zu vereinbaren. Anlaß dafür sind immer bedeutende innen- oder außenpolitische Ereignisse: 1955 waren es die Rückgabe des Marine-Stützpunktes Porkala an Finnland sowie der Übergang der finnischen Präsidentschaft von Paasikivi auf Kekkonen. Damals wurde erstmals eine Verlängerung um 20 Jahre vereinbart.

Aber schon nach 15 Jahren fand man einen Grund, erneut die guten finnisch-sowjetischen Beziehungen öffentlich zu unterstreichen. Wenige Wochen vor der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und der deutsch-sowjetischen Verträge beschloß man in Moskau eine weitere Verlängerung der Laufzeit des finnisch-sowjetischen Paktes um 20 Jahre. Auch sie wird nicht voll genutzt: Schon nach 13 Jahren ist die Übernahme der finnischen Präsidentschaft durch Mauno Koivisto die neue Gelegenheit, den Pakt feierlich um zwei Jahrzehnte zu verlängern.

Dieser Freundschafts- und Beistandspakt gleicht einem Heiligtum in den Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion. Da man an Heiligtümern normalerweise nicht rüttelt, enthält der Vertrag auch weiterhin unangetastet die 1948 beschlossene Formulierung. Finnland dürfe es nicht zulassen, daß die Sowjetunion über finnisches Teritorium von Deutschland oder dessen Verbündeten angegriffen wird. Damit ist dieser Vertrag wohl die einzige von Moskau unterzeichnete internationale Abmachung, in der die deutsche Teilung nicht zur Kenntnis genommen wird. Offenbar will auch der Kreml dies nicht ändern.

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" betonte, daß es bei dem Staatsbesuch Koivistos hauptsächlich darum gehe, „die Beziehungen der Freundschaft und fruchtbaren Zusammenarbeit" zwischen beiden Ländern erneut hervorzuheben. Koivisto erinnerte am Vorabend seines Besuches gegenüber sowjetischen Journalisten an den vor 20 Jahren von seinem Vorgänger Kekkonen vorgeschlagenen Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa.

FDP: Mit „DDR" zusammenarbeiten

rtr, **Wiesbaden**

Der FDP-Bundesvorstand hat in einer „Erklärung zur Friedenspolitik" die Deutschlandpolitik als „europäische Friedenspolitik" bezeichnet und eine weitere Zusammenarbeit mit der „DDR" befürwortet. Die beiden deutschen Staaten müßten alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, um den Ost-West-Gegensatz in Europa schrittweise abzubauen. In der „Wiesbadener Erklärung" heißt es: „Wir wollen aus nationaler und europäischer Verantwortung mit der DDR auf der Basis des Grundlagenvertrages und im Bewußtsein der in der Schlußakte von Helsinki übernommenen Verpflichtungen zusammenarbeiten." Ein stabilisierendes Element des Ost-West-Verhältnisses sei auch die wirtschaftliche Kooperation, heißt es in dem FDP-Papier, in dem auch das Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluß erneuert wird.

Textil-Irrweg

adh. – Kaum sind mühsam die letzten bilateralen Abmachungen ausgehandelt, die den Bestand des im November 1982 in letzter Minute zustandegekommenen Welttextilabkommens (WTA) sicherstellen, gärt es schon wieder im internationalen Textilhandel.

Im Vorfeld der gestern in Belgrad begonnenen 6. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen (Unctad) kursierte eine Studie, die hart mit der Textilhandelspolitik im Rahmen des WTA ins Gericht geht: Sie habe ihre Ziele verfehlt. Statt Beschränkungen abzubauen, was erklärtes Ziel der Verhandlungen im Rahmen des Gatt um das Welttextilabkommen war und ist, hätten die Restriktionen im internationalen Textilhandel in den siebziger Jahren ständig zugenommen.

Das ist nicht von der Hand zu weisen. Es muß jedoch daran erinnert werden, daß gleichzeitig das Volumen des Welthandels mit Textilien stark gewachsen ist, daran haben auch die Ausfuhren aus Entwicklungsländern partizipiert. Nicht nur wegen der Beschränkungen im Rahmen des bis 1986 laufenden derzeitigen Welttextilabkommens hapert es inzwischen mit den textilen Ausfuhrerfolgen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Ihre gewachsene Produktion stößt auf einen Markt mit nur noch müder Nachfrage, vor allem in den Industrieländern, auf deren Märkten man gerne die bitter benötigten Devisen verdienen möchte.

Allen Prognosen zufolge wird sich an der nur schwachen Nachfrage nach textilen Gütern in den Industrieländern auf absehbare Zeit nichts ändern. Angesichts dieser Aussichten darf bezweifelt werden, ob es klug ist, just dem Textilbereich die entscheidende Bedeutung für die Industrialisierung der Entwicklungsländer zuzuweisen, wie es die Unctad-Studie tut.

Berlin-Initiative

dos – Edzard Reuter, frischgewählter Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Bank, nimmt seine neue Aufgabe ernst. Mit eindringlichen Worten erinnerte er in Hannover an die Verantwortung gegenüber Berlin und forderte die Repräsentanten der westdeutschen Wirtschaft dazu auf, alle nur denkbaren Initiativen zur Ansiedlung von Betrieben in der Stadt zu entfalten. Appelle dieser Art sind nicht neu, wohl aber der Ernst der Argumente, mit denen Reuter die Konsequenzen schwindender gewerblicher Arbeitsplätze in Berlin nachzeichnete. Der Status der Stadt, der außenpolitisch unter großen Mühen gesichert werden konnte, läuft Gefahr, von innen her ins Wanken zu geraten – mit unabsehbaren Folgen für die Bundesrepublik und die westliche Welt. Der Sohn Ernst Reuters hat recht, wenn er davon spricht, daß gerade darum wirtschaftliches Engagement in Berlin zugleich Arbeit im ureigenen Interesse des einzelnen ist. Sein Hinweis auf „jene kaum greifbare Angst" in Sachen Sicherheit zeigt, woran es mangelt: an Ratio.

PRODUKTIVITÄT / Eine vergleichende Untersuchung des Instituts der Wirtschaft

„Die deutsche Industrie ist in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zurückgefallen"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Nur durch eine ungewöhnlich kräftige Belebung der Investitionen kann die deutsche Industrie ihr Produktivitätstempo wieder steigern. Dies führt nicht, wie vielfach behauptet, zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Ein hoher Produktivitätsfortschritt bewirkt bei unveränderter Kostenbelastung eine Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, wodurch der Arbeitskräftebedarf zunimmt. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer jetzt vorgelegten Analyse.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat die Produktivitätsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe von zehn westlichen Industrieländern zwischen 1950 und 1981 untersucht. Als Produktivitätskennziffer dient dabei der Produktionszuwachs je geleistete Arbeitsstunde.

Die Entwicklung von Wachstum, Produktivität und Beschäftigung wird nach der IW-Untersuchung in den großen westlichen Industrieländern künftig höchst unterschiedlich verlaufen. Die USA, Japan, Italien und Großbritannien haben gute Chancen, die Produktivität ihrer Industrien und damit auch Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zu steigern. Demgegenüber schneiden Kanada, Schweden und die Niederlande nach der Vorhersage des Instituts schlechter ab. Sie müssen sich auf niedrigere Fortschrittsraten der industriellen Stundenproduktivität einstellen.

„Ob sich das Produktivitätstempo in Dänemark, in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland auf mittlere Sicht beschleunigen wird, ist zur Zeit noch eine offene Frage. Voraussetzung dafür wäre eine ungewöhnlich kräftige Belebung der Investitionen in moderne Arbeitsplätze", so das Fazit des Instituts.

Das Wachstumstempo der industriellen Produktion bleibt seit den siebziger Jahren mit Ausnahme Japans und Italiens in allen großen Industriestaaten hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück, wobei gleichzeitig die Produktivitätsentwicklung deutlich an Dynamik verloren hat. Die Produktion hat sich gerade in den Ländern stark verlangsamt, in denen der Produktivitätsfortschritt besonders deutlich gebremst wurde. Andererseits konnten die Länder mit vergleichsweise günstiger Produktivität auch die besten Ergebnisse bei der Beschäftigung erzielen, allerdings nur, wenn der verfügbare wirtschaftliche Verteilungsspielraum nicht durch überzogene Lohnerhöhungen und vermehrte Freizeit aufgezehrt wurde.

So wurde in den Niederlanden in den siebziger Jahren zwar ein vergleichsweise günstiger Produktivitätstrend von jährlich 5,7 Prozent erreicht, dem jedoch Kostensteigerungen je Arbeitsstunde von jährlich zwölf Prozent gegenüberstanden. Die Bundesrepublik erzielte einen durchschnittlichen Produktivitätsanstieg von 4,8 Prozent bei Lohnsteigerungen von zehn Prozent.

Dem weltweiten Strukturwandel nach dem Ölpreisschock von 1973 haben sich nur Japan und Italien durch eine gezielte Aktivierung ihrer Produktivitäts- und Wachstumsspielräume angepaßt. Die anderen Länder, auch die Bundesrepublik, griffen zu einer Defensivstrategie: „Sie richteten das Produktivitätstempo an den verringerten Wachstumschancen aus und setzten damit die langfristige Solidität ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel." Gleichzeitig verschlechterten sich jedoch die Absatzaussichten auf dem Weltmarkt und stieg die Zahl der Anbieter durch nachrückende Schwellenländer.

Um so mehr muß nach Ansicht des Instituts die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Ausschöpfen der nationalen Produktivitätsreserven konsequent verbessert werden. „Nur über diesen offensiven Weg kann der industrielle Bereich der Wirtschaft einen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigungslage in den achtziger Jahren leisten", heißt es in der Untersuchung.

Japan, der absolute Spitzenreiter, wies zwischen 1970 und 1981 eine jährliche Produktivitätszunahme von 6,8 und einen Produktionsanstieg von 6,3 Prozent auf. Die Bundesrepublik brachte es nur auf einen Produktivitätsfortschritt von 4,8 Prozent und einen Produktionsanstieg von zwei Prozent. In den USA waren es 2,3 beziehungsweise 2,9 Prozent. Während in den USA die Beschäftigung um 0,7 Prozent zunahm und die Arbeitszeit um durchschnittlich 0,1 Prozent gesenkt wurde, sank die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik um 1,7, die Arbeitszeit um 1,1 Prozent.

KONJUNKTUR

Belebung setzte sich fort

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Produktionsbelebung in der Industrie, die seit Jahresbeginn beobachtet wird, hat sich auch im April fortgesetzt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Fertigung des Produzierenden Gewerbes saisonbereinigt um ein Prozent über dem März-Ergebnis. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Ausbringung um zwei Prozent, dagegen sank sie im Bauhauptgewerbe um zwei Prozent.

Auch der Zweimonats-Vergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) signalisiert für das Verarbeitende Gewerbe ein Plus von 2,5 Prozent, wobei das Investitionsgütergewerbe mit 3,5 Prozent und hier vor allem der Straßenfahrzeugbau mit fünf Prozent besonders gut abschnitten.

Die Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln weiteten ihre Erzeugung sogar um 5,5 Prozent aus, während bei Verbrauchsgütern und im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich nur ein Zuwachs von 1,5 Prozent registriert wurde. Bei diesem Zweimonats-Vergleich zeigt sich ein Anstieg der Bauaktivitäten um fünf Prozent.

Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres lag die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe um zwei Prozent niedriger. Eine Rate, die auch für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt gilt.

Besonders kräftig, und zwar um 3,5 Prozent, war der Rückgang bei den Herstellern von Investitionsgütern. Dagegen konnten die Produzenten von Verbrauchsgütern einen Zuwachs von einem Prozent erzielen. Das Niveau im Bauhauptgewerbe lag um 2,5 Prozent unter dem des Vorjahres.

WETTBEWERB

Krisenkartell genehmigt

PETER WEERTZ, Berlin

Das Bundeskartellamt hat nach langer Zeit wieder ein Strukturkrisen-Kartell nach Paragraph vier des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) genehmigt. 28 inländische Hersteller von Betonstahlmatten, die bei Hochbauten verwendet werden, wollen vom 1. Juni an ihre Produktionskapazitäten von jährlich zwei auf 1,2 Mill. Tonnen oder 40 Prozent bis 1986 verringern.

Es gehe dem Kartellamt vor allem darum, einen „mittelständisch strukturierten Markt" zu erhalten, begründet ein Sprecher des Amtes die Entscheidung. Auf diesem Markt sind gegenwärtig mit der Stahlmatten GmbH (Thyssen, Klöckner und Arbed), der Korf Stahl AG und Salzgitter neben den 25 mittleren Betrieben nur drei Großunternehmen tätig. Ohne das Strukturkrisen-Kartell besteht nach Ansicht der Behörde die Gefahr, daß die Großunternehmen aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen die mittleren Betriebe verdrängen könnten. Die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sei nur durch einen planmäßigen Kapazitätsabbau, dem die bisherigen Umsätze als Quoten zugrunde gelegt werden, sicherzustellen.

Nach Angaben der Behörde liegen alle gesetzlichen Voraussetzungen für ein Strukturkrisen-Kartell vor: Einmal muß ein struktureller und nachhaltiger Rückgang der Nachfrage nachgewiesen werden. Für flankierende Preis- und Quotenabsprachen soll außerdem der Kartellvertrag eine vertraglich gesicherte Anpassung der Produktionskapazitäten an die voraussichtliche Nachfrage enthalten.

Forschungsmarkt Berlin

Von PETER WEERTZ

Die Lage der Berliner Wirtschaft ist zur Zeit schwierig; vor allem kurzfristig fehlen Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze. Was in dieser Situation besonders gefragt ist, sind eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik und der unternehmerische Mut, die Standortvorteile der Stadt und die Dynamik des strukturellen Wandels in eine positive Richtung zu lenken.

Seit dem „Wirtschaftsgipfel" im Dezember vorigen Jahres steht das Forschungspotential der Stadt mit seinen 180 Instituten innerhalb der Universitäten und außerhalb im Vordergrund der Standortvorteile. „Nicht nur Unternehmen aus dem Bundesgebiet, sondern vor allem die Klein- und Mittelbetriebe Berlins sollen das Forschungspotential intensiver als bisher nutzen", fordern die Wirtschaftspolitiker.

Es geht darum, die Wettbewerbslage und den Absatz der Unternehmen durch neue Produkte und Fertigungstechniken zu verbessern. „Die Schleusen für den Technologie-Transfer sind geöffnet", verkündet Wirtschaftssenator Elmar Pieroth seit Monaten.

Was aber macht den Forschungsmarkt Berlin zum „einmaligen Standortvorteil"? Es ist das vorhandene breite Potential für hochwertige Technologien und zukunftsgerichtete Produktionen wie Mikroelektronik, Kommunikationstechnik, Biochemie, Umwelttechnik, Produktionstechnologie, Verkehrstechnik und vielen anderen Forschungszweigen. Da sind, um nur einige Institute aus dem Angebot zu nennen, die Bundesanstalt für Materialprüfung, die Berliner Elektronenspeicherring Gesellschaft für Synchrontronstrahlung (Bessy), das DIN Deutsches Institut für Normung, das Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik, das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung, das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik und die Versuchs- und Lehranstalt für Biotechnologie. Der Katalog des Senats „Forschung und Entwicklung" umfaßt mehr als 350 Seiten; er soll helfen, wissenschaftliche Erkenntnisse und hochwertige Technologie in die Praxis der Betriebe umzusetzen.

Wer nicht Experte auf den vielen Gebieten ist, versteht kaum die strukturpolitische Bedeutung dieses Forschungspotentials. Doch unbestritten ist, daß wirtschaftliches Wachstum in Zukunft auch neue Technologien und Fertigungstechnik erfordert. Freilich steht Berlin bei diesen Projekten im harten Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsregionen in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland. Es besteht jedoch die Chance, daß Berlin durch seine Aktivitäten bei den Projekten Glasfaserkabel, Bildschirmtext und Videotext zum „Mekka der Telekommunikation" wird. Außerdem reicht die Infrastruktur der Forschung aus, um eine Spitzenstellung in der Mikroelektronik durch neue Fertigungstechniken und Roboterproduktion zu erreichen. Interesse hat hier die deutsche Automobilindustrie angekündigt.

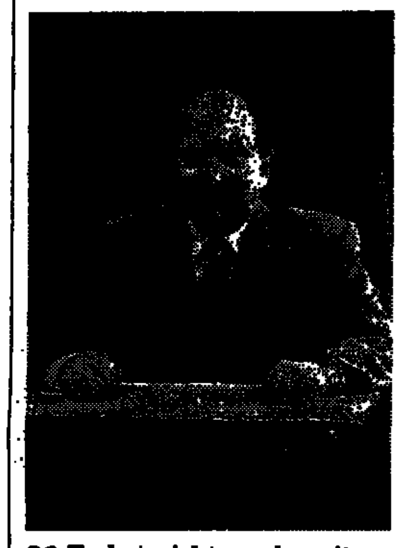
Schon vor der Jahrhundertwende war Berlin durch die Firmen Siemens, AEG, Osram, Standard Elektrik Lorenz und viele andere zur „Elektropolis" in Deutschland aufgestiegen. Dieser historische Rückblick zeigt nicht nur die Möglichkeiten und Chancen, sondern zugleich die Tradition, in der die Berliner Wirtschaft steht. Dies gilt ebenso für den Maschinenbau, der noch heute nach der Elektroindustrie der zweitgrößte Industriezweig der Stadt ist. Hier sind heute computergesteuerte Werkzeugmaschinen gefragt.

Hinzu kommt die überregionale Bedeutung der Berliner Industrie, die ein Fünftel ihrer Produktion exportiert und 66 Prozent ihres Umsatzes mit Kunden in der Bundesrepublik erzielt. Diese Anteile kann sie nur halten, wenn sie den strukturellen Wandel mit Erfolg vollzieht und in der Technologie den Anschluß behält. Ziel der Wirtschaftspolitik der Stadt ist es daher, günstige Rahmenbedingungen für diesen Wandel zu schaffen.

Erleichtert wird der Wandel für die kleinen und mittleren Betriebe, die in Berlin für die Produktion ebenso wie für Beschäftigung und überregionale Dienstleistungen eine hervorragende Rolle spielen. Konkret helfen hier in der Mikroelektronik das Technologiezentrum des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) und ein Innovations-Praktikum, das qualifizierte Universitätsabsolventen in mittleren Betrieben leisten. Außerdem gibt es für diesen Unternehmenskreis einen Innovationsfonds, der neue Technologieprojekte fördert.

Was jedoch vorerst in Berlin noch fehlt, ist eine Belebung der Konjunktur mit einem kräftigen Auftragseingang, der zu mehr Beschäftigung führt. Die Maßnahmen zum Strukturwandel brauchen Zeit. Aber: Die Weichen sind gestellt.

AUF EIN WORT



„Es hat nichts mehr mit wirtschaftlicher Vernunft zu tun, wenn bei sinkendem Marktvolumen noch zusätzliche Überkapazitäten aufgebaut werden. Leider haben das in der Transportbetonindustrie noch nicht alle begriffen."

Dr. Hermann Warmke, Vorstandsvorsitzender der Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen
FOTO: DIE WELT

Warnung vor Konfrontation

dpa/VWD, Belgrad

Eine Konfrontation auf der sechsten Welthandelskonferenz würde nach Ansicht des Präsidenten des jugoslawischen Staatspräsidiums, Mika Spiljak, im Gegensatz zu den wirklichen Interessen der einzelnen Ländergruppen stehen. Zur Eröffnung der bis zum 30. Juni dauernden Konferenz der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) sagte Spiljak am Montag in Belgrad, er sei der Überzeugung, daß das Verbindende zwischen den entwickelten Ländern und der Dritten Welt stärker als das Trennende sei. Die sechste Unctad-Konferenz, an der etwa 3000 Delegierte aus 150 Ländern teilnehmen, findet nach den Worten Spiljaks in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten sowie in einer Krise im Finanzbereich und in den internationalen Beziehungen statt.

RWI

Absatz von Steinkohle wird im Tief verharren

dpa/VWD, Essen

Bund und Länder sollten nach Auffassung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, keinen Zweifel darüber entstehen lassen, daß der Steinkohlenbergbau mit Kürzungen der staatlichen Hilfen rechnen müsse. In ihrem Bericht über „die Lage auf dem Energiemarkt" stellten die Essener Wirtschaftswissenschaftler fest, daß der Absatz von Steinkohle „weiterhin in einem Tief verharre".

Ein kleiner Zuwachs im Kohleabsatz sei lediglich bei der Elektrizitätserzeugung zu erwarten. Der Verbrauch werde dadurch in diesem Jahr 86,5 Millionen Tonnen erreichen. Sollen die Haldenbestände der Zechen nicht weiter zunehmen, müßte die Förderung nach Berechnungen des RWI um 9,5 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) zurückgenommen werden.

Für den gesamten Energiemarkt rechnet das RWI 1983 noch nicht mit einem neuen Aufschwung. Andererseits sei das Sparpotential weitgehend ausgeschöpft. Beim Mineralöl wird ein weiterer leichter Rückgang um drei Prozent auf 155 Millionen Tonnen SKE angenommen. Angesichts der günstigen Preisentwicklung werde die Ölrechnung gegenüber dem Ausland mit 55 bis 56 Milliarden Mark um acht bis neun Milliarden Mark niedriger sein als 1982.

Der Verbrauch an Erdgas soll nach dieser Prognose 1983 um 2,5 Prozent auf 49 Milliarden Kubikmeter zurückgehen. Beim Stromverbrauch müsse man mit einem Rückgang um 1,5 Prozent auf 372 Milliarden Kilowattstunden rechnen. Bei einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von vier Prozent jährlich werden 1990 an Strom 491 Milliarden Kilowattstunden jährlich und bei einem schwächeren Wachstum von zwei Prozent 428 Milliarden Kilowattstunden benötigt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kooperationsabkommen mit dem Andenpakt geplant

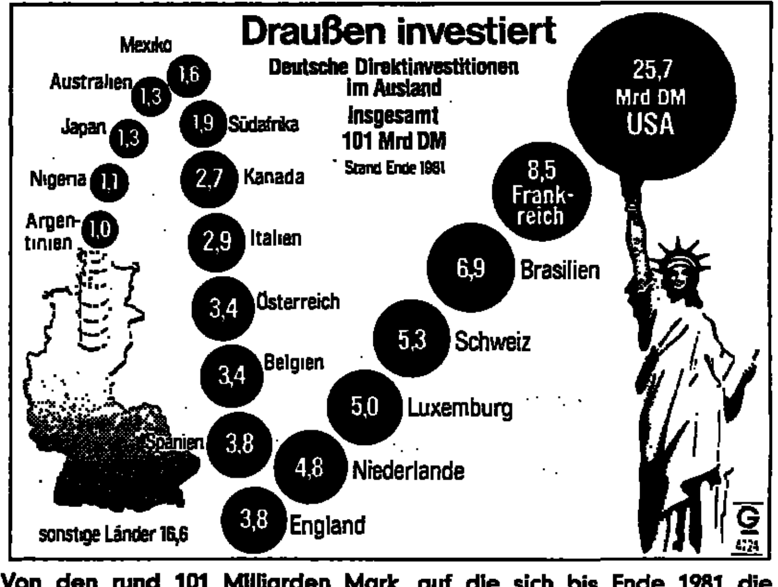
WILHELM HADLER, Brüssel

Als einen Ansatzpunkt für die Entwicklung besserer Beziehungen zwischen der EG und Lateinamerika betrachten Brüsseler Experten das geplante Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit den Staaten des Andenpaktes (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela). Die Verhandlungen darüber sind gestern mit einem Besuch des Junta-„Koordinators", Edgard Moncayo, bei EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp wieder aufgenommen worden.

Ziel der Gespräche ist ein sogenanntes nichtpräferentielles Abkommen, das zwar keine besonderen handelspolitischen Konzessionen der Gemeinschaft enthält, aber den Rahmen für eine umfassende künftige Zusammenarbeit schafft. Einzelfragen sollen nach dem Muster ähnlicher Vereinbarungen mit anderen Staaten von Fall zu Fall von einem „Kooperationsausschuß" gelöst werden. Dabei hat die EG schon jetzt ihre Hilfe bei der wirtschaftlichen Entwicklung und Diversifizierung des Handels in den fünf amerikanischen Ländern festgelegt.

Stein des Anstoßes ist jedoch die von der EG geforderte Meistbegünstigungsklausel im Handel. Sie bedingt, daß die lateinamerikanischen Partner sich zwar untereinander einseitige Handelsvorteile gewähren dürfen – wie die Gemeinschaft strebt die Andenpakt-Organisation eine enge wirtschaftliche Integration an –, nicht aber gegenüber anderen Industrieländern. Wichtig ist diese Forderung deshalb, weil drei der Anden-Mitgliedsstaaten nicht dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) angehören. Die Lateinamerikaner haben diese Forderung bislang abgelehnt, die Gemeinschaft will jedoch auf die Klausel unter keinen Umständen verzichten.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL



Von den rund 101 Milliarden Mark, auf die sich bis Ende 1981 die gesamten deutschen Auslandsinvestitionen beliefen, wurden 77 Milliarden in westlichen Industrieländern angelegt. Nur 18 Milliarden Mark gingen in Entwicklungsländer. Das mit Abstand wichtigste Investitionsland für die deutsche Firmen sind die USA. Alleine dorthin flossen 26 Milliarden Mark, das ist ein Viertel des gesamten Anlagekapitals im Ausland.
QUELLE: GLOBUS

Devisenmärkte: Dollar steigt auf Rekordhöhe

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar hat sich zum Wochenbeginn an den internationalen Devisenmärkten in neue Höhen aufgeschwungen. Nachdem der Dollarkurs bereits im Fernost-Geschäft unter dem Eindruck zunehmender Erwartungen auf steigende US-Zinsen Höchststände gegenüber einer ganzen Reihe wichtiger Währungen erzielt hatte, stieg der amtliche Mittelkurs der US-Devise auf 2,5653 (Freitag 2,5425) Mark. Das ist der höchste Kurs seit Mitte November 1982. Die Deutsche Bundesbank gab nach Angaben von Händlern bei der Kursbildung zur Stärkung der Mark 43,15 Millionen Dollar ab. Deutlich steigend entwickelte sich im Verlauf des Tages auch der Kurs des Pfund Sterling auf 4,065 (3,975) Mark – den höchsten Kurs seit Mitte November letzten Jahres.

Bundesgerichtshof entscheidet

Berlin (dpa/VWD) – Die geplante Beteiligung des Hamburger Verlagshauses Gruner + Jahr am Zeitverlag Gerd Bucerius KG, der die Wochenzeitung „Die Zeit" herausgibt, wird jetzt den Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe beschäftigen. Das Bundeskartellamt hat – wie am Montag auf Anfrage bestätigt wurde – Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Kartellsenats des Berliner Kammergerichts vom 24. November 1982 eingelegt, durch die die Untersagungsverfügung des Amtes aufgehoben worden war. Der Kartellsenat des Kammergerichts hatte in seiner Begründung erklärt, es sei nicht zu erwarten, daß im Falle der Realisierung des Zusammenschlusses marktbeherrschende Stellungen entstehen beziehungsweise vorhandene beherrschende Stellungen verstärkt würden.

Geldbußen erst später

Berlin (Wz.) – Nicht vor Ende August ist mit Bußgeldbescheiden des Bundeskartellamtes gegen rund 100 Bauunternehmen wegen Baupreisabsprachen überall im Bundesgebiet zu rechnen. Wie ein Sprecher des Amtes mitteilte, muß die Behörde in einigen Fällen neue und gewichtige Unterlagen auswerten, die zu „Nachbeschuldigungen" führen können.

Zins-Beruhigung

Hamburg (dpa/VWD) – Beim Abschluß von langfristigen Kreditverträgen, etwa zum Hausbau oder zur Umschuldung, sollte der Kunde ruhig noch eine Zeitlang warten und seine Verhandlungen mit der Bank fortsetzen. Dies erklärte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, in einem Interview des Deutschlandfunks. Angesichts der jüngsten Zinsentwicklung sei kein Grund zur Hektik gegeben, da mit den Konditionen der jüngsten Bundesanleihe vom vergangenen Freitag mit einem Nominalzins von 8,25 Prozent genau die Marktsituation getroffen worden sei und auf diesem Niveau nun eine Beruhigung eintreten werde.

Für Steuer-Vereinfachung

Bonn (AP) – Entgegen den Vorstellungen des Finanzministeriums wollen die deutschen Außenhändler innerhalb der EG die Umsatzsteuer nicht mehr an der Grenze, sondern erst beim Finanzamt am Bestimmungsort der Waren bezahlen. Die Präsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Hans Hartwig, und der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE), Gerd C. Kade, haben in einem Brief an Finanzminister Gerhard Stoltenberg die beschleunigte Verabschiedung eines entsprechenden Richtlinienvorschlages der EG-Kommission gefordert.

Ford baut nicht

Lissabon (dpa) – Der amerikanische Automobil-Konzern Ford hat das Projekt einer großen Montage-Fabrik in Portugal im Umfang von zwei Milliarden Dollar aufgegeben. Wie der europäische Ford-Präsident E. J. Blanche den portugiesischen Behörden mitteilte, reichen die erhofften Absatzchancen in Europa für ein Projekt dieser Größe nicht aus.

Noch keine Belebung

Wien (VWD) – Von einer Konjunkturwende in Österreichs Wirtschaft kann nach Ansicht des Instituts für Wirtschaftsforschung noch nicht gesprochen werden. Zwar habe sich seit Jahresanfang der private Konsum gefestigt, die Nachfrage richte sich aber meist auf langlebige Konsumgüter, die importiert werden müssen. Für die heimische Industrie gebe es bisher kaum Anzeichen einer Besserung. Die Produktion lag im März fünf Prozent niedriger als vor einem Jahr, wobei alle Bereiche von dem Rückgang betroffen wurden. Die Inflationsrate habe mit drei Prozent im April den niedrigsten Stand seit fünf Jahren erreicht, was im wesentlichen mit der Einfuhr billiger Saisonwaren zu begründen sei.

VERSCHULDUNGSKRISE

Brasilien verkaufte für 830 Millionen Dollar Gold

K. S. Bonn

Um die Devisensituation zu verbessern, hat Brasilien im letzten Quartal des vergangenen Jahres zwei Millionen Unzen Gold (eine Unze = 31,1 Gramm) verkauft. Dies geht aus einem IWF-Bericht hervor. Der Wert des Goldes beträgt zum derzeitigen Marktpreis rund 830 Millionen Dollar. Bislang sei aber nur ein geringer Teil an den freien Markt gelangt, erklärte Carlos Langoni, Brasiliens Zentralbankpräsident. Ende 1982 waren Brasiliens Goldreserven auf 150 000 Unzen geschrumpft.

Nach Angaben Langonis wird das Gold auch in den kommenden Jahren eine wichtige Quelle der Devisenbeschaffung darstellen. Für die geplante Kreditaufnahme über 1,5 bis zwei Milliarden Dollar in diesem Monat wird das Gold möglicherweise erneut herhalten müssen. Bislang ist über bevorstehende brasilianische Transaktionen allerdings noch nichts Genaueres bekannt. Vermutlich wird ein kleiner Prozentsatz am freien Markt verkauft, während der überwiegende Teil des Goldes im Tausch gegen Devisen an die Geschäfts- und Zentralbanken geht. Ein Überangebot am Goldmarkt – und damit ein Absinken des Preises – entstünde nur, wenn die im Rahmen der Swap-Geschäfte aufgenommenen Kredite weder zurückgezahlt, noch prolongiert würden.

Daß Länder mit Zahlungsschwierigkeiten zur vorübergehenden Verbesserung der Devisensituation ihre Goldreserven mobilisieren, wird nicht mehr als ungewöhnlich betrachtet. Venezuela hat Gold-Swap-Geschäfte durchgeführt, Chile Teile seiner Goldreserven verpfändet, um einen kurzfristigen Überbrückungskredit über 180 Millionen Dollar abzusichern, und auch Portugal hat bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Gold in Devisen getauscht.

EBM-INDUSTRIE / Abschwung beendet, Aufschwung aber noch in der Ferne

Lange Wunschliste an die Regierung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vom Ausbau der klassischen Exportförderung bis zur wirksameren Abwehr von Dumpingimporten, von besserer Forschungsförderung bis zu milderen Umweltschutzauflagen für Kleinanlagen könnte alles mittelstandsfreundlicher als bisher geregelt werden. So meinen es zum Auftakt ihrer Mitgliederversammlung in Düsseldorf die Wirtschaftsverbände eisen-, blech- und metallverarbeitende Industrie (EBM) und Stahlverformung in einem Katalog von einem Dutzend „wirtschaftspolitischer Anliegen".

Klare Priorität in der Forderungsliste hat für diese Mittelständlerverbände das alte Petitum einer Eigenkapitalstärkung der Unternehmen, vornehmlich durch Wiedereinführung der steuerlichen Sonderbehandlung nicht entnommener Gewinne oder alternativ durch einen Investitionsbonus. Immerhin seien mehr als vier Fünftel der 1982 noch 2535 (2613) EBM-Betriebe Familienunternehmen ohne die Chance unmittelbaren Kapitalmarktzutritts. Auch steuerlich sei da ein „Nachteilsausgleich" gegenüber börsenfähigen Kapitalgesellschaften vordringlich.

Dies um so mehr, als die Konjunkturaussichten in der EBM-Industrie wie auch in der (gleichfalls betont mittelständischen) Stahlverformung bislang noch keineswegs rosig sind. Die seit dem Frühjahr „wieder optimistischeren Erwartungen vieler Unternehmen" eilen bislang den Tatsachen weit voraus. Im ersten Quartal 1983 lagen die realen Umsätze bei EBM noch um 6,5 Prozent und bei Stahlverformung sogar um knapp zehn Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Die Produktionskapazitäten seien derzeit nur zu 76,4 Prozent (EBM) und 70,7 Prozent (Stahlverformung) ausgelastet.

Indes glauben beide Branchen nun, wenigstens das Ende der Talfahrt erreicht zu haben. Die ersten Erholungstendenzen spürt man mit Nachfragebelebung vor allem für die Zulieferungen in Autoindustrie, Wohnungsbau und Möbelindustrie. Doch die Schatten sind bei vielen noch lang. So werde die Werkzeugproduktion selbst bei spürbarem Anstieg der Binnenkonjunktur 1983 kaum über eine Stagnation hinauskommen, weil die Konkurrenz zumal aus Fernost-Billiglohnländern stark auch auf den Heimatmarkt drücke.

Resümee dieser Konjunkturlage zwischen Abschwung und Aufschwung: Auch mit Wiederanstieg ab zweitem Quartal werde die EBM-Industrie 1983 bestenfalls ihren nominalen Vorjahresumsatz von 37,8 Milliarden Mark halten können, der ohnehin bei 4,2 Prozent Produktionsminus nur durch Preiserhöhungen um 0,7 Prozent über dem 1981er Niveau lag. Nochmals drei Prozent Produktionsrückgang seien für 1983 auch in der Stahlverformung zu erwarten. Vorerst wird denn auch mit weiterem Rückgang der in den letzten zwölf Monaten um sieben Prozent auf 388 000 gesunkenen Beschäftigtenzahl gerechnet.

GROSSBRITANNIEN / Skeptische Prognosen

Arbeitslosigkeit bleibt hoch

WILHELM FURLER, London

Der erwartete Sieg der regierenden konservativen Partei Großbritanniens in den am Donnerstag stattfindenden Unterhauswahlen dürfte der britischen Wirtschaft in den kommenden drei bis vier Jahren kaum zu einem verstärkten konjunkturellen Aufschwung verhelfen. Davon gehen jedenfalls sowohl die eher regierungsfreundliche London Business School als auch das angesehene Londoner Brokerhaus Phillips & Drew in ihren jetzt unabhängig voneinander veröffentlichten Prognosen aus.

In beiden Studien wird damit gerechnet, daß nach einem Tory-Wahlsieg die Arbeitslosigkeit in diesem und im kommenden Jahr praktisch unverändert bei 3,2 Millionen oder knapp 13,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung verharren würde. Der London Business School zufolge würde die erfolgreiche Durchführung des Wahlprogramms der Konservativen die Arbeitslosigkeit bis 1986 nur um 200 000 reduzieren.

Im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum sind die Prognosen beider Institute ebenfalls eher vorsichtig. Während die London Business School für 1984 mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent rechnet, sagt das Brokerhaus sogar nur ein Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent voraus. *Im Durchschnitt der nächsten* drei bis vier Jahre wird der Prognose der London Business School zufolge die Wachstumsrate bei 2,4 Prozent liegen.

Recht unterschiedlich fallen die beiden Prognosen lediglich in der Inflationsbeurteilung aus. Während die London Business School davon ausgeht, daß die Verwirklichung des Tory-Wahlprogramms die Inflationsrate von 5,2 Prozent, die für Ende dieses Jahres erwartet werden, auf 4,4 im kommenden Jahr drücken dürfte, rechnet Phillips & Drew für 1984 mit einer Preissteigerungsrate von zwischen sieben und 7.5 Prozent.

ITALIEN / Einziges EG-Land mit einer Netto-Einfuhr bei Flachstählen

Rom besteht auf Erhöhung der Quoten

GÜNTER DEPAS, Genua

Das staatliche italienische Hütten- und Stahlunternehmen Nuova Italsider S. P. A. in Genua besteht gegenüber der EG-Kommission auf einer Erhöhung seiner Flachstahlquote um rund eine Million Tonnen. Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß Italien unter allen EG-Stahlländern das einzige mit einer Netto-Einfuhr von Flachstählen ist.

Im Jahre 1982 war der italienische Markt am EG-Flachstahlverbrauch mit 23 Prozent beteiligt. Das Verhältnis zwischen Produktion und Konsum von Walzerzeugnissen belief sich in Italien im Jahre 1982 auf 104 zu 100 Kilo, bei Flachstählen auf 94 zu 100. Bei den übrigen EG-Stahlländern betrug dieses Verhältnis dagegen 119 zu 100, bei Flachstählen sogar 126 zu 100.

Die Firma Nuova Italsider ist der größte italienische Flachstahlhersteller mit etwas weniger als neun Millionen Tonnen Ausstoß im Jahre 1982. Insgesamt ist die italienische Stahlindustrie an der EG-Flachstahlproduktion mit 17 Prozent beteiligt. Davon entfallen allein 15 Prozent auf Nuova Italsider. Die Pläne des italienischen Staatskonzerns sind darauf gerichtet, diesen Anteil auf 16.4 Prozent zu steigern.

Dank aggressiveren Marketings gelang es Nuova Italsider, die gesamten italienischen Flachstahlimporte im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr zu vermindern und die Exporte zu erhöhen, während der Anteil des Unternehmens am Inlandsmarkt von 55 auf 61 Prozent zunahm. Infolge dieser Entwicklung war Italien das einzige Flachstahlimportland der Gemeinschaft, das seine Außenhandelspositionen im vergangenen Jahr nicht verschlechterte.

Trotzdem wird das Resultat von italienischen Stahlexperten als noch nicht befriedigend angesehen. Während Italien im Durchschnitt der letzten drei Jahre rund 23 Prozent seiner Flachstahlproduktion exportierte, belief sich dieser Anteil bei den anderen EG-Ländern auf über 50 Prozent. Das italienische Außenhandelsdefizit von Flachstählen betrug im Jahre 1982 rund eine Million Tonnen gegenüber einem Überschuß der Bundesrepublik Deutschland von drei Millionen Tonnen und Frankreich von 0,4 Millionen Tonnen.

Die italienische Rohstahlerzeugung ist im vorigen Jahr gegenüber dem Vorjahr von 24,9 auf 24,1 Millionen Tonnen gesunken, nachdem 1980 mit 26,6 Millionen Tonnen der Rekordstand in der Geschichte der Branche erreicht wurde. An diesem Ergebnis war Nuova Italsider mit 10,1 Milliarden Tonnen (42 Prozent der Gesamtproduktion) beteiligt, 6,2 Prozent weniger als im Jahr vorher.

Die italienischen Stahlexporte (in Coil-Gewicht) verminderten sich 1982 gegenüber dem Vorjahr von 10,92 auf nicht ganz 9.37 Millionen Tonnen, während die Importe von 6,05 auf 6,16 Millionen Tonnen zunahmen. Damit ging der Ausfuhrüberschuß von rund 4,9 auf rund 3,2 Millionen Tonnen zurück, war aber noch immer wesentlich höher als in den Jahren 1979/80, in denen er im Jahresdurchschnitt nur eine Million Tonnen betrug.

MEXIKO / Handelsbilanz verbessert

Devisen bleiben knapp

rtr, Mexiko-Stadt

Mexiko hat offenbar seine Position im Außenhandel unter dem Eindruck seiner angespannten Finanzlage erheblich verbessert. Wie das Planungs- und Haushaltsministerium letzte Woche mitteilte, wurde in den ersten vier Monaten des Jahres ein Überschuß in der Handelsbilanz von 4,38 Milliarden Dollar erzielt, nach einem Defizit von 1,74 Milliarden Dollar im selben Vorjahreszeitraum. Von seiten der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) hieß es, das Land strebe eine Senkung des Haushaltsdefizits im laufenden Jahr auf 8,5 Prozent seines Bruttosozialprodukts nach 18 Prozent im Vorjahr und 14,5 Prozent 1981 an. Für die deutlich verbesserte Handelsbilanz waren von Januar bis April dieses Jahres insbesondere die stark gesunkenen Importe verantwortlich, die auf 2,25 Milliarden Dollar (nach 6,82 Milliarden) zurückfielen. Dagegen erhöhten sich die Exporte auf 6,63 Milliarden Dollar nach 5,74 Milliarden Dollar 1982.

Insbesondere der private Sektor leidet nach Angaben des Ministeriums momentan unter der Devisenknappheit. Die privaten Einfuhren seien in den ersten vier Monaten um 80 Prozent auf 855 Millionen Dollar nach 4,34 Milliarden Dollar in der entsprechenden Vorjahresperiode zurückgegangen.

Der für Mexiko und die Dominikanische Republik zuständige Direktor der IDB, Luis Orci, erklärte vor der US-mexikanischen Handelskammer, der mittelamerikanische Staat wolle seinen Fehlbetrag im Außenhandel für das gesamte Jahr 1983 auf zwei bis drei Milliarden Dollar zurückschrauben. Außerdem solle das private Sparen im Land gefördert, die Handelsschranken abgebaut sowie die Exporte an Nicht-Ölprodukten und Dienstleistungen erhöht werden.

Bis 1988, dem Ende der Amtsperiode von Staatspräsident Miguel de la Madrid, wolle die Regierung „nicht weniger als 50 Prozent des gesamten Investitionsvolumens aus eigenen Mitteln finanzieren".

Für die nächsten fünf Jahre strebt das Land über die staatliche Ölgesellschaft PEMEX Ölexporte von 1,5 Millionen Barrel pro Tag an. Dies sei in dem Fünfjahresplan der Regierung vorgesehen.

BELGIEN / Chemie-Industrie erzielt Exporterfolge

Wieder in der Gewinnzone

WILHELM HADLER, Brüssel

Belgiens Chemie-Industrie hat verlorenes Terrain zurückgewonnen: Nach empfindlichen Rückschlägen konnte sie 1982 als eine der ersten Branchen die Früchte der Stabilisierungspolitik der Regierung Martens ernten und – im Gegensatz zu großen Teilen ihrer europäischen Konkurrenz – wieder recht deutliche Exporterfolge erzielen.

Wie aus dem Jahresbericht der Fédération des Industries Chemiques de Belgique hervorgeht, führten die Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Unternehmen und zur Begrenzung der Lohnkosten, besonders aber die Abwertung des belgischen Franc zu einer beträchtlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit belgischer Erzeugnisse. Dadurch wurde es möglich, traditionelle Exportmärkte zurückzuerobern und in einer Reihe von Bereichen neu Fuß zu fassen.

Die Chemie-Exporte der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion (BLU) erhöhten sich nach Angaben des Verbandes im vergangenen Jahr wertmäßig um 18,3 Prozent auf 415,6 Milliarden Franc (rund 21 Milliarden Mark). Dabei lag die Zunahme der Lieferungen in andere EG-Länder mit 19,6 Prozent leicht über dem der Ausfuhren in Staaten außerhalb der Gemeinschaft.

Einem Wachstum der Ausfuhren von Produkten der Parachemie um 30 Prozent standen Rückgänge bei der Grundstoffchemie um 8,5 Prozent gegenüber. Zum ersten Mal seit sieben Jahren erzielten die belgischen Unternehmen nach einer Verbandsumfrage wieder Gewinne. Die durchschnittliche Rentabilität von 9,24 Prozent lag jedoch 1982 noch immer unter dem Zinsertrag für langfristige Anleihen.

FRANKREICH / Automobilindustrie zuversichtlich

Mehr „Ausländer" verkauft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie produziert seit Anfang dieses Jahres wesentlich mehr Personenwagen, als sie absetzen kann. Bis April wurde dabei die Millionen-Marke um 75 000 Einheiten überschritten, was gegenüber den ersten vier Monaten des letzten Jahres eine Steigerung von 10,5 Prozent bedeutete. Allein im Jahresvergleich April ergaben sich plus 12,7 Prozent.

Demgegenüber konnten die französischen Pkw-Exporte um 2,6 beziehungsweise 6,1 Prozent erhöht werden, was der Branchenverband in seinem letzten Monatsbulletin als befriedigendes Ergebnis bezeichnet. Die Einführung der neuen französischen Pkw-Modelle auf den wichtigsten europäischen Märkten würde den Exportzuwachs in den nächsten Monaten noch vergrößern. Vor allem deshalb sei auf Vorrat produziert worden. Dagegen blieb der Inlandsabsatz weiterhin ziemlich schwach.

Die Neuzulassungen an in- und ausländischen Personenwagen lagen zwar gegenüber April 1982 um 3,4 Prozent höher. Im Jahresvergleich der ersten vier Monate waren es aber 2,5 Prozent weniger. Immerhin wurde damit das Vorkrisenniveau schon fast wieder erreicht. Für April liegen zum Inlandsabsatz der französischen Wagen noch keine Angaben vor.

Im ersten Quartal 1983 war dieser Absatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 13 Prozent zurückgegangen, wobei der staatliche Renault-Konzern Verluste von 19,5 Prozent und der private Peugeot-Talbot-Konzern von 6,5 Prozent verbuchte. Dagegen konnten die ausländischen Autofirmen ihren Frankreich-Absatz um 18,3 Prozent steigern. Dadurch erhöhte sich ihr Marktanteil auf 33,21 (26,82) Prozent.

Die größten Verkaufserfolge erzielte die Ford-Gruppe, die an allen Neuzulassungen des Quartals mit 7,79 (5,64) Prozent beteiligt war. Die VW-Gruppe wurde von Ford auf den zweiten Platz verdrängt. Sie konnte ihren Marktanteil aber wieder auf 6,31 (5,73) Prozent verbessern, nachdem sie im Anschluß an den Golf-Boom einen Rückschlag in Kauf nehmen mußte. Etwas zurückgegangen war der Marktanteil von Fiat auf 4,21 (4,48) Prozent, während es die General-Motors-Gruppe auf 4,09 (2,17) Prozent brachte.

Verbesserte Liquiditätslage

fu, London

Die Liquiditätslage der britischen Unternehmen hat sich im ersten Quartal dieses Jahres erheblich verbessert. Das jedenfalls geht aus einer Befragung hervor, die das Industrieministerium in London bei rund 200 führenden britischen Unternehmen vorgenommen hat. Nach Angaben des Ministeriums ist die Liquiditätslage inzwischen so gut wie seit Mitte 1979, also kurz vor dem Beginn der schweren Rezession, nicht mehr.

Am stärksten hat sich die Liquiditätslage in der verarbeitenden Industrie verbessert, die von der Rezession am schwersten betroffen war. Das Umlaufvermögen als Prozentsatz der laufenden Verbindlichkeiten hat sich im Durchschnitt der befragten 200 Unternehmen von nur 81 Prozent im letzten Quartal des vergangenen Jahres auf 101 im ersten Quartal dieses Jahres verbessert.

Die Verbesserung der Liquiditätslage dürfte vor allem auf einen Anstieg der Erträge im ersten Quartal dieses Jahres bei einer anhaltend starken Verbrauchernachfrage zurückzuführen sein. Möglicherweise wird sich das Bild in absehbarer Zeit weiter verbessern, wenn nämlich, wie einige Broker inzwischen voraussagen, das Zinsniveau weiter gesenkt werden sollte. Gegenwärtig liegt der Basis-Ausleihesatz in Großbritannien bei 10 Prozent. Angesichts des in den letzten Wochen gestiegenen Pfund-Kurses sei eine Herabsetzung des Zinssatzes um ein bis 1,5 Prozent vertretbar.

Volkswagen steigert Exporte in die USA

rtr, Wolfsburg

Der Volkswagen-Konzern hat seine Exporte in die USA in den ersten vier Monaten um rund 26 Prozent auf 21 900 Fahrzeuge erhöht. Wie ein Sprecher des Unternehmens gestern mitteilte, ergab sich auch im Nutzfahrzeugbereich ein Exportplus von rund 19 Prozent auf 4700 Fahrzeuge. Allerdings habe es bei Audi-Modellen durch das Auslaufen des alten Audi 100 ein Minus von 15 Prozent auf 12 600 Fahrzeuge gegeben. Insgesamt ergebe sich so nur ein Exportanstieg um 8,3 Prozent.

Der Absatz der von VW in den USA produzierten Fahrzeuge, bei denen der GTI jetzt einen Anteil von 40 Prozent erreicht habe, sei um weitere 30 Prozent auf 26 000 Stück zurückgegangen. Insgesamt seien damit in den USA 65 400 Fahrzeuge ausgeliefert worden, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 11 Prozent entspreche.

Nach weiteren Angaben des Sprechers liegen die Auslieferungen von Fahrzeugen des VW-Konzerns weltweit in den ersten fünf Monaten des Jahres 1983 leicht über den Vorjahreszahlen von 950 000 Stück, so daß der Konzern jetzt nahe an der Millionen-Grenze liege. Dabei habe der Lagerbestand im Konzern in den fünf Monaten um 20 000 Fahrzeuge abgebaut werden können, gegenüber dem Vergleichszeitpunkt Ende Mai 1982 sogar um 100 000 Fahrzeuge. Auch im Inland habe VW mit 330 000 Wagen etwas mehr als im vergangenen Jahr ausgeliefert.

Umsatzrekord an Bayerischer Börse

DANKWARD SEITZ, München

Auch wenn es nicht einfach sei, bei der Harmonisierung des Börsenwesens in der Europäischen Gemeinschaft Lösungen zu finden, die sowohl den Informationsbedürfnissen der Anleger als auch den Emittenten-Interessen entgegenkommen, sollten sich alle in der EG dafür Verantwortlichen von der Maxime leiten lassen, „Barrieren für den Zugang zum Kapitalmarkt abzubauen, anstatt neue zu errichten". Diese Forderung erhebt Hans Günther Schönmann, Vorsitzender der Zulassungsstelle der Bayerischen Börse, im Jahresbericht 1982.

An der Bayerischen Börse wurden 1982 im amtlichen Handel und im geregelten Freiverkehr 4134 Werte notiert, das sind 119 mehr als im Vorjahr. Die zunehmende Bedeutung und das kräftige Wachstum des Börsenplatzes München dokumentieren die Umsatzrekordzahlen. Der Gesamtumsatz stieg gegenüber 1981 um 34,2 Prozent auf 9,07 Mrd. DM, davon 5,6 Mrd. DM (plus 18,3 Prozent) bei Aktien und 3,5 Mrd. DM (plus 72 Prozent) bei Rentenwerten. Zu einem zentralen Umschlagplatz besonders für ausländische Edelmetall- und Rohstoffwerte hat sich der Münchner Telefonverkehr entwickelt.

Eine erhebliche Umsatzausweitung um 142,4 Prozent erzielte die Münchner Börse im ersten Quartal 1983. Insgesamt wurden am Aktien- und Rentenmarkt 4,71 Mrd. DM umgesetzt. Auf den Aktienhandel entfielen davon 3,27 Mrd. DM (plus 162,8) und den Rentenhandel 1,44 Mrd. DM (plus 107,05 Prozent).

Ölverbrauch weiter zurückgegangen

J. Sch. Paris

Der Mineralölverbrauch der 24 OECD-Staaten hat sich 1982 gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent auf 1411 Millionen Tonnen vermindert, teilt die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris mit. Dabei zeigte sich im Jahresvergleich des vierten Quartals ein Verbrauchsrückgang von 8,4 Prozent, obwohl in dieser Zeit die Ölpreise nachgegeben hatten. Als wichtigste Gründe des beschleunigten Verbrauchsrückgangs nenne die IEA das schwache Wirtschaftswachstum, die größer gewordene Effizienz des Energieverbrauchs und den verstärkten Rückgriff auf alternative Energieträger. Noch mehr als der Ölverbrauch schrumpften die Ölimporte. Im gesamten letzten Jahr erreichten sie nur noch 876 Millionen Tonnen und unterschritten damit die von 1981 um 11,5 Prozent. Die Rohölproduktion der OECD-Zone stieg 1982 auf 722 (701) Millionen Tonnen, während die Ölvorräte der Zone von Ende 1981 auf Ende 1982 um 19 auf 441 Millionen Tonnen zurückgebracht wurden. Weniger stark als der Ölverbrauch schrumpfte der Naturgasverbrauch mit 3,7 Prozent auf 745 Milliarden Kubikmeter.

VOLVO / Beteiligung an Saga Petroleum angestrebt

Neuer Versuch in Norwegen

REINER GATERMANN, Oslo

Der schwedische Mischkonzern Volvo (Kraftfahrzeuge, Motoren, Lebensmittel, Energie) versucht erneut, in der norwegischen Erdölindustrie Fuß zu fassen. Er beabsichtigt, sich mit 20 Prozent an der norwegischen Erdölgesellschaft Saga Petroleum zu beteiligen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Der Zutritt der Schweden ist allerdings nur möglich, wenn die Gesellschaftssatzung von Saga geändert wird. Sie schreibt bisher vor, daß nur Norweger Aktien besitzen dürfen. Zum anderen wird vermutlich auch das norwegische Parlament zu dieser Sache Stellung nehmen müssen.

Saga Petroleum steht vor einem immensen Investitionsprogramm, verfügt derzeit allerdings nur über größere Einnahmen aus einer 1,6-Prozent-Beteiligung am Statfjord-Feld. Die Banken verweigerten unlängst angesichts der schwachen Eigenkapitaldecke – das Grundkapital beläuft sich auf umgerechnet 147 Mill. DM – einen Kredit über rund 2,3 Mrd. DM. Voraussetzung dafür sei ein Aufstocken des Aktienkapitals auf über 700 Mill. DM.

Unklar bleibt ferner, ob Saga damit die Verhandlungen mit der vierten norwegischen Erdölgesellschaft Norexplor, die bisher im Ausland tätig ist, künftig aber auch auf dem norwegischen Sockel Konzessionen erhalten soll, endgültig abgebrochen hat. Für ein Zusammengehen hat sich unter anderen Erdöl- und Energieminister Widkunn Hveding eingesetzt. Zur Lösung des Finanzierungsproblems wurde auch in Erwägung gezogen, die Beteiligung am britischen Brae-Feld aufzugeben oder Anteile an noch nicht in der Produktion befindliche Vorkommen gegen solche, die bereits ausgebeutet werden, einzutauschen.

Für Volvo ist dies bereits der dritte Versuch, nach Norwegen vorzudringen. Der erste scheiterte vor ein paar Jahren, als die 40-Prozent-Beteiligung Norwegens an Volvo nicht zustande kam. Eine Konzession auf der Haltenbank verkaufte der Konzern nach den ersten negativen Versuchsbohrungen.

DEBEKA KRANKENVERSICHERUNG / Verwaltungskosten unter zwei Prozent

Leistungen nochmals verbessert

HARALD POSNY, Koblenz

Schon der Abschluß 1981 der Koblenzer Debeka Krankenversicherung VVaG erzielte (gewolltes) Aufsehen. Der zumindest für diese Sparte nur dem öffentlichen Dienst zugängliche Versicherer hatte in jenem Jahr mit einer Leistungsquote von 101,5 Prozent nachweislich direkt und indirekt mehr an seine Versicherten geleistet, als sie über Beiträge aufgebracht hatten. Dieses „Kunststück" wurde 1982 mit einer Quote von 101,4 Prozent sogar noch übertroffen.

Zwar kamen dem Unternehmen, so Vorstandsvorsitzender Peter Greisler, dank einsichtiger Mitglieder geringer als die Beiträge gestiegene Aufwendungen für Versicherungsfälle entgegen. Doch dies war es nicht allein. Weitaus stärker als im Vorjahr erhöhten sich die Erträge aus Kapitalanlagen, die mit 5 (4) Zehntel den Löwenanteil bei den Ergebnisquellen ausmachten, weitere 4 (4) Zehntel stammen aus den nicht in Anspruch genommenen, in die Kapitalanlagen fließenden, Sicherheitszuschlägen junger Versicherter. Das letzte Zehntel gaben die Verwaltungskosten her, die – ein weiterer Debeka-Rekord – erstmals und wohl einmalig in der Versicherungswirtschaft nicht nur absolut, sondern auch unter die Zwei-Prozent-Marke der Beiträge fielen.

Die Abschlußkosten stiegen absolut gesehen zwar leicht, doch gingen die Provisionsleistungen nach interner Umstellung zurück, was aber nicht etwa Einkommenseinbußen beim Außendienst gleichkommt. Im Gegenteil: Er trug erheblich zum Beitragsplus bei, wenn auch ein Drittel davon auf auch hier unumgängliche Beitragsanpassungen zurückgeht.

Sparsame Verwaltung, unverändert hohe Beitragsrückerstattung (ein Drittel des Jahresbeitrages bereits nach einem Jahr Leistungsfreiheit) sind gute Argumente für den Außendienst. Der Neuzugang blieb nicht aus: Die Debeka weitete ihren Bestand netto um 39 500 Versicherte aus, das sind fast 52 Prozent des Branchenzuwachses in Krankheitskosten-Vollversicherungen unter 40 Mitbewerbern.

Auf der anderen Seite hatte sich die Debeka auch mit reduzierten Einstellungen im öffentlichen Dienst, also weniger neuen Kunden, abzufinden. Der Bruttoüberschuß von 156 (64) Mill. DM ging zu 96,2 (95,3) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, der Rest in die Rücklagen. Für 1983 wird ein Prämienvolumen von 1,45 Mrd. DM erwartet.

Die Tochter Debeka Allgemeine, die (bisher) nur das Unfallgeschäft betreibt, schloß das 1. Geschäftsjahr ohne Verluste. Hier werden für 1983 rund 3 (0,9) Mill. DM Prämie (20 000 nach 12 000 Verträgen) erwartet.

Debeka Kranken	1982	+/-%
Beiträge (Mill. DM)	1330	+ 13,1
Aufw. f. Vers.-Fälle	990	+ 6,4
Versich.-Leistung[1]	1261	+ 14,6
Aufwendungen für Beitr.-Rückerst.	151	+145,3
Rückstellungen f. Beitr.-Rückerst.	234	+ 50,4
Kapitalanlagen[2]	1072	+ 14,1
Kapitalerträge[3]	129	+ 14,8

in % d. Beiträge	1982	1981	1980
Schadenquote[4]	79,9	85,0	84,9
Leistungsquote[5]	101,4	100,5	98,7
Kostenquote[6]	1,97	2,23	2,25
Überschußquote[7]	12,6	5,9	4,0

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 8,2 (8,0) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.-Fälle u. erfolgsunabh. Beitr.-Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw.-Kosten; [7] Bruttoüberschuß.

DIDIER / Trotz Umsatzrückgang gut verdient

Kapazitäten weiter angepaßt

JOACHIM WEBER, **Wiesbaden**

Vorausgesetzt, daß sich eine moderate Belebung auf den Märkten tatsächlich durchsetzt, rechnet der Feuerfest-Spezialist Didier-Werke AG, Wiesbaden, auch für 1983 wieder mit einem „angemessenen" Ergebnis. Bei weiterem leichten Rückgang der Tonnage werde man den Umsatz etwa halten können, meint Vorstandsvorsitzender Martin Bieneck.

Daß der Zulieferer der Stahlindustrie (gut 50 Prozent vom Umsatz), der Glas- (12 bis 15 Prozent) und der Zementindustrie (3 bis 4 Prozent) seine Kapazitätsauslastung in den ersten Monaten 1983 auf 77 Prozent verbessern konnte, lag – wie schon die Steigerung auf 70 (68) Prozent im vergangenen Jahr – vor allem an der erneuten Rücknahme der Standard-Produkt-Kapazitäten.

Damit hat Didier den auch vom Markt vorgegebenen Umstrukturierungsprozeß hin zu einem immer größeren Anteil von Hochwerterzeugnissen auch in diesem Jahr bereits fortgesetzt. Mit Rekordinvestitionen von 57 Mill. DM, davon rund 37 Mill. DM in Sachanlagen, wurde diese Entwicklung 1982 besonders energisch vorangetrieben. Ein Langfrist-Vergleich illustriert den Effekt: 1982 wurde nur noch die Hälfte der Feuerfest-Tonnage des Jahres 1970 produziert, der Wert ist aber gleichzeitig um 50 Prozent gestiegen.

Dank der forcierten Anpassung hat die 5940 Mitarbeiter beschäftigende Gruppe es auch ohne große Blessuren überstanden, daß die Probleme der Abnehmerindustrien den Umsatz der AG um 6 Prozent auf 679 (722) Mill. DM und den Weltumsatz um fast 10 Prozent auf 931 (1029) Mill. DM zurückgehen ließen. Speziell die nordamerikanischen Werke – in Kanada und den USA – konnten sich der Rezession nicht entziehen. Inzwischen gibt es aber auch hier Belebungssignale. Insgesamt haben die Auslandsmärkte einen Anteil von 70 Prozent an Didiers Feuerfest-Geschäft.

Trotz der Umsatzeinbußen zeigen die Ertragsziffern beachtliche Stabilität. Der Jahresüberschuß wurde mit 12 (12,5) Mill. DM nahezu gehalten. Wie „echt" dieser Ausweis ist, läßt sich sowohl am DVFA-Ergebnis je Aktie von 10,78 (11,08) DM als auch am Cash-flow von 45,7 (44,2) Mill. DM ablesen, in denen die außerordentlichen Einflüsse eliminiert sind.

Tatsächlich wurden außerordentliche Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen überwiegend in Pensionsrückstellungen (17 Mill. DM) und Sonderabschreibungen „wiederangelegt". So wird den Aktionären in der Hauptversammlung am 15. Juli eine unveränderte Dividende von 5,50 DM je 50-DM-Aktie angeboten.

SCHWARZKOPF / Friseurgeschäft hat sich wieder belebt – Verluste bringt nur der spanische Markt

An der Körperpflege wird trotz Krise nicht gespart

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Hans Schwarzkopf GmbH, Hamburg, die zu den führenden Anbietern am Markt für Körper- und Haarpflegemittel zählt, ist im Berichtsjahr 1982 weiter gewachsen. Im Inland steigerte die weltweit tätige Gruppe den Umsatz um sieben Prozent auf 493 Mill. DM und im Ausland um knapp drei Prozent auf 299 Mill. DM. Schließt man den Umsatz der Lizenznehmer mit ein, sind im vergangenen Jahr insgesamt für 1,1 Mrd. DM Schwarzkopf-Produkte verkauft worden.

Das Wachstum im Inland betrug real zwei Prozent. Insgesamt, so betonten die Geschäftsführer Hans Peter Schwarzkopf (Sprecher), Karl Josef Ballhaus und Hans Heinrich Meyer-Seebeck, sei die Entwicklung befriedigend gewesen, allerdings mit Unterschieden in den Sparten. Im Publikumsbereich habe Schwarzkopf die zum Teil überragenden Positionen noch ausgebaut. Am Körper- und Haarpflegemarkt, der zusammen etwa ein Volumen von 5,5 Mrd. DM repräsentiert, ist Schwarzkopf bei Haarspray mit der Marke „Taft" (über 35 Prozent Marktanteile), bei Shampoo mit „Schauma" (über 30 Prozent), bei Deodorantien mit „Bac" (rund 18 Prozent) und bei Haarwasser mit „Seborin" (über 25 Prozent) Marktführer. Am Markt für Universalcreme behauptet „Kaloderma" mit etwa zehn Prozent Platz zwei. Weiter vorangekommen sind nach Aussage von Schwarzkopf auch die höherpreisigen Produkte der Olivin-Division, aus der 1982 der Vertrieb von Bac ausgegliedert worden ist.

Schwierigkeiten hatte Schwarzkopf dagegen im Friseurgeschäft. Angesichts sinkender Realeinkommen seien die Friseurbesuche eingeschränkt worden, hätten die Betriebe, so Ballhaus, weitgehend von ihren Beständen gelebt und somit auch in starkem Maße den Umsatz von Schwarzkopf beeinträchtigt. Rückgänge mußte die Firma ferner im Institutsgeschäft hinnehmen. Unter den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen litt der Absatz von balneologischen Artikeln aus der Pino-Division.

Aufgrund der unterschiedlichen Spartenentwicklung ist der Anteil der Haar- (52 nach 50 Prozent) und der Körperpflegemittel (32 nach 30,5 Prozent) am Gesamtumsatz auf gut 84 Prozent gestiegen. Das Friseurgeschäft steuerte dagegen nur noch 12,5 (15,1 Prozent), die Pino-Gruppe 3,5 Prozent zum Umsatz bei. Die Veränderungen des Umsatzmixes hat gleichzeitig Spuren im Ergebnis hinterlassen. Infolge des abgeschwächten Friseur- und Institutsgeschäfts, das mit besseren Margen arbeitet, hat sich nach Angaben von Meyer-Seebeck das Betriebsergebnis verschlechtert.

Der Rückgang dürfte etwa dem des Brutto-Cash-Flows entsprechen, den Meyer-Seebeck mit 22,2 nach 26,0 Mill. DM angibt (minus 15 Prozent). Im Jahresüberschuß ist der Ertragsrückgang nicht erkennbar. In dem Überschuß von 6 (2) Mill. DM sind 4 Mill. DM Erträge aus Zuschreibungen im Beteiligungsvermögen enthalten, die der freien Rücklage zugeführt werden. Der unveränderte Bilanzgewinn von 2 Mill. DM wird in Form von fünf Prozent Dividende ausgeschüttet. Das Stammkapital von 40 Mill. DM hält die Hoechst AG mit 48,85 Prozent und die Familie Schwarzkopf zu 51,15 Prozent.

Zur Ertragsentwicklung bei den zwölf ausländischen Tochtergesellschaften erklärt Meyer-Seebeck, daß in einigen Märkten gut verdient werde, andere etwas mühsam seien. Verlust bringt aber nur das Spaniengeschäft.

In diesem Jahr erwartet Schwarzkopf ein weltweites Wachstum von rund 7,5 Prozent, wobei das Plus im Inland sechs Prozent und im Ausland neun Prozent betragen soll. Bis Ende Mai ist das Geschäft auf dem deutschen Markt nominal um vier und real um drei Prozent ausgeweitet worden. Die Ertragslage hat sich stabilisiert. Schwarzkopf profitiert davon, daß das Friseurgeschäft deutlich angezogen hat. In diesem Bereich betrug der Zuwachs bislang 18 Prozent.

Die längerfristigen Aussichten werden bei Schwarzkopf positiv eingeschätzt. Vor allem bei Hautpflegemitteln, auf die sich die Forschung und Entwicklung bei Schwarzkopf konzentriert, gebe es noch Reserven, betont Ballhaus.

WÜSTENROT LEBEN

Bruttoüberschuß stark gestiegen

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Die Wüstenrot Lebensversicherungs-AG, Ludwigsburg, bekam im Geschäftsjahr 1982, dem dreizehnten Jahr ihres Bestehens, die Schattenseiten der Branchenentwicklung zu spüren, bestach aber andererseits durch die Qualität ihres Geschäfts. Erstmals sind bei diesem Institut zum Jahresende 1982 mehr als 1 Mill. Risiken über eine Versicherungssumme von 15,7 Mrd. DM versichert, womit das Unternehmen unter den 20 größten deutschen Lebensversicherern rangiert.

Bei der Wüstenrot Leben, deren Geschäft zu 80 Prozent auf dem Sektor der Bausparrisikoversicherung stattfindet, ging das Neugeschäft im Berichtsjahr der Stückzahl nach um 16 Prozent auf 101 556 Verträge mit einer Versicherungssumme von 2,21 Mrd. DM (minus 18 Prozent) zurück, worin sich das schlechtere Bausparklima widerspiegelt. In der Großlebens-Einzelkapitalversicherung lag der Rückgang im Neugeschäft summenmäßig lediglich bei 2 Prozent. Branchenkonform vergrößerte sich die Stornoquote im Einzelgeschäft auf 5,4 (4,6) Prozent, im Gesamtgeschäft belief sie sich nur auf 1,5 (1,4) Prozent.

Erhöht haben sich die Beitragseinnahmen um 8,6 Prozent auf 233 Mill. DM. Aufgrund um 32 Prozent gestiegener Kapitalerträge verbesserte sich die Nettoverzinsung auf den Spitzenwert von 8,05 (7,64) Prozent. Es wurde ein Bruttoüberschuß von 90 Mill. DM (plus 28,5 Prozent) erwirtschaftet, aus dem 87,5 Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Das Institut sieht sich in der günstigen Lage, in der kapitalbildenden Großlebensversicherung den Zinsbonussatz auf 4 (3,5) Prozent anzuheben und in der Bauspargruppen-Risikoversicherung den Schlußüberschuß-Anteilssatz auf 35 (30) Prozent zu erhöhen.

BREMER SCHWESTERN / Letztmals zwei Berichte

Gute Basis durch Fusion

W. WESSENDORF, **Bremen**

Die Bremer Landesbank und die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen (SKA) legen zum letzten Mal zwei Geschäftsberichte vor. Die seit 45 Jahren in Personal- und Verwaltungsgemeinschaft verbundenen „Bremer Schwestern" haben mit Wirkung vom 26. April 1983 zur Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – fusioniert.

„Wir haben ein anständiges Jahr 1982 geschafft und können uns im Vergleich sehen lassen", erklärten die Vorstände. Allerdings gäben die Bedingungen und das Umfeld keinen Grund zur Euphorie. Jedoch würde die Fusion erlauben, weiterhin gut dazustehen. Das Geschäftsvolumen sei im ersten Quartal 1983 ansehnlich gewachsen, und die Ertragslage habe sich erfreulich entwickelt. Die Zinsspanne, die im vergangenen Jahr bei 1,3 Prozent lag, fiel allerdings für kurzfristige Kredite wieder knapp unter 1 Prozent.

Als befriedigend wird die Ertragslage der beiden Institute im Geschäftsjahr 1982 bezeichnet. Bei einem konsolidierten Bilanzvolumen von 21,2 (19,3) Mrd. DM wurde das ordentliche Betriebsergebnis „nennenswert" auf einschließlich Effektenhandel 125 (84,5) Mill. DM erhöht. Die Jahresüberschüsse stehen mit 21,5 (23,9) Mill. DM zu Buche. Das ermöglicht wieder eine Ausschüttung von 5 Prozent auf das gemeinsame Stammkapital von 170 Mill. DM, das 1982 von den Kapitalträgern um je 10 Mill. DM erhöht wurde. Die Zuweisungen zu den offenen Rücklagen betragen 13,5 (16,5) Mill. DM. Das fusionierte Institut beginnt mit haftenden Eigenmitteln von 433,5 Mill. DM.

Der Umfang des kurzfristigen Kreditgeschäftes, das hauptsächlich von der Bremer Landesbank betrieben wurde, hat sich im Berichtsjahr kaum ausgedehnt. Die Kontokorrentkredite nahmen um 80 Mill. DM auf 1,46 Mrd. DM ab. Um mehr als 10 Prozent auf 449 Mill. DM weitete sich das Wechselkreditgeschäft aus. Die sehr umfangreichen Avalkredite nahmen um 4 Mill. auf 1,45 Mrd. DM ab.

Leonberger will Kapital verdoppeln

nl. **Stuttgart**

Die in der Größenskala an vierter Stelle rangierende Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, verdoppelt ihr Grundkapital. Der Hauptversammlung am 15. Juli wird vorgeschlagen, das Aktienkapital von 21,9 auf 43,8 Mill. DM aufzustocken. In diesem Zusammenhang steht neben dem Dividendenvorschlag für 1982 von unverändert 16 Prozent eine zusätzliche Sonderausschüttung von 100 DM je 50-DM-Aktie. Die neuen Namensaktien sollen vom 1. Januar 1983 an gewinnberechtigt sein und werden den Aktionären im Verhältnis 1:1 zum Kurs von 200 Prozent angeboten.

Somit wird den Aktionären im Wege des Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens die Möglichkeit geboten, die Einzahlung für die Kapitalerhöhung aus der Sonderausschüttung zu bestreiten. Der für die Sonderausschüttung erforderliche Bilanzgewinn resultiert auch aus der vorgeschriebenen Teilauflösung von Sammelwertberichtigungen. Am Aktienkapital sind die Allgemeine Rentenanstalt mit 54 Prozent und die Dresdner Bank mit über 25 Prozent beteiligt.

Mitgliederzuwachs bei EK Großeinkauf

hdt. **Bielefeld**

Trotz erheblicher Umsatzeinbrüche in der Haushalts- und Eisenwaren-Branche erhöhte die EK Großeinkauf eG., Bielefeld, ihren Umsatz 1982 um 4,6 Prozent und überschritt damit erstmalig die 500-Mill.-DM-Marke. Die vor einem Jahrzehnt aus kleinen, regionalen Verbänden entstandene Genossenschaft, heute bundesweit sowie in Österreich und den Niederlanden tätig, konnte seit ihrer Gründung den Umsatz nahezu vervierfachen.

Das neuerliche Plus wird allerdings in erster Linie auf die gestiegene Mitgliederzahl zurückgeführt, die sich im Vorjahr um 83 auf 1122 erhöhte. Weitere 53 Mitglieder aus dem Fachhandel kamen bisher im laufenden Jahr hinzu. „Weil immer mehr Kollegen erkennen, daß sie den existenzgefährdenden Wettbewerb in unserer Branche auf die Dauer nur mit einem leistungsstarken Einkaufsverband im Rücken überstehen", wie Vorstandsvorsitzender Günter Heistermann erklärte. Trotz der weitgehend verregneten Frühjahrssaison erzielte die Einkaufsgenossenschaft bis Ende Mai 1983 wiederum ein Umsatzplus von 8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, so daß die weitere Entwicklung mit gedämpftem Optimismus gesehen wird.

NAMEN

Hermann Weiler, Inhaber der Gebr. Weiler, Radio-Vertriebsgesellschaft, Nürnberg, und Mitbegründer der Weiler Werkzeugmaschinen, Herzogenaurach, feiert am 8. Juni den 80. Geburtstag.

Dr. Michael Werner (39), seit 1981 Vorsitzender der Geschäftsleitung der co op Gebrauchsgüterzentrum GmbH, Kamen, übernahm zusätzlich auch den Vorsitz der Geschäftsleitung der plaza SB-Warenhaus-Division der co op AG, Frankfurt.

Hans-Jürgen Tilly, Niederlassungsleiter und Generalbevollmächtigter der Neuen Heimat Städtebau GmbH für Bremen und Niedersachsen, tritt Ende Juni in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird der bisherige Stellvertreter, **Lutz Basse**. Stellvertretender Niederlassungsleiter wird **Klaus Lüders**.

Werner Krüger, früheres Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, wird am 6. Juni 75. Jahre.

Gerhard Hillebrand (50) wurde Nachfolger von H. J. Sautter als Geschäftsführer der Grove GmbH, Bietigheim-Bissingen.

Dieter Kadenbach tritt im Juni in den Vorstand der Bilfinger + Berger Bau-AG, Mannheim, ein. Günther Wawranke, Auslandssprecher des Vorstands, scheidet aus.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Söllner Bauunternehmung GmbH; **Bad Segeberg:** Lüttmer Modelle Onno Lüttmer KG; **Düsseldorf:** KuZ Schiffahrtskontor GmbH; Nachl. d' Wwe. Anna Elisabeth Urselmann geb. Dehlmann; **Eltville:** GBE-Automaten Gerätebau Eltville GmbH & Co. KG **Hamburg:** KG i. Industrie-Bauges. Hohenfelde mbH & Co. KG; **Köln:** Horst Dieter Birkelbach; **München:** Schlayer Handelsges. mbH, Eisenbiegerei; **Northeim:** Sollinger Bautischlerei GmbH, Uslar; Ges. f. Keramikmaschinen mbH & Co. KG, Uslar; **Nürnberg:** FTS Funk-Transport-Service GmbH.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Hans-Günter Selbeck, Ratingen, Inh. d. Selbeck & Co. Pelzmaschinenfabrikation, Ratingen.

GEORG FISCHER / Erneut Dividendenausfall

Konzernstruktur verändert

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Als Folge der verschlechterten Wirtschaftslage in den meisten westlichen Industrieländern hat sich das konsolidierte Ergebnis des schweizerischen Georg Fischer-Konzerns (GF), Schaffhausen, 1982 abermals verschlechtert. Die weltweit in der Guß- und Kunststoffproduktion sowie im Anlagen und Maschinenbau tätige Unternehmensgruppe weist einen Konzernverlust von 11 (8) Mill. sfr aus. Die Muttergesellschaft hat zwar ihren Reinertrag auf 1,4 (0,9) Mill. sfr verbessert, doch blieb das Ergebnis der AG trotz Kostensenkungen wegen ungenutzter Kapazitäten unbefriedigend.

Zur weiteren Verstärkung des Eigenkapitals (299 Mill. sfr) wird auf eine Ausschüttung verzichtet. Für 1983 wird ein besseres Konzernergebnis erwartet, zumal sich die getroffenen Maßnahmen für einen Abbau von Kapazitäten und Beschäftigten (15 560) schrittweise positiv auswirken sollen.

Der GF-Konzernumsatz ging 1982 auf 1,63 (1,88) Mrd. sfr zurück, ohne den Verkauf der Textil-Maschinenfabrik Rüti und den Erwerb der Maschinenfabrik Burkhardt + Weber (1000 Mitarbeiter) in Reutlingen, jedoch nur um 2,9 Prozent auf 1,53 Mrd. sfr. Mit diesen Transaktionen wird die Struktur mehr auf den Werkzeugmaschinenbau konzentriert.

Am Konzernumsatz sind der Kundenguß mit 43 (27) Prozent, Guß- und Kunststoffprodukte mit 22 (30) Prozent, Maschinen- und Anlagenbau mit 35 (43) Prozent beteiligt. Die GF-Werke in der Schweiz und in der Bundesrepublik bildeten die Produktionsschwerpunkte mit zusammen 90 Prozent der Konzernleistung. Rund 83 Prozent der Güter und Dienstleistungen gingen auf westeuropäische Märkte. Die Bundesrepublik ist mit 40 Prozent Verkaufsschwerpunkt. Die bedeutende Produktgruppe Automobilguß mit Fertigungsstätten in Worms, Mettmann bei Düsseldorf und Singen hielt das hohe Umsatzniveau.

PREUSSEN ELEKTRA / Zuwachsrate bei der Stromabgabe schrumpft beständig

Kernenergieanteil soll weiter steigen

D. SCHMIDT, **Hannover**

Der mittlerweile zügige Fortgang der Arbeiten an den Kernkraftwerken Grohnde und Brokdorf, die Fertigstellung der Anlage Krümmel und der vorzeitige Abschluß der Nachrüst- und Revisionsarbeiten in Würgassen läßt das Ziel der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover, den Anteil von in Kraftwerken erzeugtem Strom auf 60 Prozent erhöhen, in greifbare Nähe rücken. Im Geschäftsjahr 1982 verringerte sich diese Quote wegen des Ausfalls in Würgassen in der AG auf 40,7 (41,9) Prozent und im Konzern auf 41,9 (42,9) Prozent.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1982 und in den ersten Monaten 1983 beurteilen Vorstandssprecher Ulrich Segatz und Finanzchef Hartmut Hoffmann zurückhaltend. Der Trend kontinuierlich kleiner werdender Zuwachsraten bei der Stromabgabe habe sich 1982 fortgesetzt. Mit 21,4 (21,3) Milliarden Kilowattstunden (kWh) nahm die Stromabgabe im Gebiet der AG nur noch um 0,6 (3,3) Prozent und im Konzernbereich um 1 (2,9) Prozent auf 43,9 (43,5) kWh zu. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 entspreche der Stromverbrauch dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Segatz erwartet aber für das gesamte Jahr eine leichte Absatzbelebung sowohl bei den Tarifabnehmern als auch im industriellen Bereich.

Befriedigt äußert sich Segatz über die „derzeit glimpfliche Brennstoffpreisentwicklung".

Nachdem 1980 und 1981 noch 30prozentige Kostensteigerungen hingenommen werden mußten, erhöhten sich die Preise 1982 um 15 Prozent. Dem begegnete die Preußen Elektra mit um acht Prozent höheren Stromabgabepreisen. Nachdem Anfang dieses Jahres der Strompreis erneut um sechs Prozent angehoben wurde, will die zum Veba-Konzern gehörende Gesellschaft 1983 nicht weiter an der Preisschraube drehen.

Obwohl der Umsatz der AG auf 2,64 (2,52) Mrd. DM und der des Konzerns auf 7,19 (6,55) Mrd. DM anstieg, hat sich die Ertragslage im Berichtsjahr weiter verschlechtert. Vor allem die hohen Aufwendungen für die Nachrüstmaßnahmen in Würgassen (rund 200 Mill. DM) ließen den Jahresüberschuß der AG auf 116,2 (125,4) Mill. DM zurückgehen. Daraus erhalten die Aktionäre eine unveränderte Dividende von 14 Prozent auf 780 Mill. DM Grundkapital.

Der Gewinn pro Aktie verringerte sich auf 9,30 (13,10) DM, der Cash-flow auf 586 (695,7) Mill. DM. Hoffmann spricht dennoch von einem insgesamt befriedigenden Ergebnis, wenngleich die Rücklagen nicht „in ausreichendem Umfang" dotiert werden konnten. Im Konzern führte die Ergebnisverbesserung der Tochter Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) zu einem Anstieg des Jahresüberschusses auf 206,9 (197,4) Mill. DM. Der Cash-flow stieg dort auf 1,73 (1,64) Mrd. DM.

In Sachanlagen investierte die Preußen Elektra 305 (271) Mill. DM. Diese Summe erhöht sich auf 602 Mill. DM, wenn die Investitionen in den Gemeinschaftskraftwerken anteilmäßig berücksichtigt werden. Die Abschreibungen erreichten 204 Mill. DM. Bei den um 97 Mill. DM auf 1,78 Mrd. DM gestiegenen Finanzanlagen habe sich die Teilnahme an Kapitalerhöhungen vor allem am Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde und der Erwerb von Anteilen an der Westmoreland Coal Company in den USA (31 Mill. DM) ausgewirkt.

Auf der Passivseite haben sich die Rückstellungen um 203 Mill. DM auf 1,54 Mrd. DM erhöht. Davon entfallen auf die Entsorgungsrückstellungen, die jetzt mit 867 Mill. DM zu Buche stehen, 166 Mill. DM. Die langfristigen Verbindlichkeiten nahmen auf 932 (831) Mill. DM zu.

Nur unwesentlich verändert hat sich die Bilanzstruktur. Der Anteil des Anlagevermögens ging leicht auf 70,4 (71,5) Prozent zurück, während das langfristige Umlaufvermögen auf neun (8,2) Prozent stieg. Das größere Bilanzvolumen ließ den Eigenkapitalanteil auf 41,1 (44) Prozent sinken, die langfristigen Rückstellungen erhöhten sich auf 27,1 (24,8) Prozent. Die Bilanzrelationen bezeichnet Hoffmann insgesamt als befriedigend. Mit einem Volumen von 843 Mill. DM weist die Finanzierungsbilanz einen um 195 Mill. DM höheren Mittelbedarf aus.



FINANZANZEIGEN

EUROFIMA

Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel

Société européenne pour le financement de matériel ferroviaire, Bâle

Società europea per il finanziamento di materiale ferroviario, Basilea

6½ % Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1967
– WKN 463 401 / 13 –
Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 11 – WKN 463 411 –

mit den Stücknummern

46 151 – 50 765 zu je DM 1.000,–

im Nennbetrag von DM 4 615.000,– werden zur Rückzahlung zum 1. September 1983 fällig.

Die Einlösung der Stücke erfolgt vom 1. September 1983 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Banca Commerciale Italiana
Banque Paribas
Lazard Frères et Cie.
Société Générale de Banque S.A.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 31. August 1983.

Die am 1. September 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10 und 13 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Basel, im Mai 1983

EUROFIMA
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial

---

Allianz

Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft Berlin und München

Einladung zu der ordentlichen Hauptversammlung,

die am Mittwoch, 13. Juli 1983, 10.00 Uhr, in unserem Geschäftsgebäude Königinstraße 95, 8000 München 44, stattfindet.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses (Jahresbilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982
   b) Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982
2. Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1982
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn in Höhe von DM 103 036 364 wie folgt zu verwenden:
   a) Ausschüttung einer Dividende von DM 10,– auf jede der 8 340 000 gewinnberechtigten Aktien à nom. DM 50,– DM 83 400 000,–
   b) Einstellung in die offenen Rücklagen DM 13 500 000,–
   c) Zusätzlicher Aufwand aufgrund dieses Gewinnverwendungsbeschlusses: DM 6 136 364,–
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
5. Wahl zum Aufsichtsrat
   Der Aufsichtsrat setzt sich nach § 96 Abs. 1 AktG und § 7 Abs. 1 Nr. 3 MitbestG zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, folgende Vertreter der Aktionäre im Aufsichtsrat, deren Amtszeit mit dem Ende der Hauptversammlung ausläuft, wieder zu wählen:
   Dr. Hans Friderichs, Frankfurt,
   Sprecher des Vorstands der Dresdner Bank AG,
   Dr. Wilfried Guth, Frankfurt,
   Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG,
   Prof. Dr. Herbert Grünewald, Leverkusen,
   Vorsitzender des Vorstands der Bayer AG,
   Dr. Maximilian Hackl, München,
   Sprecher des Vorstands der Bayerischen Vereinsbank AG,
   Dr. Karl Klasen, Hamburg, Bundesbankpräsident i.R.,
   Prof. Dr. h.c. Hans L. Merkle, Stuttgart,
   Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH,
   Dr. Otto Schedl, München, Staatsminister a.D.
   Ferner schlägt der Aufsichtsrat vor, anstelle der Herren Dr. Sohl, Dr. Overbeck und Dr. von Siemens, die gebeten haben, von einer Wiederwahl abzusehen, die Herren
   Dr. jur. Klaus Liesen, Essen,
   Vorsitzender des Vorstands der Ruhrgas AG,
   Dr.-Ing. E.h. Bernhard Plettner, München,
   Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens AG,
   Dr. mont. Franz Josef Weisweiler, Düsseldorf,
   Vorsitzender des Vorstands der Mannesmann AG ab 1.7.1983,
   zu Mitgliedern des Aufsichtsrats zu wählen.
   Als Ersatzmitglieder werden wieder die Herren
   1. Rudolf Wilhelm Eversmann, München, Versicherungsdirektor i.R.
   2. Dr. Rudolf Opitz, München, Versicherungsdirektor i.R.
   3. Karl-Friedrich von Schlayer, München, Versicherungsdirektor i.R.
   4. Martin Herzog, München, Versicherungsdirektor i.R.
   5. Prof. Dr. Heinz Müller-Lutz, München, Versicherungsdirektor i.R.,
   vorgeschlagen. Sie sollen in der genannten Reihenfolge Mitglieder des Aufsichtsrats werden, wenn eines der jetzt zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder aus dem Aufsichtsrat ausscheidet und die Hauptversammlung nicht vor dem Ausscheiden einen Nachfolger wählt. Die Amtszeit eines in den Aufsichtsrat nachgerückten Ersatzmitglieds endet mit dem Schluß der Hauptversammlung, in der ein Nachfolger gewählt wird, spätestens mit dem Zeitpunkt, in dem die Amtszeit des weggefallenen Aufsichtsratsmitglieds abgelaufen wäre. Scheidet ein Ersatzmitglied aus dem Aufsichtsrat aus, so nimmt es in der Reihenfolge der Ersatzmitglieder wieder die vorherige Position ein.

An der Hauptversammlung können alle Aktionäre – persönlich oder durch schriftlich Bevollmächtigte – teilnehmen, die im Aktienbuch eingetragen sind und sich beim Vorstand der Gesellschaft unter der Anschrift Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft, Königinstr. 28, 8000 München 44, spätestens am Freitag, 8. Juli 1983, angemeldet haben.

Die zur Teilnahme berechtigten Personen erhalten Eintrittskarten.

München, im Juni 1983 Der Vorstand

Bilanz'82



Gesundes Wachstum

Die Stadtsparkasse Hannover ist in 160 Jahren mit der Stadt Hannover und ihrer Wirtschaft gewachsen. Das Vertrauen unserer Kunden ist die Basis für unseren Erfolg.

Bilanzsumme	6,1 Milliarden DM	+ 8,1 %
Gesamtausleihungen	4,2 Milliarden DM	+ 6,3 %
Kundeneinlagen	5,1 Milliarden DM	+ 6,3 %
Girokonten	261.000	
Sparkonten	643.000	

Sollten Sie sich ausführlich über den Geschäftsverlauf 1982 informieren wollen, fordern Sie bitte unseren Geschäftsbericht an.
Stadtsparkasse Hannover
OE 230
Raschplatz 4, 3000 Hannover 1

Stadtsparkasse Hannover

STADT YOKOHAMA

8% Deutsche Mark Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1971
– WKN 459 921/30 –
Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen fand am 30. Mai 1983 in Anwesenheit eines Notars die Auslosung der noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen von zwei Serien zur Rückzahlung zum 1. August 1983 statt.

Gezogen wurde die Serie 4 – WKN 459 924 –
Serie 8 – WKN 459 928 –

mit den Stücknummern

30001–40000
70001–80000 zu je DM 1.000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 13 616 000,–. Weitere nom. DM 1 390 000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die gelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. August 1983 an gegen Einreichung der Mäntel mit Zinsscheinen per 1. August 1984 uff. zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend verzeichneten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank AG
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
The Bank of Tokyo, Ltd.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank – Girozentrale –
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Richard Daus & Co. Bankiers
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Europäisch Asiatische Bank AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Hill Samuel & Co. oHG
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken:

Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam
The Bank of Tokyo, Ltd., Brüssel, London und Paris
Banque Paribas, Paris
Société Générale de Banque S.A., Brüssel

Die Verzinsung der zur Rückzahlung aufgerufenen Stücke endet mit dem 31. Juli 1983. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. August 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den Teilschuldverschreibungen der bereits ausgelosten Serien 3, 9 und 10 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Yokohama, im Mai 1983

Stadt Yokohama



KARSTADT
Aktiengesellschaft · Essen

Wertpapier-Kenn-Nummer 627 500

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am

Freitag, dem 15. Juli 1983, 10.00 Uhr,

in unserer Hauptverwaltung in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Str. 2, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982 mit dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1982.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 8. 7. 1983 bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei unserer Gesellschaftskasse, Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Str. 2, oder bei einer der nachstehend aufgeführten Stellen hinterlegen:

Commerzbank AG, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, mit ihren sämtlichen Niederlassungen;
Berliner Commerzbank AG, Berlin;
Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Frankfurt/Main, mit ihren sämtlichen Niederlassungen;
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin;
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin;
Bayerische Vereinsbank AG, München, Berlin, Frankfurt/Main, Stuttgart;
Delbrück & Co., Hamburg, Berlin, Köln;
Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main, mit ihren sämtlichen Niederlassungen;
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg, Frankfurt/Main, Offenbach;
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg;
Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn;
Commerz-Credit-Bank AG, Europartner, Saarbrücken;
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken;
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg;
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf;
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale –, Niederlassung Essen.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Banken verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Falle ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens am Montag, dem 11. 7. 1983, bei der Gesellschaftskasse in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Str. 2, einzureichen.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 103 vom 7. 6. 1983 veröffentlicht.

Aktionäre, die die nach dem Aktiengesetz zu übersendenden Unterlagen nicht erhalten haben, können diese bei der Gesellschaft oder bei den in dieser Bekanntmachung genannten Hinterlegungsstellen anfordern oder einsehen.

Essen, den 7. 6. 1983 DER VORSTAND

HARPENER AKTIENGESELLSCHAFT DORTMUND

vormals Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft

Zinszahlung auf unsere 4,5 % DM-Teilschuldverschreibungen mit Zusatzverzinsung — Ausgabe 1959 —

— Wertpapier-Kenn-Nr. 366 008 —

Der am 1. Juli 1983 stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 1982 die Ausschüttung einer Dividende von 18 % auf das Grundkapital vorgeschlagen werden.

Vorbehaltlich der Annahme dieses Dividendenvorschlages durch die Hauptversammlung gelangen die auf obige Teilschuldverschreibungen am 1. Juli 1983 fällig werdenden **Zinsen für das Jahr 1982** gemäß § 2 der Anleihebedingungen mit **DM 79,22 — abzüglich 25 % Kapitalertragsteuer — für jeweils DM 100,— Teilschuldverschreibungs-Nennbetrag** zur Auszahlung.

Die Zahlung der Zinsen erfolgt ab 1. Juli 1983 gegen Einreichung des Zinsscheins Nr. 25 an unserer Gesellschaftskasse sowie bei den in § 2 der Anleihebedingungen genannten Kreditinstituten.

Mit den Zinsen ist für unbeschränkt steuerpflichtige Teilschuldverschreibungs-Inhaber ein Steuerguthaben von $^{9}/_{16}$ (= 56,25 %) des Zinsbetrages verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet bzw. erstattet.

Unbeschränkt steuerpflichtige Teilschuldverschreibungs-Inhaber, die eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes vorlegen, erhalten die Zinsen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich des Steuerguthabens laut KStG ausgezahlt.

Dortmund, im Juni 1983

Der Vorstand

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 730

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechalt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Festverzinsliche uneinheitlich

Der Rentenmarkt – zum Wochenende wegen der marktgerechten Konditionen der neuen Bundesanleihe noch recht zuversichtlich gestimmt – litt inzwischen wieder unter der Zinssenkungspause. Die Unternehmungslust war gering. Öffentliche Anleihen notierten bis um 0,5 Prozent schwächer als am Wochenende und bis um einen Zehntelpunkt höher. Auf ermäßigter Basis gab es gewisse Kaufneigung. DM-Auslandsanleihen änderten sich bis um 0,3 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Der Pfandbriefmarkt verkehrte auf Basis kaum veränderter Kurse abwartend.

Bundesanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundespost

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Länder – Städte

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundesbahn

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bankschuldverschreib.

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Pfandbriefe / Kommunalobligationen

	6. 6.	3. 6.
M 8½ Bayer.Habz Pf 14	89,25G	89,25bG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
8¾ dgl. Pf. 2	93G	93bG
7 dgl. Pf 3	93bG	93,25bG
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5bG
6½ dgl. KS 14	94,75bG	95G
7½ dgl. KS 27	100,9G	100,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	6. 6.	3. 6.
Br 8½ dgl. Pf 77	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 42	89,5G	91,75G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	99,55G
F 5 Frt. Hypobk. Pf 66	101,75G	101,75G
5½ dgl. Pf 53	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 79	76G	76G
6 dgl. Pf 130	89,55G	89,55G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5
10 dgl. Pf 168	100,9	100,9G
[illegible]	[illegible]	[illegible]
5 dgl. Pf 35	82G	82G
5½ dgl. Pf 43	82,75G	82,75G
6 dgl. Pf 56	77,25G	77,25G
7 dgl. Pf 61	86,5G	86,5G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	102,4G	102,4G

	6. 6.	3. 6.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97G	97,5
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,5G
M 6 Süddboden Pf 41	87bG	87bG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 87	92G	92bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 61	98,5G	98,5G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Industrieanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
F 6 Badenwerk 64	99,2[illegible]	[illegible]
6 dgl. 78	94,2[illegible]	[illegible]
5 BASF 59	97,7[illegible]	[illegible]
5 Bayernw. 69	97,7[illegible]	[illegible]

Optionsscheine

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Währungsanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Wandelanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Anmerkungen: [illegible]

Ausländische Aktien

	6. 6.	3. 6.		6. 6.	3. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Aktienkurse teilweise freundlicher

Großanleger auf der Kauf- und auf der Verkaufseite

DW. – Die Kurssteigerungen vom vergangenen Freitag haben offensichtlich noch nicht überzeugt. Die Börsianer bleiben verunsichert, ob eine grundsätzliche Trendwende in Richtung einer zweiten Aufschwungphase nun begonnen habe oder noch nicht. Darum entwickelten sich die Aktienkurse an der Montagsbörse uneinheitlich. Die Kurse konnten sich nur teilweise erhöhen. Sowohl auf der Käuferseite als auch bei den Verkäufern gab es große Auftraggeber, inländische Institutionelle wie auch Ausländer. Dennoch ist der grundsätzliche vorsichtige Optimismus noch nicht gebrochen.

Der Automarkt profitierte in gewissem Maße von dem VW-Zwischenbericht, der optimistisch gehalten war. VW stiegen um rund 5 DM, BMW um 3 DM und Daimler Benz um 1 DM. Kurssteigerungen bis um 2,50 DM ergaben sich auch bei den Bankaktien (Deutsche Bank). Stark uneinheitlich lagen Warenhäuser. Horten wurden um 5 DM heraufgesetzt, während Karstadt 5 DM verloren. Farbennachfolger zeigten kleinere Kursabweichungen nach beiden Seiten.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 9 DM, Gerresheimer Glas um 2,50 DM und Gildemeister um 2,50 DM. Huta und Düwag verbesserten sich um je 4 DM. Nachgeben mußten Bilfinger um 3 DM und Keramag um 5 DM auf 145 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachener Rück 50 DM auf 1050 DM und Colonia 4 DM auf 235 DM. Victoria gaben um 60 DM auf 3290 DM nach.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte schlossen bis zu 2 DM höher. Von Nebenwerten blieben Kupferberg 606 DM (minus 14 DM). D. bl. Quellen 240 DM (plus 8 DM), Frankfurter Hypothekenbank 575 DM (plus 25 DM), Rheinische Hypothekenbank 485 DM (minus 15 DM) und Riebeck Montan 230 DM (minus 27 DM).

Hamburg: Am Lokalmarkt war die Kursentwicklung zufallsbedingt. Nach Plusankündigung wurden für Flensburger Schiffbau 155 DM (plus 15 DM) bezahlt. Fest tendierten Orenstein & Koppel 212 DM (plus 5 DM). Haller-Meurer 126 DM (plus 3 DM). 3 DM schwächer lagen Bremer Wolle und Nordcement 2 DM. Schwach tendierten ferner Phoenix Gummi bei 114,10 DM (minus 3,90 DM). Conti Gummi war um 0,80 DM leichter. Von den Versorgungswerten legten HEW 1 DM zu.

München: Agrob St. verminderten um 8 DM auf 320 DM und Heilit u. Wörner stockten um 2 DM auf 276 DM auf. Leonische Draht erhöhten um 5 DM auf 325 DM und NAK Stoffe um 1,20 DM auf 65 DM.

Berlin: Kötitzer Leder zogen um 10 DM an. Berthold erholten sich um 3 DM, Orenstein um 2,50 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM. Tempelhofer Feld mußten um 5 DM, Herlitz Vorzüge um 2,50 DM und Herlitz Stämme um 1 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: freundlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Optionshandel

Frankfurt: 6. 6.: 601 Optionen, 32 500 (41 000) Aktien, davon 160 Verkaufsoptionen=8600 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-70/7,90, 10-80/4, 1-90/1,90, Siemens 1-330/25, 1-360/8, 1-380/2,50, Veba 7-160/3,05, 10-160/8, BASF 10-140/10, 10-160/3,50, 1-150/7,50, Bayer 7-130/9,50, Hoechst 1-140/14, 1-150/7, BMW 1-340/15, VW 7-170/5,20, 180/1,45, 10-170/12, 10-180/7, 1-160/23, 1-170/18, 1-180/13,40, 1-10/8, Conti 7-95/2, 10-85/16, 10-95/4,50, 1-90/11, 1-100/5,45, Lufthansa 10-120/9,90, Commerzbank 7-160/17,50, 7-170/8, 10-170/15, 10-180/10, 1-180/16, 1-190/10, Deutsche Bank 7-330/7,45, 10-320/23, 1-340/19, Dresdner Bank, 7-180/8, 7-190/2, 10-180/12, 1-220/2,35, Hoesch 7-50/5, 7-55/3, 10-45/13, 10-50/7,40, 10-55/5,80, 10-60/3,80, 1-50/11, 1-65/4, Mannesmann 7-150/5,90, 10-150/9,40, 1-150/12,60, 1-160/9,50, 1-170/7,85, Preussag 7-270/1, 10-260/8,50, Thyssen 7-90/1, 10-90/2, 1-80/11,60, 1-100/3, Bay. Vereinsbank 1-340/40, BBC 1-200/19,85, Daimler 10-570/1,10, Deutsche Babcock 10-160/13, 1-160/19,40, Kali + Salz 1-170/27,20, 1-190/16, 1-200/12,50, Karstadt 10-260/6, 1-280/8,10, Kloeckner 1-50/3, RWE 1-180/10, RWE Vorzüge 1-180/10, Schering 1-340/45, Chrysler 10-70/5,70, IBM 1-280/41, 1-290/30, Sperry Rand 1-90/14,60, Xerox 1-120/13,80, Sony 1-40/5,35, Philips 10-40/4,30, Royal Dutch 10-110/6,50, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-70/3,50, 7-75/7, 10-65/2,80, 10-70/5, 1-80/2,40, 1-85/5,50, 1-70/8,10, Siemens 10-310/5,50, 1-330/25, Veba 7-160/4, 10-170/14,80, 1-160/9, Bayer 7-130/1,90, 7-140/8,50, 1-130/4, Hoechst 7-140/2,50, BMW 10-330/9,40, 1-310/7,40, 1-330/14,80, VW 7-170/7, 10-160/4,30, 1-160/6,70, 1-170/11, 1-180/19, Conti 7-90/2,50, 10-95/8,60, Lufthansa 10-120/9, Lufthansa Vorzüge 7-120/8, Commerzbank 10-170/5, 1-170/7, Deutsche Bank 7-330/15, Dresdner Bank 10-180/6,90, 10-190/13,80, Hoesch 7-55/4, 10-55/6, 1-55/6,40, Mannesmann 10-150/7, Thyssen 10-75/1,90, 1-85/7, BHF-Bank 7-290/11,60, BBC 7-190/3, 10-200/11,40, 10-200/14,60, Daimler 1-520/18, Deutsche Babcock 10-160/13,60, GHH 1-170/14,20, Kali + Salz 7-180/3, Kloeckner 10-45/6, 1-45/6,50, RWE 7-180/7,80, RWE Vorzüge 7-180/8,60, VEW 7-130/4,40, 10-130/6,30, Alcan 10-85/5,40, 1-85/7,20, Chrysler 10-65/5, IBM 10-280/15,20, 1-280/25, Sperry Rand 1-100/15, Philips 10-40/2,50, Norsk Hydro 10-140/6.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼–9½	5⅛–5¼	4⅝–5
3 Monate	9½–9¾	5¼–5⅝	4¾–5⅛
6 Monate	9¾–10	5⅝–5¾	4⅞–5¼
12 Monate	9⅞–10¼	6 –6⅛	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1290,00	1570,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1050,00	1246,05
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,60
1 £ Sovereign alt	243,00	297,19
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	255,00	316,40
2 südafrikanische Rand	240,00	293,80
Krüger Rand, neu	1066,00	1249,78
Maple Leaf	1065,00	1248,65
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	250,00	316,40
20 schweiz. Franken „Vreneli"	211,00	266,68
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	987,00	1183,11
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	555,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

6. 6. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4]	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,5613	2,5693	2,5384	2,52	2,61
London[1])	4,058	4,072	3,105	4,00	4,15
Dublin[1])	3,151	3,165	4,088	3,10	3,25
Montreal[3])	2,0753	2,0833	2,0587	2,04	2,12
Amsterd.	88,900	89,120	88,83	88,25	90,25
Zürich	121,030	121,230	121,13	119,75	122,50
Brüssel	4,985	5,015	4,947	4,90	5,12
Paris	33,180	33,340	32,520	32,25	34,25
Kopenh.	27,900	28,020	27,87	27,25	29,25
Oslo	35,425	35,545	34,785	34,75	36,50
Stockh.**)	33,535	33,695	33,135	33,00	34,75
Mailand[2]) **)	1,682	1,692	1,64	1,66	1,75
Wien	14,179	14,219	14,199	14,10	14,38
Madrid**)	1,797	1,807	1,719	1,79	1,91
Lissabon**)	2,525	2,545	2,305	2,10	3,00
Tokio	1,0685	1,0695	—	1,03	1,09
Helsinki	46,220	46,420	45,31	45,75	47,50
Buen. Air.	–	—	—	—	32,50
Rio	–	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	3,003	3,057	—	2,25	3,25
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,249	2,258	—	2,17	2,30
Johannesbg.*)	2,354	2,373	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte vom 6. 6. 1983

Nach ruhigem Geschäftsverlauf mit lediglich gut behaupteten Kursen am Freitag in New York sprang der US-Dollar zu Beginn des Handels im Fernen Osten über 2,56 und konnte sich in Europa bis knapp 2,57 weiter befestigen. Der nur leichte Rückgang der Geldmenge ließ keine Hoffnung aufkommen, daß in den nächsten Wochen mit einer Lösung des Budgetproblems gerechnet werden könnte. Die Bundesbank griff an der Börse mit einem Verkauf von 43,15 Mill. Dollar ein, ohne damit Wirkung zu erzielen. Den höchsten Tagesgewinn erzielte das Britische Pfund, das 2,26 Prozent gegenüber Freitag gewann und mit 4,065 einen neuen vorläufigen Jahreshöchstkurs erreichte. Auch die Tendenz des Schweizer Franken und des Japanischen Yen war ausgesprochen fest mit 121,13 und 1,0680. Die meisten der anderen amtlich notierten Währungen notierten ebenfalls höher. US-Dollar in: Amsterdam 2,8830; Brüssel 51,25; Paris 7,7135; Mailand 1521,20; Wien 18,0760; Zürich 2,1178; Pfund/Dollar 2,5846.

Ostmarkkurs am 6. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,00; Verkauf 24,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 6. Juni im Verlauf deutlich erhöht aufgrund steigender Dollar-Zinssätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,93/0,83	2,74/2,64	5,45/5,25
Pfund/Dollar	0,93/0,83	0,25/0,21	0,34/0,29
Pfund/DM	2,40/1,00	5,70/4,30	10,30/8,90
FF/DM	29/13	83/67	183/167

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 6.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,30 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,12) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,72. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 99,00, Rendite 7,75.

Warenpreise – Termine

Während sich Gold am Freitag am Terminmarkt der New Yorker Comex gut behaupten konnte, ging Silber leicht schwächer aus dem Markt. Etwas fester notierte Kupfer. Kleine bis deutliche Gewinne verzeichnete Kaffee. Durchweg schwächer schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	3. 6.	2. 6.
Juli	346,25	347,75
Sept.	336,75	358,25
Dez.	370,75	373,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	3. 6.	2. 6.
St. Lawrence 1 CW	232,06	235,56
Amber Durum	220,46	238,21

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	122,00	122,00
Okt.	126,80	128,90
Dez.	129,00	129,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	95,90	96,50
Okt.	99,30	95,80
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	3. 6.	2. 6.
Juli	152,75	307,00
Sept.	155,75	290,75
Dez.	166,50	281,25

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	307,00	151,75
Sept.	290,50	155,75
Dez.	281,25	166,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	3. 6.	2. 6.
Juli	101,90	101,90
Okt.	104,80	104,90
Dez.	106,30	106,50

Reis, rph, New Orleans ($/cwt)	3. 6.	2. 6.
Juli	10,49	10,47
Sept.	10,81	10,79
Nov.	11,12	11,10
Jan.	11,39	11,39

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	19,30	19,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	3. 6.	2. 6.
Terminkontr. Juli	126,65	126,50
Sept.	126,35	125,75
Dez.	125,55	125,15

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2015	2035
Sept.	2060	2075
Dez.	2085	2110
Umsatz	3425	4036

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	11,62	11,40
Sept.	11,95	11,90
Okt.	12,10	12,35
Jan.	12,70	13,00
März	12,90	12,70
Umsatz	20 752	27 250

	3. 6.	2. 6.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10,73	10,96

Kaffee London (£/t) Robusta-	3. 6.	2. 6.
Kontrakt Juli	1602–1604	1568–1570
Sept.	1565–1567	1557–1560
Nov.	1555–1557	1545–1547
Umsatz	3455	4800

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1413–1414	1398–1400
Sept.	1428–1429	1416–1417
Dez.	1445–1446	1431–1433
Umsatz	2074	3846

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	186,50–186,75	172,50–172,75
Okt.	196,80–197,00	179,60–179,80
Dez.	198,75–199,00	183,00–183,50
März	208,25–209,00	191,80–192,00
Mai	210,50–212,50	194,00–195,00
Aug.	–	–
Umsatz	9425	11 215

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	3. 6.	2. 6.
schw. Sarawak spez.	280,00	285,00
weißer Sarawak	360,00	355,00
weißer Muntok	360,00	355,00

Orangensaft New York (c/lb)	3. 6.	2. 6.
Juli	116,50	118,40
Sept.	114,80	114,10
Nov.	112,40	112,00
Jan.	105,85	105,30
März	103,80	103,50
Umsatz	200	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	3. 6.	2. 6.
Südstaaten fob Werk	25,75	25,75

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	21,50	22,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,20	18,93
Aug.	19,35	19,08
Sept.	19,50	19,20
Okt.	19,55	19,35
Dez.	19,80	19,60
Jan.	19,95	19,78
März	20,20	20,06

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,00	23,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choice white hog 4% fr. F.	15,00	15,00

Talg New York (c/lb)		
top white	15,50	15,75
fancy	15,00	15,25
bleichfähig	14,75	15,00
yellow max. 10% fr. F.	12,75	13,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	46,90	47,30
Juli	46,95	47,45
Aug.	44,70	44,90

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	59,70	61,15
Aug.	57,50	58,90
Febr.	59,55	59,85

Häute Chicago (c/lb)	3. 6.	2. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	unerhältl.	51,50
Kühe einh. schwere River Northern	unerhältl.	49,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	617,75	616,50
Aug.	623,25	621,50
Sept.	627,00	625,00
Nov.	636,50	634,50
Jan.	648,00	646,00
März	660,50	658,00
Mai	670,00	667,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	180,00	180,20
Aug.	181,40	181,30
Sept.	183,00	183,30
Okt.	184,00	184,30
Dez.	188,40	189,10
Jan.	190,50	190,50
März	194,00	194,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	3. 6.	2. 6.
Juli	293,90	293,70
Okt.	303,70	303,40
Dez.	309,60	309,40

Kokosöl New York (c/lb)	3. 6.	2. 6.
Westküste fob Werk	31,50	31,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	6. 6.	3. 6.
jegl. Herk. cif	858,00	582,50

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	450,00	445,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	415,00	415,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nieder. fob Werk	118,50	117,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	750,00	720,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	249,50	249,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	3. 6.	2. 6.
Juli	77,30	75,50
Okt.	78,40	76,80
Dez.	79,25	77,75
März	80,30	79,18
Mai	80,80	79,50
Juli	80,95	79,95

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS –1:	55,00	56,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	3. 6.	2. 6.
Aug.	450–451	446–448
Okt.	446–448	440–447
Dez.	443–447	440–447
Umsatz	103	62

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	3. 6.	2. 6.
Juli	44,10	43,80
Okt.	44,30	44,30
Dez.	44,70	44,90
März	–	45,50
Umsatz	9000	0
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 6.	2. 6.
Juli	565,0–567,0	563,0–563,5
Okt.	569,5–573,0	567,0–570,0
Dez.	581,5–582,0	578,0–578,5
Umsatz	47	46

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3. 6.	2. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	3. 6.	2. 6.
Juni	13 914	13 907
Juli	13 895	13 887

Kautschuk London (p/kg)	3. 6.	2. 6.
Nr. 1 RSS loco	73,50–75,00	73,00–74,50
Juli	73,40–74,00	73,50–74,20
Aug.	73,30	72,70–72,80
Juli/Sept.	73,10–73,20	72,70–72,90
Tendenz: sehr ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c kg)	3. 6.	2. 6.
Nr. 1 RSS loco	243,00–244,00	242,50–243,50
Mai	243,00–244,00	242,00–243,00
Juni	247,00–248,00	247,00–248,00
Nr. 2 RSS Mai	241,00–242,00	242,00–243,50
Nr. 3 RSS Mai	237,50–238,50	238,50–239,50
Nr. 4 RSS Mai	231,00–232,00	232,00–233,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£ lgt)	3. 6.	2. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	6. 6.	3. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,26–105,46	105,72–106,12
drittfolg. Monat	109,33–109,54	110,10–110,30
Zink: Basis London		
laufend. Monat	185,68–186,09	180,78–180,98
drittfolg. Monat	191,58–191,79	186,36–186,56
Produz.-Preis	200,41	188,63
Reinzinn 99,9%	3857–3693	3657–3693

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 6.	3. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	443,85–446,29	438,02–440,41
Blei in Kabeln	113,00–114,00	113,50–114,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	6. 6.	3. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362–377	–
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399–409	396–405
MS 63	408–413	405–408

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	3. 6.	2. 6.
ab Werk prompt (Ring. 1 kg)	30,51	30,50

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 6.	3. 6.
Leg. 225	335–341	335–341
Leg. 226	337–344	337–344
Leg. 231	363–381	363–381
Leg. 233	383–392	383–392

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 6.	3. 6.
Platin (DM je g)	39,05	39,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 300	34 300
Rücknahmepr.	33 500	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 110	34 160
Rücknahmepr.	33 090	33 140
verarbeitet	35 800	35 850
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 855	33 940
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	983,10	1013,40
Rücknahmepr.	948,70	977,90
Verarbeitet	1026,70	1056,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	6. 6.	3. 6.
London		
10.30	406,75	413,25
15.00	407,75	411,50
Zürich mittags	408,00–408,75	413,50–414,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 000	102 450
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	739,75	779,50
3 Monate	758,35	798,50
6 Monate	777,10	817,40
12 Monate	814,25	854,90

Platin (£-Feinunze)	3. 6.	2. 6.
London fr. Markt	266,45	287,40
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	79,85	80,45

New Yorker Preise	3. 6.	2. 6.
Gold H & H Ankauf	411,50	412,50
Silber H & H Ankauf	1204,00	1219,50
Platin fr. Händlerpr.	423,00–427,50	433,00–427,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	125,00–127,00	123,00–127,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1194,00	1195,00
Juli	1196,00	1200,60
Aug	1212,00	1214,50
Sept.	1215,00	1220,00
Dez.	1248,00	1251,00
Jan.	1261,00	1265,60
März	1285,00	1285,70
Umsatz	28 000	39 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	3. 6.	2. 6.
Juni	75,25	74,90
Juli	75,80	75,40
Aug.	76,60	76,25
Sept.	77,30	76,85
Dez.	79,30	78,90
Jan.	80,00	79,65
März	81,30	81,60
Umsatz	13 000	30 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	6. 6.	3. 6.
Kasse	934,00–935,00	947,00–948,00
3 Monate	962,00–962,50	974,50–975,00
Blei (£/t) Kasse	258,50–259,00	264,50–265,50
3 Monate	268,50–269,00	275,50–276,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1077,0–1078,0	1087,5–1088,0
3 Monate	1094,5–1095,5	1107,0–1107,5
abends Kasse	–	1088,5–1089,5
3 Monate	–	1109,5–1110,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1027,0–1028,0	1044,0–1046,0
3 Monate	1058,0–1059,0	1073,0–1075,0
Zink (£/t) Kasse	456,00–457,00	460,00–461,00
3 Monate	470,50–471,00	474,00–474,50
Zinn (£/t) Kasse	8400–8405	8500–8501
3 Monate	8420–8425	8525–8530
Quecksilber $/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84–87

Am 1. 6. 1983 starb mein lieber Mann, unser geliebter Vater und Schwiegervater, unser heißgeliebter Großvater, mein lieber Schwager und unser Onkel

DR.-ING. PAUL BERG

im Alter von 77 Jahren.

In tiefer Trauer:

Frau Grete Berg geb. Demler
Frau Friedel Stadelmann geb. Berg
Volker Stadelmann
Hans Berg
Frau Christine Berg geb. Kegelberg
10 Enkelkinder

5900 Siegen, Herten, Berg/Starnberger See, den 1. 6. 1983
Siegstraße 89

Die Trauerfeier fand im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

Anstelle zugedachter Kranzspenden wird im Sinne des Verstorbenen um freundliche Überweisung auf das Konto des Deutschen Roten Kreuzes Siegen, Bereitschaft Siegen-Nord, Nr. 30 337 588 bei der Sparkasse Siegen, gebeten.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von

DR.-ING. PAUL BERG

* 9. 1. 1906 † 1. 6. 1983

Als Gesellschafter und Geschäftsführer hat er bis ins hohe Alter die Entwicklung der BERG-Firmengruppe mit Weitblick entscheidend gestaltet und maßgeblich beeinflußt.

Mit ihm verlieren wir einen klugen Ratgeber, einen verstehenden Freund, den wir nicht vergessen werden.

Geschäftsführungen und Mitarbeiter der Unternehmen der BERGROHR-Firmengruppe
Siegen – Herne – Düsseldorf – Panama-City / USA

Die Trauerfeier fand im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

5900 Siegen, Siegstr. 70, den 1. 6. 1983

Anstelle zugedachter Kranzspenden wird im Sinne des Verstorbenen um freundliche Überweisung auf das Konto des Deutschen Roten Kreuzes Siegen, Bereitschaft Siegen-Nord, Nr. 30 337 588 bei der Sparkasse Siegen, gebeten.

Statt besonderer Anzeige!

Julius Büscher

Oberamtsrichter a. D.

geb. 20. 8. 1887 zu Gut Rott — gest. 28. 5. 1983 zu Gut Rott

In tiefer Trauer
Elfriede Nagel
als Haustochter

Hamminkeln, den 28. 5. 1983
Gut Rott

Die Beisetzung findet auf Wunsch des Heimgegangenen im engsten Familienkreis statt.

Von Beileidsbesuchen bitte ich abzusehen.

Im Sinne des Verstorbenen bitte ich anstelle evtl. zugedachter Blumen eine Spende dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., 3500 Kassel, Postscheck Hannover, 1033 60-301, zukommen zu lassen.

Wegen der Arbeitsruhe am 17. Juni, Tag der deutschen Einheit, fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenend-Ausgabe vom 18. Juni.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 18. Juni möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08–579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01–84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02–17 001 777

Studentenleben heute: Erstsemester an der Philipps-Universität in Marburg

„Wir studieren, was uns Spaß macht!“

Ausgerüstet mit 718 Mark BAföG machte Manfred Teubner, Reporter beim ZDF, sich zu Beginn des Sommersemesters 1983 auf nach Marburg, um „als Student an einer deutschen Universität“ die Situation des akademischen Nachwuchses in der Bundesrepublik zu durchleuchten. Mit dieser Summe kam er nach eigenen Angaben sehr gut über die Runden – trotz einer Zimmermiete von 300 Mark („ohne Bad“). „Allerdings“, schränkt Teubner ein, „habe ich in dieser Zeit keine außergewöhnlichen Ausgaben gehabt.“ Er hat sich auch nur wenige Wochen an der Philipps-Universität aufgehalten, um die Stimmung vorwiegend bei den Erstsemestern kennenzulernen. Und außerdem: Wie viele Studenten bekommen schon diesen BAföG-Satz (das Maximum liegt bei 750 Mark)?

Teubner, der in München und Mainz Politik, Geschichte und Publizistik studiert und 1976 sein Magisterexamen abgelegt hat, suchte sich Marburg als Drehort aus, „weniger als typische Universitätsstadt, sondern ganz subjektiv, weil mir die Stadt immer schon gefallen hat. Denn die spezifisch studentischen Probleme – überfüllte Hörsäle, Kontaktschwierigkeiten – sind an jeder Universität ohnehin die gleichen“.

Marburg hat 70 000 Einwohner und 15 000 Studenten: Zahlenverhältnisse, die das Gesicht einer Kleinstadt entscheidend prägen. Teubner ist denn auch ganz begeistert von den zahlreichen Studentenkneipen und dem vorzüglichen Kinoangebot, von dem sich manche Großstadt eine Scheibe abschneiden könne. Aber das Studentenleben spielt sich natürlich – trotz weitverbreiteter anderen Meinungen – nicht erst nach Einbruch der Dunkelheit ab, und hier, in den Hörsälen und bei Gesprächen mit Kommilitonen (von denen viele wußten, daß Teubner kein „echter“ Student war) hat der Reporter gravierende Unterschiede zu seiner eigenen Studienzeit vor fast zehn Jahren feststellen müssen.

„Besonders die fortgeschrittenen Semester haben mich immer wieder gefragt, merkst du eigentlich nicht, wie tief bei uns der Frust sitzt?“ Die kurz vor der Arbeitslosigkeit stehenden Examenskandidaten machten sich keinerlei Illusionen über ihre Situation. Anders dagegen die Erstsemester, bei denen Teubner ein gewandeltes Selbstverständnis vorfand, als er es von seinen eigenen Erfahrungen her kannte:

„Sie waren sich durchaus im klaren darüber, daß ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt – insbesondere in den Fächern Germanistik und Geschichte, die ich mir ausgesucht hatte – alles andere als vielversprechend sind. Aber sie wissen auch sehr gut – und sie wissen es auch zu schätzen –, daß sie Lehrlingen oder sogar Arbeitslosen gegenüber in einer privilegierten Situation sind. Was mich besonders beeindruckt hat: Viele richten sich wieder nach dem alten Bildungsprinzip ‚Studieren, was Spaß macht‘. Denn das Studium wird für viele die letzte Gelegenheit sein, wirklich frei zu entscheiden, was sie tun wollen.“

Noch etwas anderes ist Teubner aufgefallen: Das politische Engagement der Studenten wird nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahren, sofort in der Öffentlichkeit mehr oder weniger laut diskutiert. „Das heißt aber nicht, daß die Studenten heute weniger politisch sind oder sich keine Gedanken machen. Die Diskussionen werden einfach ruhiger ausgetragen, der Protest schlägt nicht sofort in Aktion um. Zu meiner Zeit wäre z. B. Mittelamerika ein brandheißes Thema gewesen. So etwas scheint nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen. Dinge aus der unmittelbaren Umgebung sind viel wichtiger geworden. Das BAföG-Thema nimmt nach wie vor den ersten Rang ein bei studentischen Diskussionen.“

Teubner gibt zu, daß die vier Wochen, die er an der Marburger Universität verbracht hat, nur einen schmalen und kaum repräsentativen Ausschnitt aus dem Studenten-Alltag wiedergeben. Immerhin hat er so gründlich Einblick genommen, daß er ein ganz persönliches Resümee ziehen konnte: „Mein Gott, Teubner, kannst du froh sein, daß du das nicht mehr machen mußt!“ Aber das sagt wohl nur jemand, der die Studienjahre einmal hinter sich gebracht hat.

RAINER NOLDEN

In der Rolle von . . . : Als Student an einer deutschen Universität – ZDF, 21.20 Uhr

KRITIK

Radler auf ungewohnter Tour

Das Rezept scheint einfach: Man nehme eine Familie, nämlich Vater Karlheinz Stratmann, Mutter Lisbett und die 15jährige Tochter Martina, und setze sie aufs Rad. Man gebe weiter hinzu zwei junge Leute, die Näherin Ines und den Bundesbahnbeamten Harald, die sich gerade erst kennengelernt haben, und lasse die fünf auf einer **Tour de Ruhr** (ARD) von Dortmund quer durch das Ruhrgebiet zum Rhein bei Duisburg radeln.

Natürlich soll gezeigt werden, daß die Gegend an der Ruhr und den Kanälen mehr Grün aufzuweisen hat, als man gemeinhin mit Namen wie Dortmund, Recklinghausen, Bottrop und Duisburg verbindet. Autorin Elke Heidenreich hat die Kurve zwischen billigem Abhaken von Sehenswürdigkeiten und langweiligem Familienkrach auf Rädern elegant genommen. Und was die köstlichen Dialoge angeht hat man oft das Gefühl, daß die vorzüglich in ihre Rollen passenden Schauspieler einfach improvisieren, so frisch und unmittelbar wirkt das.

Ein Verdienst auch des Regisseurs Reinhard Schwabenitzky – übrigens Österreicher –, der ein gutes Buch behutsam in Szene gesetzt hat. Wo die besonderen Probleme des Ruhrgebiets gestreift werden, geschieht das mit Betroffenheit, aber ohne lähmende Sozialkritik. Und wenn die Radler ihr Verhältnis zueinander mit neuen Augen sehen und sich im Lauf der Tour verändern, so geschieht das einfach und logisch, ohne soziologische Relevanz. PETER BÖBBIS

Zum 75. von Fritz Gruber: „Monsieur Photokina“

Professor der Kamera

Eine französische Zeitschrift stellte ihn als „Monsieur Photokina“ vor. Als solcher ist Fritz Gruber auch hierzulande hauptsächlich bekannt. Er sei zwar nicht der Vater (das war Bruno Uhl), aber „vielleicht der Pate der photokina“, pflegt er zu sagen. Immerhin war er von Anfang an dabei, 1949 bereits als Vorsitzender des ersten Arbeitsausschusses, dann zehn Jahre lang als „Fachbeauftragter“ für alle Sparten der „photokina“, seit 1960 ausschließlich für ihren kulturellen Teil.

L. Fritz Gruber wurde heute vor 75 Jahren in Köln geboren. Als Zweiundzwanzigjähriger wurde er Mitbegründer und Mitverleger einer Wochenzeitung mit ausgeprägt antifaschistischer Tendenz. Sie wurde 1933 verboten, Gruber emigrierte nach England und betätigte sich dort als Werbe- und Fotokopie-Fachmann. Schon bald nach seiner Rückkehr entstand das „photokina“-Projekt, das sich seitdem zu einer weltbekannten Institution entwickelt hat, in deren Rahmen unter Grubers Regie über dreihundert Ausstellungen die „Fotografie als solche“ populär machten.

In unzähligen Aufsätzen, Vorträgen und Katalogen, auch als Buch- und Fernseh-Autor setzte sich Gruber, inzwischen Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Photographie (DGPh), mit „seinem“ Thema auseinander und warb leidenschaftlich um die Anerkennung der Fotografie als einer eigenen Kunstform.

Den Beweis dafür liefert seine exzellente Sammlung, die sich seit einiger Zeit im Besitz des Kölner Museums Ludwig befindet; sie bildet dort den Grundstock und bis auf weiteres den Hauptbestandteil der neuen Foto-Abteilung. Eine besonders aparte Auswahl daraus zeigt das Museum bis zum 3. Juli unter dem Titel „Glamour & Fashion“. Von Adams bis Weston und von Atget bis Steinert sind alle stilbildenden Fotografen mit charakteristischen Arbeiten vertreten. Sie spiegelt unser Jahrhundert in authentischen Fotos durchweg von künstlerischem Rang.

Natürlich sammelt Gruber weiter und ist in unermüdlicher Aktivität mit neuen Buch- und Ausstellungsprojekten voll beschäftigt, vordringlich mit der Vorbereitung der DGPh-Tagung „Die fünfziger Jahre“, die im November in Hamburg stattfinden wird.

EO PLUNIEN



Die Kölner „photokina“ wäre ohne ihn nicht denkbar: L. Fritz Gruber, der heute 75 Jahre alt wird. FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Die Zukunft der Literaturschallplatte: Was Pädagogen bisher entging

Wenn Kästner Erich Kästner liest

Während gegenwärtig in den großen Verlagen ausführlich darüber nachgedacht wird, inwieweit es sinnvoll ist, sich dem neuen Medium „Video“ zuzuwenden, fristet die Literaturschallplatte – wie es scheint – heute nur noch ein Schattendasein. Im Grunde genommen aber müssen sich Video wie Literaturschallplatte mit gleichartigen Problemen auseinandersetzen:

● Ist es möglich, dem literarisch Interessierten auf dem Weg über die Medien, die sich außerhalb des gedruckten Wortes bewegen, gleiche oder zusätzliche Informationen zu geben, wie sie ihm bisher durch das Buch vermittelt werden?

● Gibt es überhaupt „Erstbegegnungen“ im Bereich dieser Medien, oder sind sie nicht vielmehr Eselsbrücken zum Verständnis von Literatur, ja, Kultur ganz allgemein?

● Verfälscht die Interpretation (denn die Videokassetten und Schallplatten sind notwendigerweise Mitschnitte von Aufführungen oder Lesungen durch Autoren bzw. Schauspieler) nicht den unmittelbaren Zugang zum Werk?

Die Literaturschallplatte hat es inzwischen allerdings noch schwerer als in vergangenen Tagen; denn es scheint, als ob das Zeitalter des Hörens und Hinhören-Könnens heute endgültig vorbei ist. Unsere Zeit ist visuell orientiert: Nicht mehr der Ton macht die Musik, sondern die „Show“, nicht mehr das Hörspiel ist Talentprobe für junge und Meilenstein für avancierte Schriftsteller, sondern das Fernsehspiel und der Film.

Gleichwohl: Literaturschallplatten werden immer noch angeboten – und gekauft. Hier hat sich ein Spezialmarkt ganz besonderer Art entwickelt, der seine Bestseller und Flops genauso kennt wie der Buchmarkt.

Oldtimer und Bestseller zugleich ist nach wie vor Goethes „Faust“ in der legendären Inszenierung von Gustaf Gründgens. Ansonsten reicht die Klassiker-Palette von Kleist und Schiller bis zu Brecht und Benn, Karl Valentin und Siegfried Lenz. Es gibt Anthologien moderner Lyrik ebenso wie mundartliche Literatur. Und ein Kapitel ganz besonderer Art sind Dichterlesungen auf Schallplatte, die heute zum Teil schon dokumentarischen Wert besitzen: Karl Kraus liest aus eigenen Werken; Erich Kästner liest Erich Kästner.

Auf der anderen Seite des weitgefächerten Marktes gibt es die großen Reden von Cicero neben anderen literarischen Höhepunkten des klassischen Altertums, mittelalterliche Lyrik und moderne Experimentalliteratur, die man allerdings in kaum einer Buchhandlung oder in kaum einem Schallplattenladen finden wird: Hier haben die Versender ihr Revier!

Spezialisiert auf solche „schweren Fälle“ ist vor allem die Firma Litraton in Hamburg, die in ihrem Angebot nicht nur Tonmitschnitte alter und moderner Filme und Theateraufführungen hat, sondern auch das gesamte internationale Spektrum aufweist, angefangen von chinesischer Literatur bis hin zu Märchen auf schwyzerdütsch. Das Konsumentenverhalten bringt es allerdings mit sich, daß man – wenn immer möglich – Videokassetten anbietet und darüber hinaus den jeweiligen „Sound-Track“ bereithält, eben für alle, die „noch nicht soweit sind“ oder sich bei Video enthaltsam zeigen.

Hat die Literaturschallplatte überhaupt noch eine Zukunft, wird man auch morgen noch Literatur als akustische Lese-Ergänzung konservieren? Das Medium Schallplatte hat sich in dieser Hinsicht wohl überlebt. Denn es kommt bei der Literatur nicht darauf an, beste HiFi-Qualität zu erreichen, wie dies im Bereich der Musik gang und gäbe ist. Deshalb ist heute die Musik-Kassette auf dem Vormarsch, die inzwischen einen speziellen Markt ganz und gar erobert hat: Kinderliteratur gibt es fast nur noch auf Kassetten, da ein Kassettenrekorder heute offenbar zur Grundausstattung eines Kinderzimmers gehört.

Kassette oder Schallplatte: Die Literatur ist und bleibt zunächst das „Gelesene“. Eine akustische Aufbereitung ist dann sinnvoll, wenn man das Werk kennt und dem Lesereiz einen weiteren hinzufügen kann, der durch die Stimme des Autors oder eines großen Schauspielers geprägt ist.

Die Literatur via Medien hat aber auf einem ganz anderen Feld vielleicht noch ihre Chance: in der Schule. Gerade in einer Zeit, wo der Fremdsprachenunterricht schon nicht mehr ohne neue Medien auskommt, erscheint es geboten, diese Ausgangslage zu nutzen: Das Erlernen von Sprachen und das „Abhören“ literarischer Texte ist eine Möglichkeit, das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. Den Pädagogen wie den Herstellern von Literaturschallplatten und -kassetten scheint das bisher entgangen zu sein.

KARL P. APONER

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Die Beine des Elefanten
12.10 Aus Forschung und Technik
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Qualität auf Halde?
Die ungewisse Zukunft der deutschen Airbus-Industrie
Am Sonntag ging in Le Bourget bei Paris die größte Luft- und Raumfahrtausstellung der Welt zu Ende. Auch die deutschen Vertreter der Branche haben sich wieder an diesem internationalen Aerosalon beteiligt, von dem Impulse für zukünftige europäische Flugzeugprogramme erwartet wurden.
17.00 Denkste?!
Das Geheimnis meines Vaters
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 Fußball-Länderspiel
Deutschland – Jugoslawien
Live-Übertragung aus Luxemburg
22.00 Panorama
Das Folterurteil des Bundesverfassungsgerichts / Nazi-Kollaborateure im amerikanischen Geheimdienst / Juristenausbildung in Deutschland
Moderation: Peter Gatter
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Aufpasser
Am Golde hängt doch alles
Mit Dennis Watermann und George Cole u. a.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Gestrandet
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ronnie Milsap
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Ein Unbekannter rechnet ab
Dt.-ital.-franz. Spielfilm, 1973 nach Agatha Christie
Mit Oliver Reed, Elke Sommer, Gert Fröbe u. a.
Regie: Peter Collinson
Der Roman „Zehn kleine Negerlein“, der diesem Film zugrunde liegt, wurde bereits zweimal verfilmt.
21.00 heute-journal
21.20 In der Rolle von . . .
Als Student an einer deutschen Universität
Reportage von Manfred Teubner
22.05 Kairo: Al Akmar-Viertel
Ägypt. Spielfilm, 1976
Mit Nadia Lutfi und Nur El Sherif
23.40 heute

III.

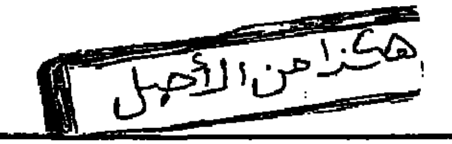
WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
21.00 Formel Eins
21.45 Szene: Ein Theater macht mobil
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschließend Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Auf Straßen und Pisten nach Indien
19.15 Science Report (17)
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.10 Die Sinne (5)
20.55 Die eigene Geschichte
Gedanken Ost – Gefühle West
Kino der „DDR“ der fünfziger Jahre
21.40 Der schwedische Wohlfahrtsstaat – Fluch oder Segen?
22.25 Der Mann, der Berge versetzte
Amerik. Spielfilm, 1978
24.00 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Quak, Quak . . .
18.40 Vier fröhliche Frechdachse
Großer Mann ganz klein
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Tagesschau
20.10 Lebenswandel
21.40 Drei aktuell
21.55 Dritte Welt in Nahaufnahme
22.40 Kolonialmacht Venedig (2)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (22)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
21.00 Landesspiegel
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im Juni
Gesamt Südwest 3
21.15 Kampfstern Galactica
Amerik. Spielfilm, 1978
23.15 Les Gammas! Les Gammas!

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wege
Forum für Glauben und Leben
400 Jahre St. Michael in München
19.30 Sagst was'd magst
20.15 Unser Land
Ziergeflügel: Bisam, Moosbeerenernte in Kanada
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Tiefkühlkost
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
23.20 Rundschau





Die Kamera am Blut

euch – Wir kennen die unausrottbare Neigung der Kameramänner zur Routine, zum ewiggleichen Schwenk, zum Zoom auf den Schnörkel in der Saalarchitektur. Wir erwarten geradezu, daß die Kamera, wenn sie den Redner (Sänger, Politiker u. ä. Unterhalter) abgefeiert hat, nun zur Decke schwenkt und sich dann genußreich am Kronleuchter festsaugt. Das ist seit Erfindung der Braunschen Röhre so und wird wohl auch noch das Privatfernsehen überleben. Schwamm drüber.

Keinen Schwamm drüber jedoch über die barbarische Sitte, am Ort einer Bluttat sich an den grausigen Blutfleck heranzuzoomen, in nächster Nähe zu zeigen, wie die blutgetränkte Kleidung des Ermordeten im Wagenfond herumliegt, oder auf den dunklen Fleck zu zielen, der an der Stelle des Bombenattentats den Straßenasphalt zeichnet.

Da haben wir Berichte von der Bluttat eines Amokläufers in einer Schule im Taunus. Die Kamera des ZDF zeigte in aller Emsigkeit und Spontaneität die geschockten Kinder, die Helfer mit den Tragen, die Polizeibeamten, das Gebäude, den Hof, um schließlich, als alles gezeigt war, zu der routinemäßigen Fermate vorzustoßen, gezoomt natürlich. Diese Fermate, auf dem sich dann die Augen der erschütterten Zuschauer gewissermaßen ausruhen sollten, war der große Blutfleck an der Mauer. Genüßlich näherte sich die Gummilinse der TV-Kamera dieser grausigen Stelle. Zwischen Sadismus und Zynik, gewiß aber mitten in der schieren Geschmacklosigkeit, blieb die Kamera am Blut.

Man könnte dies als Geschmacksverirrung abtun. Aber es ist mehr, es ist die Enttarnung unseres Fernsehens als voyeuristisches Medium. Von der verheuchelten Lust an der Dallas-Peep-Show über die Gänsehaut beim TV-Bild eines verzweifelten Gesichts bis zum sorgfältig ausgeleuchteten Blutfleck an der Schulmauer ist es nur ein winziger Schritt. Aber er führt mitten hinein in den elektronischen Kannibalismus.

Studienzentrum Weikersheim: Diskussion über „Deutsche Identität heute"

7 Todsünden gegen uns selbst

Auch die CDU und ihre Vorposten auf dem Felde der Kultur kommen um die „Identitäts"-Diskussion nicht mehr herum. Das zeigte auch die Einladung zu einer Tagung über „Deutsche Identität heute", zu der das von Hans Filbinger präsidierte „Studienzentrum Weikersheim e. V." eingeladen hatte. Tagungsort war das gleichnamige prächtige Renaissance-Schloß der Fürsten von Hohenlohe-Langenburg am Zusammenfluß von Tauber und Vorbach.

Die Diskussion über die „deutsche Identität" ist den Parteien und Bildungsinstitutionen seit etwa zwei bis drei Jahren auf Druck von unten aufgenötigt worden. Der Druck kam aus der nachrevolutionären Jugend, die sich mit der Beheimatung in Ideologien und universalen „Werten" nicht mehr zufrieden gab, der auch eine Verwurzelung in einem immer noch etwas unbestimmten „Europa" nicht konkret genug war. Aus einer Jugend also, die sich immer entschiedener weigert, ihre grundsätzlichen Optionen im bloßen Reflex auf eine „Belastung" durch vor ihrer Geburt Geschehenes zu vollziehen.

Von den drei Parteien, welche die bundesrepublikanische Politik bestimmen, hat sich die CDU von Anfang an am eindeutigsten nach universalen Werten ausgerichtet: Sie überließ die Bemühung um die „deutsche Identität" der FDP, solange diese einen namhaften „nationalen" Flügel hatte, und vor allem der SPD.

Die Versuche der CDU, in diesen Dingen den Vorsprung der Konkurrenz-Parteien aufzuholen, sind durch den Versuch gehemmt, das Nationalgefühl universalistisch zu bändigen. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Graf Stauffenberg (der geistig eher der CDU zuneigt) hat kürzlich auf einer Veranstaltung der „Konservativen Aktion" Ludek Pachmans einem „neuen Nationalismus" zögernd zugestimmt, sofern dieser in „unabdingbaren Grundwerten" verankert sei.

Die „nominalistische" Gegenposition dazu wird von parteipolitisch unabhängigen Publizisten wie Diwald, Venohr, Sander oder den Autoren des von Schrenck-Notzing im Sinus-Verlag (Krefeld) herausgebrachten Sammelbandes „Deutsche Identität" vertreten. Von dieser Position aus kann für einen Deutschen die „deutsche Identität" nicht zur Wahl stehen: Sie kann nur angenommen oder, um den Preis neurotischer Erstarrung, verdrängt werden. Leider war aus diesem Kreis keiner zur Verteidigung seiner Thesen nach Weikersheim eingeladen worden.

Allerdings kommt der Bochumer Politologe Bernard Willms, der zu einem Vortrag in Weikersheim geladen war, jener „nominalistischen" Optik immer näher. Er hat sich eindringlich mit der Frage beschäftigt, von welchem Standort aus man wirklichkeitsbezogene Aussagen zur Politik machen könne. Seiner Meinung nach können Aussagen, die von einem zu beschränkten (Familie) oder zu allgemeinen Bereich (Menschheit) aus gemacht werden, nicht über Rhetorik hinausführen; wirklich politische Aussagen seien nur vom Bereich der Nation aus möglich.

Wer die Ausgangspositionen kannte, wurde auch durch die mit Schwung vorgetragene Eröffnungsrede des Animators des Studienzentrums, Günter Rohrmoser, überrascht. Der Stuttgarter Politologe, der für gewöhnlich dem universalistischen Lager zugerechnet wird, hieb genau in die von Willms gehauene Kerbe. Er richtete an sein Publikum die beschwörende Mahnung, die Frage nach der „deutschen Identität" endlich anzunehmen: „Diese Frage wird auf jeden Fall gestellt – ob wir selbst es nun wollen oder nicht." Die „DDR" habe die Identitätsdiskussion zielbewußt in ihre Strategie eingebaut. In der Bundesrepublik sei es – so Rohrmoser wörtlich – „das Verdienst der Linken, das Tabu gebrochen zu haben".

Rohrmoser wies also eindringlich auf den konservativen Nachholbedarf in Sachen Identität hin: „Die nationale Frage ist unsere vitale Überlebensfrage." Er belegte das vor allem mit dem „Versagen" der Vergangenheitsbewältigung, die zu einer Waffe in der Hand der „DDR" gegen eine in ihrer Identität verunsicherte Bundesrepublik geworden sei. Beispiel: Die weithin gelungene Suggestion, man müsse „den Widerstand von 1933 unter den Bedingungen der Bundesrepublik wiederholen, respektive das damals Versäumte in einer Nachsimulation jetzt tun.

Damit waren die Aufgaben der von fast 500 Personen besuchten Weikersheimer Tagung klar gestellt. Gut gelangen die Referate über die „DDR"-Strategie in der „nationalen Frage" von dem Historiker Stürmer (Erlangen) und dem aus der „DDR" zurückgekehrten Völkerrechtler Seiffert (Kiel). Zu hapern begann es, sobald über die Abwehr hinaus die „deutsche Identität" positiv definiert werden sollte. Die Professoren Nolte und Graf Krockow verneinten die Kontinuität einer deutschen Existenzweise; sie stellten bloß eine Vielzahl von „Identitäten" fest, die sich den Deutschen je nach historischer Situation wechselweise anböten. Der militante Katholik Berglar suchte den Knoten mit dem Schwert zu durchhauen, indem er „deutsche Identität" und „christliche Identität" schlicht gleichsetzte.

Einmal allerdings knisterte es vernehmlich während der Tagung. Das war, als der Einzelgänger Willms und der zum Beraterstab des Bundeskanzlers zählende Stürmer heftig aneinandergerieten. In einem kühnen Vorstoß hatte der in der Tradition des deutschen Idealismus stehende Willms daran erinnert, daß „deutsche Identität" nicht etwas sei, was man irgendwo ausgraben könne, sondern daß sie von den Deutschen stets neu geschaffen und gestaltet werden müsse. Er tat das in einer hinreißenden und von der Hälfte des Publikums begeistert aufgenommenen Fastenpredigt mit dem Titel „Die 7 Todsünden gegen die deutsche Identität, aus denen sich 7 Imperative ergeben".

Durch diesen Voluntarismus sichtlich gereizt, gab sich Stürmer als einer zu erkennen, der von Sachzwängen ausgeht: Im Mittelpunkt stand für ihn die „Sicherheitslage". Offensichtlich hält er die Selbstbestimmung der Deutschen für geschichtlich überholt. Aufgabe einer deutschen Politik könne es bloß sein, sich den „Regeln und Interessen" des heutigen Staatensystems einzuordnen. Deutschlands Funktion könne allenfalls die einer „Drehscheibe der europäischen Politik" sein.

Daß Rohrmoser in diesem Streit Willms beistand, war mehr als nur der Schutz des Gastgebers für einen etwas rüde Attackierten. Vielleicht war es ein Symptom dafür, daß auch im konservativen Lager einiges in Bewegung geraten ist.

ARMIN MOHLER



Ein Medium betrachtet sich selbst: „L'Inconnue" von Annette Messager (1977/78), aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Nationalgalerie Berlin: „Kunst mit Fotografie"

Eulenspiegels Serien

Rolf H. Krauss war anfangs ein Sammler der weniger akribischen Sorte: Er hatte sich zunächst auf Konstruktive, auf Monochrome, auf ZERO-Leute konzentriert. Er hatte, wie er uns sagt, „eine Sammlung wie viele andere" – bis ihm die „documenta '72" einen „Schock" versetzte. Angesichts so vieler neuer Entwicklungen stand er als Sammler im Freien. Seltsam, daß erst von da an die Initialzündung erfolgte: Der Kaufmann der Fototechnik begann sich zu fragen, „was Künstler mit der Fotografie angefangen haben".

Krauss ging sammelnd, zugleich aber auch wissenschaftlich und theoretisch-schriftstellerisch an die Beantwortung dieser Frage, er wurde sogar selbst künstlerisch aktiv. Dabei war es nicht uninteressant, daß er, der längst historische Kamerazubehöre, Daguerrotypien und eine immense Fotobildbibliothek zusammengetragen hatte, ausdrücklich das aus seinem Sammlungs-Blickwinkel ausblendete, was man landläufig die „künstlerische Fotografie" nennt. Krauss hält sie schlichtweg für eine „Fiktion". Mit seinen theoretischen Prämissen, seiner überspitzten „Innovations"-Forderung setzt er sich prompt massivem Widerspruch aus.

Die Sammlung, die heute aus über 200 (oft mehrteiligen) Werken besteht und aus der die Nationalgalerie Berlin 80 ausgewählt hat, ist geradezu didaktisch angelegt – eine „Studiensammlung" von Arbeiten, bei denen die Fotografie nicht Sache an sich, sondern das künstlerische Medium ist. Das Foto ist Zugpferd für die Kunst, ein zwar in sich sehr vielfältiges, aber als Gesamtheit doch überschaubares Phänomen der sechziger und siebziger Jahre, im Schlepptau von Pop-, Happening- und Concept-art. Das „schöne Foto" kommt konsequenterweise nicht vor, es hat bestenfalls noch als „Abfallprodukt" (Krauss) eine Chance, es wird „unfein", ja „rotzig" in einzelne Arbeiten investiert.

Aus dieser Perspektive betrachtet, spielt das Foto bei Künstlern doch noch eine insgeheim traditionelle Rolle, nämlich dort, wo es eine dokumentarische Funktion ausübt. Wo es Aktionen festhält oder erst formale Entwicklungen nebeneinanderstellt – wie etwa die hochsensiblen Fächerungsvariationen der Rebecca Horn – oder, wo es entlegene Motiv-Beispiele wie die Wassertürme von Bernhard und Hilla Becher in neuen Zusammenhängen verbindet.

Es versteht sich von selbst, daß dieses Medium mit seinen technischen Tricks, mit seiner Herausforderung zu exhibitionistischen Inszenierungen, zu Selbstdarstellungen und Travestien eine Fülle surrealer Erfindungen hervorgebracht hat. Der Hannoveraner Eulenspiegel Timm Ulrichs mochte sich, im Bilde bleibend, allmählich mit Farbe zustreichen, Giorgio Ciam zieht sich in einer Serie gleichsam das eigene Gesicht wie eine Larve ab und fördert dabei ein zweites zutage.

Man kommt aber nicht umhin, in der Fülle der Gags und Pointen auch vielerlei Kalauer und schwächliche Spielereien zu entdecken. Das gilt mitunter auch da, wo das Medium eingesetzt ist, sich selbst zu reflektieren oder die Sehgewohnheiten des Betrachters auf die intellektuelle Probe zu stellen. Das Medium mag Einfälle steigern – ersetzen kann es sie nicht. Konzeptuelle Geistesblitze und Gedankentriangeleien verblassen an Museumswänden manchmal im Nu.

Sehr viel wichtiger sind dann doch die seriellen fotografischen Abhandlungen und die verschiedensten Möglichkeiten, Fotografie mit Zeichnung oder Malerei zu traktieren – dies übrigens bis zur Unkenntlichkeit, wie man bei Arbeiten von Anselm Kiefer sieht. Daß die Möglichkeiten dieses Werkstoffes „Photographie" so unerschöpflich auch nicht sind, eher zu vorübergehend experimentellen, forschenden, spielerischen Exkursen herausgefordert haben, äußert sich im retrospektiven Charakter der Schau. Krauss selbst, der immerhin in der „Kunst mit Photographie" (nach den Photogrammen, Photocollagen und Photomontagen in den zwanziger Jahren) die zweite wichtige Phase der „Photographie als künstlerisches Medium" in diesem Jahrhundert fand, betrachtet seine Sammlung heute als „abgeschlossen".

PETER HANS GÖPFERT

Bis 26. Juni; Köln: 3. Juli bis 7. August, anschließend München und Kiel. Katalog 39 Mark, im Buchhandel, Verlag Frölich & Kaufmann, 65 Mark

Ruhrfestspiele: „Die weiße Krankheit" von Capek

Ein hilfloser Klinikchef

Mit einem kleinen, gefühllosen Fleck, eben linsengroß und kalt wie Marmor, fängt alles an. Er ist das erste Symptom einer Seuche, die tödlich ist und schon fünf Millionen Menschen befallen hat, ohne daß die Ärzte sie hätten heilen können. „Sie kommt von innen", mehr wissen sie nicht – und finden sich damit ab, ihre Patienten unter ärztlicher Aufsicht sterben zu lassen.

Was da nur mehr verwaltet wird, ist „Die weiße Krankheit", die der tschechische Dramatiker Karl Capek für sein gleichnamiges, 1937 uraufgeführtes Stück erfand. „Es könnte auch Krebs sein", schrieb er damals in einem Vorwort, aber er wollte zugleich ein Zeichen des „tiefsten Verfalls der weißen Rasse" damit beschreiben, den Verzicht auf Humanität. Man mußte hoffen, daß es deshalb – als zweite „Eigenproduktion" – ins Programm der Ruhrfestspiele Recklingshausen geriet.

Doch Capek erzählt eine mehrdeutige Geschichte – und sei es nur, um den Konflikt des Dramas auf die Spitze treiben zu können. Einen einzigen Arzt gibt es, Dr. Galen, der die Seuche zu heilen vermag. Weil er aber Kassenarzt ist, unterscheidet er zwei Klassen von Kranken, von denen er nur die Armen behandelt. „Weil es davon mehr gibt." Ganz folgerichtig behält er sein Erkenntnisse für sich. Er wird sein Geheimnis nur dann offenbaren, wenn die Machthaber der Erde den Krieg verdammen, die Waffen verschrotten und den ewigen Frieden ausrufen.

Das ist der „Aufhänger", wie das so heißt, für das Recklinghauser Gewerkschaftstheater und seinen aus Nürnberg verpflichteten Regisseur Raymund Richter. Er übersieht geflissentlich Capeks Hinweis auf „die unerbittliche Moral des Kampfes", aus der folgt, daß „im Namen der Humanität und der Ehrfurcht vor dem Leben Leidenden die Hilfe verweigert wird". Capek sah die tragischen Konsequenzen wohl.

Regisseur Richter dagegen und sein Ensemble finden nichts, was sie zum Nachdenken brächte. Im pompösen Bühnenbild von Klaus Gelhaar – die Breitwandbühne des Festspielhauses nötigt dazu – machen sie zwar die hilflosen Kranken ausführlich sichtbar. Den nicht minder hilflosen Klinikchef setzt man auf einen metallenen Turm, mit dem wohl der elfenbeinerne gemeint ist. Von dort aus verhandelt er mit einem Journalisten oder mit dem hereingeschneiten Galen.

Sonst aber bietet die Regie modischen Schnickschnack. Vater und Mutter sitzen am heimischen Swimmingpool. Die Tochter in Aerobic-Uniform läßt aus dem Radio Nicoles „Ein bißchen Frieden" trällern. Dazwischen begegnet man immer wieder Knut Koch als alternativ gewandetem Dr. Galen, der die Hände nicht aus den Hosentaschen kriegt. Und weil er des Schauspielens und des bühnengemäßen Sprechens so wenig kundig ist wie die meisten seiner Mitstreiter, muß er seine Friedensparolen mit brüllendem Pathos herausschmettern.

Das erntet lauten Gesinnungsbeifall. Nur Franz Boehm als Rüstungsbaron und Günter König als militanten Präsidenten belohnt das Parkett für ihre künstlerische Leistung – und dafür, daß man ihren Text noch vernimmt, wenn er leise vorgetragen wird. Für ästhetische Qualitäten fehlt im Publikum der Sinn nämlich nicht. Der Festspielleitung dagegen ist er gänzlich abhanden gekommen, sie setzt allein auf die Inhalte. Da muß man kein Prophet sein, um den drohenden Exitus der Ruhrfestspiele vorauszusagen.

KATHRIN BERGMANN

Der Elfenbeinturm ist aus Metall: Bühnenbild zu „Die weiße Krankheit" bei den Ruhrfestspielen FOTO: BECHTHOLF

Berlin: Wohin steuert das Theater des Westens?

Musik aus dem Zapfhahn

Gehen Götz Friedrich und Helmut Baumann, das Zweigespann, das Berlins Theater des Westens vom 1. August 1984 an aus dem Spielplansumpf ziehen soll, in die Geschichte der leichten musikalischen Muse ein wie andere ruhmreiche Dioskuren, Gilbert und Sullivan etwa oder Rodgers und Hammerstein? Kein Mensch vermag es zu sagen. Berlins Sonnenhimmel ist von Fragezeichen verhangen.

Derweil investiert man nicht zu knapp in das schöne Haus in der Kantstraße, das gleich nach dem Kriege die Städtische Oper beherbergte und auf seiner Bühne Stars versammelte, die heute noch träumen machen: Callas und Karajan, Fonteyn und Nurejew; Visconti. 25 Millionen hat man schon in die Bausubstanz gepumpt, weitere 15 sollen im Laufe der nächsten sechs Jahre folgen. Nur war unter Karl Vibachs Direktorium auf der Bühne künstlerisch wenig Adäquates zu sehen. Nach einem Schritt vorwärts ging es wie bei einer Operetten-Springprozession immer anderthalbe wieder zurück.

Es gelang nicht, ein Konzept für das Haus, das sich hätte sehen lassen können, zu entwickeln. Das neue Publikum, das man mit „Chorus Line" schnappte, graulte man anschließend mit betagt Beiläufigem wieder hinaus. Das Theater des Westens bekam kein Gesicht, es gewann keine Strahlkraft, es etablierte Provinz auf die Dauer um die Ecke vom Kurfürstendamm. Künstlerisch ernst zu nehmen war es lange nicht mehr. All das soll sich nun ändern. Fragt sich nur – wie?

Götz Friedrich, Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, wird in Zukunft die Alleinverantwortung auch für das Theater des Westens tragen, dem als künstlerischer Direktor und stellvertretender Intendant der Regisseur und Choreograph Helmut Baumann vorsteht: der Music Man des deutschsprachigen Unterhaltungstheaters.

Was Friedrich veranlaßt hat, seine nicht geringen Verpflichtungen als Generalintendant und Regisseur durch die Übernahme des neuen Hauses beträchtlich zu vergrößern, bleibt noch undurchsichtig. Sein Sinn stand freilich seit langem nach einer Kammeroper mit ein paar hundert Sitzen für Stücke, die dem großen Haus widerstreben. Baupläne für dieses Wunschhaus Friedrichs bestehen seit langem, aber die Finanzierung ist in unabsehbare Ferne gerückt. Darum vielleicht nun sein Griff nach dem Theater des Westens, das mit seinen 1500 Plätzen allerdings der Deutschen Oper nur um rund 400 Plätze nachsteht. Eine Kammeroper also kann man das Theater des Westens, selbst beide Augen zugedrückt, beim besten Willen nicht nennen.

Friedrichs erklärtes Ziel ist es, ein „musikalisches Volkstheater" aus dem Theater des Westens zu machen, dessen Spielplan Musical, klassische Operette, Spieloper, Singspiel, Songspiel und Ballett einschließen soll. Die Deutsche Oper Berlin wird zwar ihre reichen künstlerischen Kapazitäten anzapfen und sie von Fall zu Fall dem Theater des Westens zufließen lassen, doch sollen beide Institutionen strikt getrennt bleiben. Ein erster Spielplanentwurf schließt Stücke wie „Guys and Dolls" und den „Bettelstudenten" ein, Brecht/Weills „Mahagony" und die „Csárdásfürstin", Bernsteins „Candide" und den „Vogelhändler": fünf Produktionen im Jahr.

Darüber hinaus will man das Ballett der Deutschen Oper 50- bis 70mal pro Saison im Theater des Westens gastieren lassen – allerdings nicht in den populären, zugkräftigen Großproduktionen der Truppe. Sie wird sich mit reduziertem Orchester (aber welchem Orchester denn überhaupt?) abfinden müssen oder ihre Begleitmusik vom Tonband zapfen. Was das Publikum dazu bewegen könnte, diesen Ballettabstechern ins Theater des Westens zu folgen, bleibt offen.

Aber man steht schließlich auch noch am Anfang der Überlegungen, der Reorganisation, der Planungen, der Verhandlungen. Baumann und Friedrich scheinen sich überdies gut zu verstehen. Ihre Zusammenarbeit könnte tatsächlich einen künstlerischen Qualitätssprung nach oben bewirken, auf den man mit berlinischem Optimismus denn auch steif und fest baut.

KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN



Der 20. Weltkongreß des internationalen Theaterinstituts findet bis zum 12. Juni in Ost-Berlin statt.

Andreas Weiss aus Frankfurt und nicht „André Weiss aus Hagen, wie die Agenturmeldung vom 19. 5. fälschlich lautete, gewann einen Preis beim Budapester Dirigenten-Wettbewerb.

Der „Kunstpreis der Böttcherstraße" (15 000 Mark) geht an den Kölner Zeichner und Bildhauer Antonius Höckelmann.

Den Bodensee-Literaturpreis der Stadt Überlingen (10 000 Mark) erhält die Vorarlbergerin Ingrid Puganigg.

Claire Motte ist von Ballettdirektor Rudolf Nurejew zum „maître de ballett" des Pariser Opernballetts ernannt worden.

Peter Ludwig erhielt von der Leipziger Universität die Würde eines Ehrendoktors für Philosophie.

Andrej Amalriks „Aufzeichnungen eines Revolutionärs" (Ullstein Verlag) sind von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats gewählt worden.

„Wohin steuert die Denkmalpflege?" fragen sich die deutschen Denkmalpfleger auf ihrer Jahrestagung in Kiel vom 13. bis 16. Juni.

Zum Tode Hans Leips

Muschelhorn für die Lili Marleen

Hans Leip, der Dichter der unsterblichen „Lili Marleen", ist tot. Er starb kurz vor Vollendung seines 90. Lebensjahrs, im schweizerischen Fruthwilen am Ufer des Bodensees, wohin er sich mit seiner Frau Katrin einige Jahre nach dem 2. Weltkrieg zurückgezogen hatte.

Es hat in der deutschen Literatur kaum einen Schriftsteller gegeben, der so stark von seiner norddeutschen Heimat, ihrer Landschaft und ihren Menschen geprägt war, wie dieser gebürtige Bootsmannssohn aus Hamburg. Leip ist nie ein Heimatdichter gewesen, und das hatte auch ein Thomas Mann zu würdigen gewußt. Leips Romane wie „Das Muschelhorn", „Der Pfuhl", „Tinser" oder „Godekes Knecht" oder „Jan Himp und die kleine Brise", aber auch seine Erzählungen und Gedichte („Die Hafenorgel") sind Ausdruck eines überaus eigenwilligen, starken Lebensgefühls von unverwechselbarer Handschrift. Immer war es das große Abenteuer, das Fernweh, das ihm aus der Feder sprang – der Wind und das weite Meer und die übervolle Sehnsucht des Menschen nach der Fülle des Lebens.

Leip war ein Meister der Sprache, in der er sich unmittelbar mitzuteilen wußte. Naturgewalten und die feine Ironie einer Komödie („Idothea"), kraftvolle Regungen des Herzens, aber ebenso die leise Melancholie der Einsamkeit zogen einen Zauberkreis um die große Gemeinde seiner Leser, die ihm bis zu seinem letzten Buch der Erinnerungen unter dem Titel „Das Tanzrad" treue Gefolgschaft hielten.

Hans Leip, dessen 1915 geschriebenes Lied von der „Lili Marleen" in der Vertonung von Norbert Schulze Generationen begeisterter Hörer und Mitsinger fand, trat auch als beachtenswerter Maler und Grafiker hervor. Viele Auszeichnungen bezeugten seine weltweite Geltung in rund 70 Sprachen. Mit seinem Tod ist ein unwiederbringlicher Ton in der deutschen Literatur verstummt.

WALTER DEPPISCH



Sehnsucht nach den Häfen der Welt: Hans Leip (1893–1983) FOTO: HORST TAPPE

JOURNAL

Wajda fordert Zulassung des Filmverbandes

AP, Warschau

Das Sekretariat des suspendierten Verbandes polnischer Filmregisseure hat nach einer Meldung der Warschauer Nachrichtenagentur PAP den Rücktritt seines Präsidiums mit dem Regisseur Andrzej Wajda an der Spitze angenommen. Wajda selbst sagte zu dem Bericht, er habe mit seinem Rücktritt den Weg für die Wiederzulassung des Verbandes freimachen wollen. Deshalb drang Wajda in seinem Rücktrittsschreiben an Partei- und Regierungschef Jaruzelski auch auf Zulassung des Verbandes. Er ersuchte ferner um die Wahl eines neuen Verbandsvorstandes auf einem Kongreß vor Ende November.

Selbstporträt von Goya in Spanien entdeckt

AFP, Saragossa

Ein Selbstporträt des spanischen Malers Goya ist in der Nähe von Saragossa entdeckt worden. Die von Experten als authentisch erklärte Rötelzeichnung trägt einer Meldung der Zeitung „El Heraldo de Aragon" zufolge das Datum des 30. April 1792. Francisco José de Goya war damals 46 Jahre alt.

Nachwuchssänger beim Würzburger Mozartfest

dpa, Würzburg

Den mit 5000 Mark dotierten ersten Preis beim Würzburger Mozartfest-Wettbewerb für Nachwuchssänger im Opernfach erhielt unter 22 deutschen Teilnehmern die 27jährige Sopranistin Ulrike Sonntag aus Berlin. Der zweite Preis ging an Mechthild Georg (Köln), der dritte an Stefanie Ganswindt (München). Die Jury zeigte sich darüber hinaus vom Koloratursopran der 20jährigen Carmen Fuggiss aus Emmendingen so beeindruckt, daß sie ihr einen im Wettbewerb nicht vorgesehenen Förderpreis zuerkannte.

Das Filmfestival von San Sebastian

DW. Bonn

Vom 15. bis 24. September findet unter dem Motto „Das jüngste der alten Festivals" das Internationale Filmfest in San Sebastian statt. Mehr als 200 Filme werden in acht verschiedenen Sparten zu sehen sein, so in der „Offiziellen Sektion", „Vergessene Filme", „Panorama des spanischen Films" und „Neue Regisseure". Gleichzeitig bietet San Sebastian das II. Video-Festival an, das mit einem Wettbewerb verbunden ist.

Ballettwoche zum Gedenken Crankos

Reg. Stuttgart

Offiziell gibt es zwar keine Ballettwoche der Württembergischen Staatstheater; es ist aber auch kein Zufall, wenn sich zum 10. Todestag John Crankos die Aufführungen des Stuttgarter Balletts häufen. Mit „Onegin" (21. Juni), „Romeo und Julia" (22. Juni), „Der Widerspenstigen Zähmung" (23. Juni), sowie der Wiederaufnahme von „Initialen R. B. M. E." und „Spuren" am 25. und 26. Juni will man nochmals ein paar der wichtigsten Choreographien des ehemaligen Direktors zeigen.

Broadway-Spielzeit mit roten Zahlen

dpa, New York

Für die Theater-Besitzer und Produzenten am Broadway in New York endet in diesen Tagen eine besonders schlechte Spielzeit, die die Zeitung „New York Times" treffend mit der Feststellung „Leere Sitze, rote Tinte" beschrieb. Nach Angaben des Theater- und Produzenten-Verbandes gab es in der Spielzeit 1982/83 einen drastischen Besucherschwund: Im Vergleich zur letzten Spielzeit kamen 16,8 Prozent weniger Zuschauer.

Buh-Konzert im Leipziger Gewandhaus

AP, Leipzig

Einen für die „DDR" ungewöhnlichen Publikumsprotest hat es im traditionsreichen Leipziger Gewandhaus bei der Uraufführung der „Heine-Szenen" des 39jährigen aus Dresden stammenden Komponisten Wilfried Krätzschmar gegeben. Wie die „Leipziger Volkszeitung" berichtete, haben „nicht wenige" Besucher noch während der Darbietung des etwa einstündigen Werkes das Konzert verlassen. „Am Ende waren zunächst die Pfui- und Buh-Rufe etlicher Zuschauer heftiger als der zögernd einsetzende und matt bleibende Beifall anderer."

Der heilige Stephan oder Rock-Oper im Nepstadion

dpa, Budapest

Stephan der Erste, der im Jahre 1001 das Königreich Ungarn gegründet hat und seit seiner Heiligsprechung als Schutzpatron des Landes gilt, wird Hauptfigur einer Rockoper. Am 20. August, dem ungarischen Nationalfeiertag, wird in dem 80 000 Personen fassenden Budapester „Nepstadion" die Rockoper „Stephan, der König" in Szene gesetzt. Für dieses Ereignis wird der Rasen des Sportfeldes von Filmregisseur Gabor Koltay zur Bühne mit Filmleinwand umgebaut. In dem Spiel sollen bekannte Schauspieler und Popsänger Ungarns, tausend Tänzer in historischen Kostümen, hundert Reiter, Turngruppen und Tausende von Statisten das Leben des Königs nachspielen. Der historische West-Ost-Konflikt im Donauraum soll mit Parallelen zur heutigen Zeit gezeigt werden.

Mit der letzten Klappe beginnt der Kampf gegen die Video-Piraten

Von HELLA STEINWEG

Jeder wehrt sich, wie er kann: Den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten in der Bundesrepublik Deutschland ist gegen die Videopiraten noch nichts anderes eingefallen als die kleinen, hin und wieder im oberen Bildrand eingeblendeten „Markenzeichen". Ein mitflimmerndes „ARD" oder „ZDF" soll den Verkauf von Raubkopien erschweren. Den ehrlichen Zuschauern und Gebührenzahlern trübt es allerdings den Fernsehgenuß – die Beschwerden bei den Anstalten häufen sich. Da haben sich die Filmgiganten schon ganz andere Tricks einfallen lassen – allerdings auch nicht mit durchschlagendem Erfolg. Das Geschäft der Videopiraten blüht so, wie das Geschäft mit den Rekordern gedeiht.

Die Angst vor den Raubrittern der Filmbranche treibt inzwischen denn auch seltsame Blüten. In Hollywood ist oft gar nicht mehr festzustellen, ob die Angst vor den illegalen Ablichtern nicht größer ist als vor ungnädigen Kritiken. So wurde etwa die dritte Fortsetzung des George-Lucas-Weltraumspektakels „Die Rückkehr des Jedi", das in der vergangenen Woche in Hunderten von Kinos in den Vereinigten Staaten anlief, vorbereitet wie eine geheime Kommandosache. Mit einem Aufwand von 32 Millionen Mark war der Streifen gedreht worden, und ein neuer Kassenrekord war fest eingeplant.

Schon Anfang Mai hatte aber die Branchenzeitschrift „Variety" berichtet, die Videopiraten bereiteten einen Großangriff auf den Film vor. So wurden die Filmlabors Tag und Nacht von der Polizei bewacht. Die Kopien, die Tage vor dem Massenstart in den Kinos verschickt werden mußten, wurden in Metallbehältern versiegelt und von Kurieren an ihren Bestimmungsort gebracht. Die 20th Century Fox forderte in Telegrammen jeden Kinobesitzer auf, alle nur erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Kopie zu ergreifen. Groß war denn auch die Aufregung, als kurz vor der Premiere eine Rolle aus einem Kino in Columbia (US-Bundesstaat South Carolina) verschwand. Sofort wurde das FBI eingeschaltet, und wenige Stunden später tauchte die Filmkopie wieder auf. Ein ungetreuer Vorführer wurde verhaftet, und es verdichtete sich die Gewißheit, daß noch keine illegale Kopie gezogen wurde.

Das alles kann die Piraten aber wohl nicht abschrecken. Inzwischen wird die Zahl der Videorekorder in der ganzen Welt auf 31 Millionen geschätzt. Etwa fünf Millionen stehen in den USA. Seit sich die Großen im Filmgeschäft darauf verständigten, daß ein neuer Film erst nach sechs Monaten Spielzeit als Kassette auf den Markt geworfen werden soll, sprangen die Film-Räuber in die Lücke. Der riesige Markt lockt dabei Profis an, die im großen Maßstab denken und planen. Die Film-Industrie schätzt den Verlust bei Kinokarten und dem eigenen Kassettenverkauf auf etwa 700 Millionen Dollar jährlich.

So häufen sich die Horror-Storys aus den Studios. Der Produzent Irvin Winkler erzählt, wie er in einem Tonstudio von Metro-Goldwyn-Mayer noch am Soundtrack für „Rocky III" arbeitete, als ihn der Anruf eines Freundes aus Paris erreichte. Er hatte gerade den neuen Film gesehen und wollte ihm dazu gratulieren. Der Produzent David Wolper erlebte, wie ein Vorführer bei einer Probevorführung die zweite Rolle kopierte, während die erste lief.

Dabei tun die Filmgesellschaften alles, um es den Piraten schwerer zu machen. Längst liegen keine Streifen mehr über Nacht achtlos in Schneide- oder Vorführräumen herum. Wenn irgendwo Rohmaterial vorgeführt wird, sind immer Wachen dabei. Doch auch das dichteste Netz hat Lücken. „Wenn du jemand im Studio kennst", sagt ein Hollywood-Insider, „kannst du immer noch jeden Film bekommen." Die verwundbarste Stelle in der langen Kette von der Entwicklung bis zur Leinwand sind die Kinos selber. Irgendwo findet sich immer wieder ein Vorführer, der mal beiseite schaut. Zur Zeit liegt der gängige Preis für etwas Unachtsamkeit bei etwa 1500 Mark.

Das ist ein Trinkgeld angesichts der Preise, die sich für die Raubkopien nagelneuer Filme erzielen lassen. Bänder von Kinorennern bringen noch kurz nach dem Start in den Lichtspielhäusern bis zu tausend Mark. Der Preis fällt dann schnell mit der rasch anwachsenden Zahl von Kopien. Aber selbst miserable Arbeit, so ermittelte das US-Nachrichtenmagazin „Time", wird mit 200 bis 300 Mark in der Zeit, bis die Filmgesellschaften ihre eigenen Kassetten auf den Markt werfen, noch gut bezahlt. Eine märchenhafte Gewinnspanne, bedenkt man, daß Leerkassetten in den USA heute noch knapp 20 Mark kosten.



Vernichtung von Raubkassetten in England: Allein die amerikanische Filmindustrie beziffert den Verlust durch Video-Piraten auf 700 Millionen Dollar. FOTO: DPA

Da fühlen sich dann auch schon einmal Amateure angelockt, die sich in Heimarbeit den Kofferraum vollspielen und als fliegende Händler versuchen, eine schnelle Mark zu machen. So nahmen FBI-Agenten vor einigen Tagen den 29jährigen Rodney Wollman auf der Straße fest. Bei ihm zu Hause fanden die Beamten noch mehr als hundert Kassetten mit allen Hits der Saison.

Lohnender war da allerdings ein Fang britischer Polizisten, die in London ein Fälscherstudio aushoben, das im großen Maßstab arbeitete. Kassetten im Wert von mehr als drei Millionen Mark wurden von der Planierraupe zermanscht. Und auch die Richter hatten in London schon das Wort. In der vergangenen Woche wurden zwei Briten wegen des illegalen Ziehens von Kopien zu einem Schadenersatz von sieben Millionen Dollar an Universal Pictures verurteilt.

Solche Erfolge wurden möglich, nachdem die großen Filmgesellschaften schon vor Jahren gemeinsam eine Piratenabwehr mit Namen „Film Security Office" gegründet hatten. Das Büro hat inzwischen auch Filialen in Europa und ist zumindest den großen Filmräubern immer hart auf den Fersen. Ähnlich wie die deutschen Fernsehanstalten, die ihre Markenzeichen gerne durch unsichtbare Kodierungen auf den Filmen ersetzen würden, arbeiten auch die Filmunternehmen an solchen Codes, die den Weg jeder Kopie zurückverfolgen lassen.

Solange alle diese Methoden aber noch keinen rechten Erfolg versprechen, halten es viele lieber mit der Gelassenheit des Produzenten Winkler: „Wir halten unsere Filme unter Verschluß und beten ..."

Krebshilfe meldet 50 neue Projekte

AP, **Bonn**

Insgesamt 50 neue Projekte zur Krebsbekämpfung hat die Deutsche Krebshilfe im Jahre 1982 aus Bürgerspenden finanziert. Wie die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, Mildred Scheel, gestern in Bonn erklärte, befassen sich 28 dieser Programme mit Fragen der kliniknahen und grundlagenorientierten Krebsforschung. 22 Projekte zielen auf eine Verbesserung der derzeitigen Krebsbehandlung und Krebsnachsorge sowie auf eine umfassende Information und Aufklärung der Bevölkerung ab. Insgesamt erhöhte sich damit die Zahl der von der Krebshilfe bisher finanzierten Projekte auf 200.

Trotz allgemein wirtschaftlich schwieriger Lage waren der Deutschen Krebshilfe im Berichtsjahr 26,5 Millionen Mark an Spenden und Erträgen anvertraut worden. Mit dieser Summe wächst der Gesamtbetrag, den die Deutsche Krebshilfe seit ihrer Gründung im Jahre 1974 im Kampf gegen den Krebs einsetzen konnte, auf 183,1 Millionen Mark.

Arsen ging in die Luft

dpa, **Düsseldorf**

Einen Giftmüll-Skandal in Duisburg hat der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Professor Friedhelm Farthmann (SPD) offenbart. Etliche Tonnen von hocharsenhaltigen Schrottstücken aus einer Zinkschmelze in Duisburg, die auf eine Sondermülldeponie in Gelsenkirchen gebracht werden sollten, wurden dort in zwei Stahlbetrieben zum Teil eingeschmolzen. Es müsse vermutet werden, so der Minister, daß so hochgiftige Arsenverbindungen durch den Schornstein in die Luft gingen.

5-Millionen-Schaden

dpa, **Moers**

Zu einem Großeinsatz der Feuerwehr hat gestern morgen ein Brand in einer Holzfirma in Moers geführt. Die 8000 Quadratmeter große Lager- und Versandhalle brannte vollständig aus. Der Schaden wird laut Polizei auf fünf Millionen Mark geschätzt.

Arbeit im Flug

AFP, **Moskau**

Die von der Sowjetunion am vergangenen Donnerstag gestartete Raumsonde „Venera 15" wird nicht auf dem Planeten Venus landen. Nach einer sowjetischen Rundfunkmeldung ist die Robotsonde nicht mit einem „Lander" ausgestattet wie ihre Vorgänger. Die Station werde ihre Aufgabe, die Oberfläche und die Atmosphäre des Planeten Venus zu erforschen, von einer Umlaufbahn um den Planeten aus wahrnehmen, hieß es.

Neues Beben

rtr, **San Francisco**

Die Bucht von San Francisco ist wieder von einem leichten Erdbeben erschüttert worden. Das kalifornische Amt für Notdienste teilte mit, das Epizentrum des Bebens habe sich 64 Kilometer nordwestlich von San Francisco befunden. Vor kurzem waren bei einem Beben südöstlich der Stadt 45 Menschen verletzt und viele Häuser zerstört worden.

Inderinnen verbrannt

AP, **Neu-Delhi**

In der indischen Hauptstadt Neu-Delhi sind in der vergangenen Woche 16 jungverheiratete Frauen verbrannt, weil ihre Eltern nicht genügend Mitgift zahlen konnten. Laut Polizei haben die Angehörigen die jungen Frauen mit Petroleum übergossen und angezündet. Man vermutet jedoch, daß einige der Mädchen sich wegen der Schikanen selbst verbrannten.

Schreibender Millionenräuber?

AFP, **Paris**

Der Schriftsteller-Gangster Roger Knobelspiess, der vor zwei Jahren vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand begnadigt wurde, befindet sich wieder hinter Gittern. Er wird verdächtigt, am Überfall auf einen Geldtransport beteiligt gewesen zu sein, bei dem vor zwei Wochen rund 20 Millionen Franc (6,6 Millionen Mark) erbeutet wurden. Bei seiner Festnahme in der Normandie hatte Knobelspiess 10 000 Franc Bargeld, Schecks und Dokumente aus der Beute bei sich.

Blutbad im Taunus: Zeuge brachte die Polizei wieder auf Null

Nicht der Täter, sondern ein Freund hatte vor dem Amoklauf nach verletztem Lehrer gefragt

H.-H. KANNENBERG, **Eppstein**

Ein Mann, der sich am Wochenende bei der Polizei meldete, hat vorerst die Hoffnung der Staatsanwaltschaft zunichte gemacht, über den schwerverletzten Lehrer Franz Adolf Gehlhaar den Hintergrund des Amoklaufs von Eppstein (6 Tote, 15 Schwerverletzte) zu klären: Nicht der Mordschütze Karel Charva (34), sondern der Zeuge hatte am *Freitagmorgen kurz vor dem* Attentat im Hof der Eppsteiner Freiherr-vom-Stein-Gesamtschule den Rektor Willi Belz nach Gehlhaar gefragt. Er wollte mit dem Lehrer eine geplante Lehrerveranstaltung in Wiesbaden besprechen. Gehlhaar und sein Besucher sind befreundet. Als der Mordschütze Charva in die Schule eindrang, hatte der Zeuge das Schulgelände wieder verlassen.

Die Polizei: „Wir stehen wieder ganz am Anfang. Keinerlei Anhaltspunkte zu den Zentralfragen. Warum hat sich Charva für seinen Anschlag ausgerechnet die Freiherr-vom-Stein-Schule in Eppstein ausgesucht? Kannte er Gehlhaar überhaupt, oder war der Lehrer wie die Kinder ein Zufallsopfer blinden Hasses?"

Daß Charva in den letzten Wochen seines Lebens voller Haß gesteckt haben muß, gilt inzwischen als sicher. Fast alle Hausbewohner der Königslacherstraße 22, denen Charva auf der Treppe oder im Haus begegnet ist, sagten aus: „Er war immer reserviert, aber in letzter Zeit war er beinahe aggressiv. So erwiderte er nicht einmal mehr Grüße." War die Quelle seines Hasses Resignation? Hatte der Mann, der als Taxi-Fahrer und Wachmann arbeitete und in jeder freien Minute über seinen Büchern saß, um sich als Chemie- und Mathematiklehrer zu qualifizieren, begriffen, daß sein Berufswunsch für immer ein Traum bleiben würde? Fragen über Fragen, auf die es keine Antwort gibt. Auch ein Tagebuch oder tagebuchähnliche Aufzeichnungen hat der Amokschütze nicht hinterlassen.

In Frankfurt, wo Charva seit 1981 lebte, versuchte die Kripo, den Hintergrund des Tschechen zu erhellen – mit dürftigem Erfolg. Der Amokschütze hatte sich als Zwanzigjähriger 1968 in Prag an Alexander *Dubceks mißglücktem* Versuch einer demokratischen Politreform beteiligt. Als die Sowjets einmarschierten, floh er in die Bundesrepublik Deutschland. 1971 erhielt er im Lager Zirndorf bei Nürnberg seine Anerkennung als politischer Asylant. Er sei, so gab er an, Diplompsychologe und wolle in Deutschland Lehrer werden.

Er lebte danach eine Zeitlang in Mörfelden-Walldorf, einer Randgemeinde des Rhein/Main-Flughafens. Später zog er nach Darmstadt. 1976, dem gleichen Jahr, in dem er in einem Frankfurter Taxi-Unternehmen als Aushilfsfahrer angefangen hatte, geriet er mit dem Gesetz in Konflikt. In der Zeit, in der in Frankfurt immer wieder Straßenkrawalle ausbrachen, die von Ultralinken gesteuert wurden, mußte sich Charva wegen eines „gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" vor Gericht verantworten. Er hatte an zwei parkenden Autos die Schraubenmuttern der Vorderräder gelöst. Das Motiv blieb ungeklärt. Er wurde verurteilt und landete so in der „Grobkartei" des Bundeskriminalamtes.

1981 zog Charva von Darmstadt nach Frankfurt. Er fand eine Dachgeschoßwohnung in der Königslacherstraße 22. Die Frankfurter Kripo, *nachdem sie die Hausbewohner* nach den Lebensgewohnheiten Charvas ausgeforscht hatte: „Der Tscheche lebte allein. Er hatte keine Freunde. Er war ein typischer Einzelgänger!"

LEUTE HEUTE

Korrektur?

Der amerikanische Sänger **Dean Martin** (66) hat wieder Heiratspläne. Seine Ehefrau Nr. 4 ist allerdings keine „neue Flamme". **Jeanne Martin** war als Ehefrau Nr. 2 schon einmal 23 Jahre lang mit Dean Martin verheiratet. Die 55jährige begleitet den Sänger jetzt auf einer Konzerttournee durch England.

Dick und zufrieden

Ihrem Mann zu Gefallen hungerte sich die 140-Kilo-Engländerin **Glynis Cooper** (35) die Hälfte ihrer Leibesfülle ab. Doch nun mußte die vierfache Mutter wieder einen halben Zentner zulegen – ebenfalls auf Geheiß des Gatten. Ehemann **Peter** (47): „Sie sah so toll aus, daß fremde Kerle sie dauernd anhimmelten. Einen Kerl, der sie anquatschte, mußte ich verprügeln."

Lob aus Moskau

Während westlichen Popmusikern im Ostblock meist „dekadenter Einfluß" bescheinigt wird, scheint für die Beatles eine Ausnahme zu gelten. Nachdem der ermordete John Lennon in der Sowjetunion mehrfach gelobt worden war, kann sich nun auch ein noch lebender Ex-Beatle über ein Lob aus Moskau freuen. Die Tageszeitung *„Sowjetrußland"* hat Ex-Beatle **George Harrison** (39) nicht nur musikalisches Talent zugestanden, sondern ihm auch bestätigt, daß er ein „Bewußtsein für Weltprobleme" besitzt.

Bei Parasitenbefall geben Bäume Alarm

Wissenschaftler entdeckten „Kommunikationssystem"

HANS-J. STÜCK, **Seattle**

Beobachtungen amerikanischer Wissenschaftler erlauben die verblüffende Vermutung, daß auch Bäume Lebewesen sind, die sich bei drohender Gefahr verständigen, sich also gegenseitig warnen können.

Über das wissenschaftlich bislang nicht geklärte Phänomen be*richteten jetzt die Botaniker David* Rhoades und Gordon Orians von der Universität Washington in Seattle. Sie untersuchten einen raupenbefallenen Baumbestand und stellten dabei – erwartungsgemäß – fest, daß sich die Blätter der Bäume, alles Sitkaweiden, chemisch verändert hatten. Zu ihrer Verblüffung bemerkten sie dann jedoch, daß die gleiche chemische Abwehrreaktion auch in Blättern von Weiden aufgetreten war, die noch nicht von den Raupen befallen waren und knapp 100 Meter von den „attackierten" Bäumen entfernt standen.

„Diese Reaktion", so die Wissenschaftler, „könnte nach einer ‚Warnung' erfolgt sein, die die befallenen Bäume in Form eines flüchtigen Wirkstoffes aussonderten." Solche Wirkstoffe, Pheromone genannt, sind einwandfrei bislang nur bei Tieren festgestellt worden. Ob sie auch in der Pflanzenwelt vorkommen, soll jetzt in einem Forschungsprogramm geklärt werden, für das bereits größere Geldmittel durch eine Stiftung bereitgestellt worden sind.

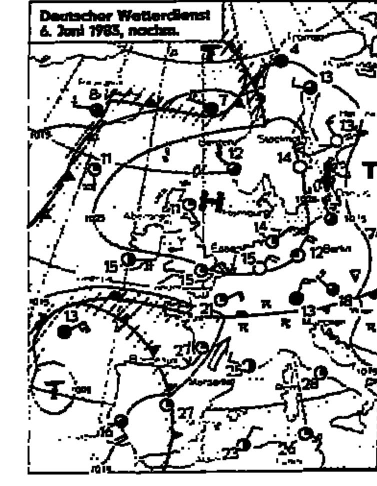
Eine ähnlich verblüffende Beobachtung wurde auch bei einer Erlenart gemacht. „Das Ganze scheint anzudeuten", so die Forscher, „daß agieren und reagieren nicht unbedingt ein Gehirn voraussetzt."

Schon im vergangenen Jahr hatte ein anderer US-Botaniker exakt nachgewiesen, daß auch Ahorne und Eichen bei Insektenbefall ihren Nahrungshaushalt so ändern, daß gewisse chemische Substanzen verstärkt in den Blättern abgelagert werden, die für die Insekten gefährlich sind.

Für die National Science Foundation, die die Forschungen unterstützt, sind Entdeckung und er*folgreiche Analyse des vermuteten* Wirkstoff-Kommunikationssystems von größter Bedeutung für die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten und Baumschädlingen. (SAD)

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: An der Südflanke eines Hochs über der Nordsee wird mäßigwarme, aber auch im Süden zunehmend trockene Luft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden und in der Mitte heiter oder sonnig, im Süden zunächst wolkig, im Tagesverlauf auch hier auflockernde Bewölkung und niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen 20 bis 25 Grad, Tiefstwerte in der Nacht 14 bis 10 Grad. Mäßiger, in Böen frischer bis starker Wind aus Ost bis Südost.

Weitere Aussichten:

Schwül und heiß.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	33°
Bonn	18°	Kopenh.	15°
Dresden	14°	Las Palmas	22°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	27°
Hamburg	14°	Mailand	23°
List/Sylt	15°	Mallorca	28°
München	13°	Moskau	14°
Stuttgart	16°	Nizza	22°
Algier	23°	Oslo	14°
Amsterdam	16°	Paris	21°
Athen	30°	Prag	15°
Barcelona	26°	Rom	28°
Brüssel	15°	Stockholm	14°
Budapest	22°	Tel Aviv	33°
Bukarest	30°	Tunis	26°
Helsinki	13°	Wien	20°
Istanbul	23°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 4.07 Uhr, Untergang: 21.35 Uhr, **Mondaufgang:** 3.50 Uhr, Untergang 18.11 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Steuerrebell starb als Polizistenmörder

Nach monatelanger Verfolgungsjagd wurde der „Posse Comitatus"-Anführer Kahl in den Bergen von Arkansas erschossen

E. HAUBROCK, **Walnut Ridge**

Gordon W. Kahl, Brille, Glatzkopf und Habitus eines unscheinbaren gesetzestreuen Bürgers, hatte viele Male geschworen, lebend werde man ihn nicht fangen. Der 63jährige Amerikaner hielt Wort. Verbarrikadiert und eingekesselt in einem bunkerähnlichen Haus in den unzugänglichen Hügeln von Nordost-Arkansas, starb er in der Nacht zum Sonnabend im Kugelhagel der Polizei, nachdem er noch einen Sheriff erschossen hatte.

Kahl war einer der Führer der obskuren amerikanischen Anarchisten-Gruppe „Posse Comitatus", was sehr frei aus dem Lateinischen übersetzt soviel wie „Macht des Landkreises" bedeuten soll. Die einige hundert Personen umfassenden, über ländliche Gebiete der USA verteilten Angehörigen der ultrakonservativen Gruppe akzeptieren keinerlei Autorität über die Kreisebene hinaus und weigern sich, staatliche Steuern zu zahlen.

Kahls scheinbar harmloses Konterfei blickte seit Februar von Hunderten polizeilicher Suchplakate. Damals hatte der wegen Steuerhinterziehung vorbestrafte und auf Bewährung freigelassene Gelegenheitsfarmer und Landmaschinenhändler im Staate North Dakota zwei sogenannte Marshals, Angehörige einer uniformierten Bundespolizeitruppe, aus dem Hinterhalt erschossen, als sie ihn verhaften wollten. Trotz einer sofort eingeleiteten Verfolgungsjagd durch die örtliche Polizei, die Bundeskriminalpolizei FBI und US-Marshals





Seit Monaten als Polizistenmörder gejagt: Gordon Kahl FOTO: DIE WELT

konnte der alternde Hitzkopf und Waffennarr entkommen und sich durch die Hilfe von Posse-Freunden bis zur vergangenen Woche versteckt halten.

Durch einen Informanten, der Kahl auf einem Suchbild erkannt hatte, waren FBI-Beamte dann am vergangenen Mittwoch auf seine Fährte gestoßen. Vorsichtig legten sie einen bewaffneten Ring um das Haus des Ehepaares Leonard und Norma Ginter – eine bunkerähnliche Konstruktion aus Beton, halb in einen Hügel gebaut, am Ende einer knapp zwei Kilometer langen unbefestigten Privatstraße in den Waltnut Ridge-Bergen von Arkansas. Von den Ginters wußte man, daß sie mit der „Posse Comitatus" sympathisierten und nach deren Satzungen Waffen und Sprengstoff für den von ihnen erwarteten allgemeinen Aufruhr sammelten.

Bundes-Marshals in Tarnuniformen und mit Schnellfeuergewehren lagen in den Büschen um das Haus. Staats- und Kreispolizei bildeten einen weiteren Ring. Ein Feuerlöschzug und eine Ambulanz standen bereit. Kurz vor 18 Uhr am Freitag wurde Leonard Ginter angehalten und verhaftet, als er im Auto seinen Besitz verlassen wollte. Leonard erklärte, nur seine Frau sei noch in dem Haus. Daraufhin ging der 36jährige Kreispolizeichef Sheriff Gene Matthews, der den Ruf eines Draufgängers hatte, mit entsicherter Waffe durch die Tür. Norma Ginter kam ihm mit erhobenen Händen entgegen, aber gleichzeitig trat Kahl hinter dem Kühlschrank hervor. Er streckte den Sheriff, der eine kugelsichere Weste trug, mit einem Schuß in das Herz nieder. Das Geschoß hatte seinen Weg durch eine Seitennaht der Weste gefunden.

Mehr als 20 Minuten lang nahmen die Polizisten dann den Hauseingang unter Beschuß und warfen gleichzeitig Tränengasgranaten. Im Haus brach ein Feuer aus, und die Munitionsvorräte der Ginters explodierten. Erst am späten Abend ebbten die Detonationen ab, und die Feuerwehr konnte die Flammen löschen. Kahls zur Unkenntlichkeit verkohlte Leiche wurde dem Gerichtsmediziner in Little Rock übergeben, der eine vorläufige Identifizierung des Toten vornahm. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Er hat in den letzten Jahren in vielen Sprachen schweigen müssen. Dyba konnte dies außer in seiner Muttersprache auf Englisch, Französisch, Niederländisch und Spanisch." Die Katholische Nachrichtenagentur zur Ernennung von Johannes Dyba zum Bischof von Fulda.